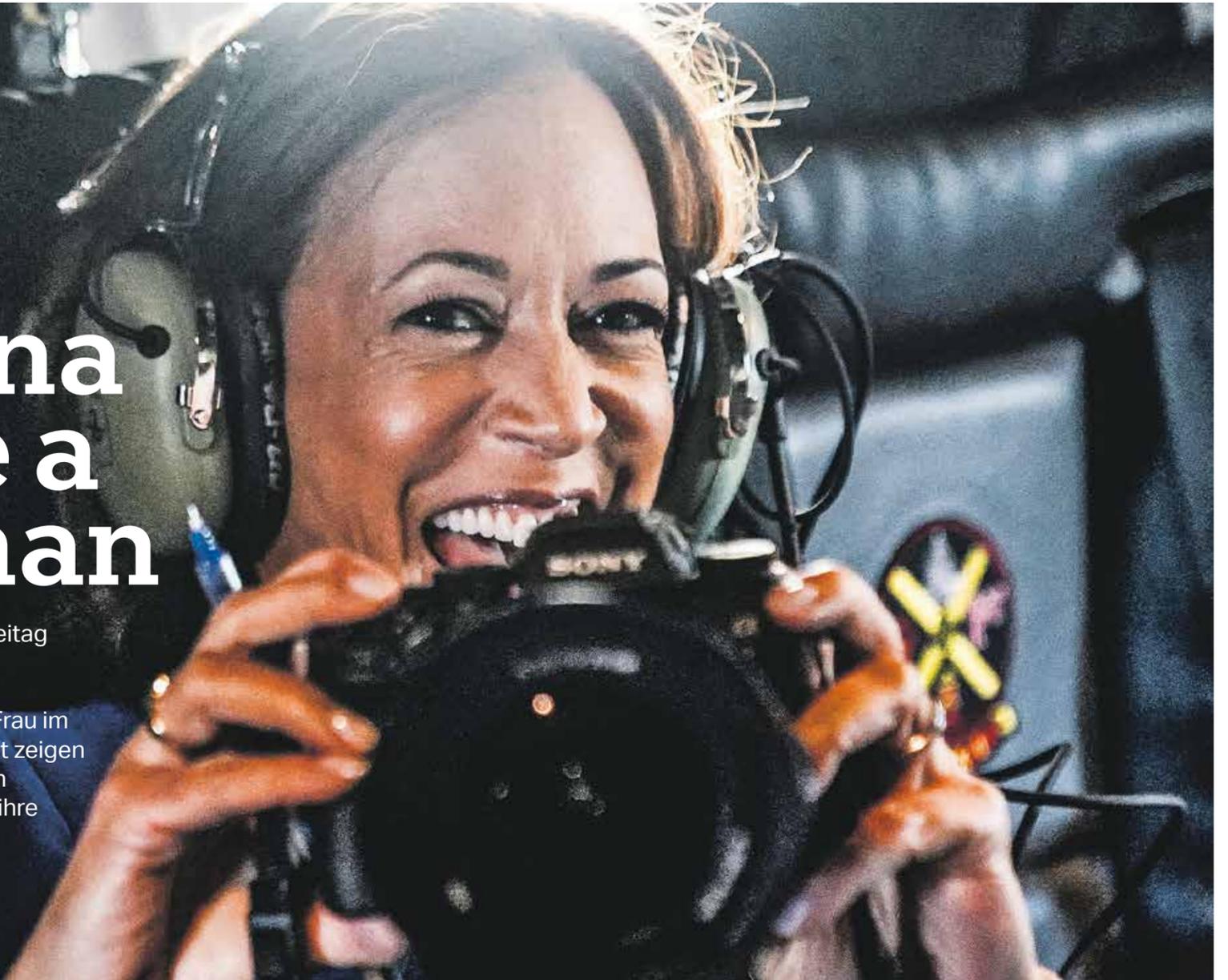


Girls just wanna have a woman

Beim Nominierungsparteitag träumen insbesondere Demokratinnen von Kamala Harris als erste Frau im White House. Schon jetzt zeigen Umfragen: Die Gunst von Wählerinnen wandert in ihre Richtung

3



Bald auf den Weg ins Brat House? Die demokratische Präsidentschaftskandidatin hält eine Fotokamera in einem Flugzeug auf dem Weg nach Chicago am 20. August Foto: Kevin Lamarque/reuters

steile these

„Niemand zwingt Sudans Warlords dazu, ihre Bevölkerung zu töten. Leider zwingt sie auch niemand, sie am Leben zu lassen“

taz-Redakteur **Dominic Johnson** über die Hungersnot in Sudan

12

Kommentar von **Anja Krüger** zu den Folgen des Ampel-Haushalts für die Deutsche Bahn

Bahnfahrt nach Absurdistan

Es klingt wie ein Witz aus einer Satirensendung: Ein Tempolimit für ICE soll die Fahrplankrise der Deutschen Bahn lindern, fordert der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft, Martin Burkert. Durch die Drosselung der Geschwindigkeit von 250 auf 200 Stundenkilometer soll so während der Generalsanierung des Schienennetzes das Zeitmanagement der Bahn wieder stabiler werden. Die Vorschläge für Besserungen bei der angeschlagenen Bahn werden immer absurder. Beim öffentlichen Verkehr in Deutschland geht es abwärts, nicht voran.

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) und seine Kabinettskolleg:innen sind zwar nicht für das Desaster bei der Deutschen Bahn verantwortlich, das sind frühere Regierungen. Aber mit ihrer Haushaltspolitik verschärft die Ampel sehenden Auges die Krise des Schienenverkehrs. Weil sich die Spitzen von SPD, Grünen und FDP

im Haushaltsstreit nicht einigen können, wollen sie der Bahn statt Zuschüssen Milliarden in Form von Darlehen und einer Eigenkapitalerhöhung geben. Denn das ist nicht schuldenbremsenrelevant. Weil die Bahn eine bestimmte Eigenkapitalverzinsung erreichen muss, droht eine drastische Anhebung der Trassenpreise. Diese Schienenmaut müssen Verkehrsunternehmen für jeden gefahrenen Kilometer an die Bahn-Tochter InfraGo zahlen, auch die Deutsche Bahn selbst.

Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) will durch Eingriffe in die Vorschriften für die Eigenkapitalverzinsung der Deutschen Bahn die anstehende Erhöhung dämpfen, aber ob das gelingt und reicht, ist offen. Es hilft nur eins: Die Ampel muss wie ursprünglich geplant der Deutschen Bahn Zuschüsse zahlen und die Unsicherheit über die Trassenpreise beenden. Der Kollateralschaden der Haushaltstricksereien wäre zu

hoch. Steigt die Schienenmaut, werden auch Ticketpreise und Transportkosten für Güter höher.

Die Konsequenz: Leute werden noch mehr vor dem Bahnfahren zurückschrecken und lieber das Auto nehmen, die Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf die Schiene wird noch schleppender vorankommen. Angesichts von Klimakrise und Verkehrskollaps auf den Straßen ist diese Weichenstellung grundfalsch. Dass für den Personentransport auf der Schiene eine Maut fällig wird, für Pkw auf Autobahnen aber nicht, ist ohnehin absurd. Lkw müssen zwar auf Fernstraßen eine Maut zahlen, aber die ist nicht hoch genug. Ihr Wettbewerbsvorteil wird durch weiter steigende Trassengebühren noch größer. Aus gutem Grund sprechen Verkehrsverbände von einem Konjunkturprogramm für den Transport per Lastkraftwagen. Das darf es nicht geben.

8

Ausgabe Berlin Nr. 13443 € 3,40 Ausland € 2,80 Deutschland

Die taz wird ermöglicht durch

23.467

GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90 fax 030 | 25 90 26 80 abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325 anzeigen@taz.de
taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0 fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de
 taz

Postfach 610229, 10923 Berlin twitter.com/tazgezwitscher facebook.com/taz.kommune

www.taz.de



Foto: imago

Wer wählt das Bündnis Sahra Wagenknecht?
 Ein Besuch bei Wahlkampfständen in Sachsen und Thüringen
4-5

Von Nazis angefeindet

Über den Gedenkstättenleiter Jens-Christian Wagner
13

Gegenwärtige Vergangenheit

Der neue Roman „Reichskanzlerplatz“ von Nora Bossong
15

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Die Nervosität des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump lässt sich derzeit hautnah im Netz miterleben: Um Swifties zu umgarnen, teilte er ein KI-generiertes Bild von Taylor Swift im Uncle-Sam-Look mit der Zeile: „Taylor Swift will, dass du für Donald Trump stimmst.“ Was er sich wohl als Nächstes einfallen lassen wird? Ein KI-generiertes Bild von Kamala Harris, die ihre Kandidatur zurückzieht? So oder so war das Ganze ein Move

aus der untersten Wahlkampfschublade.

das porträt



Foto: The Hostages Families Forum/reuters

Überlebte die Hamas-Geiselhaft nicht: der Historiker Alex Dancyg

Alex Dancyg hat sich zeit seines Lebens mit dem Massenmord an Juden während des Holocausts befasst. Am Ende starb er selbst einen gewaltsamen Tod, nachdem er am 7. Oktober von der Hamas aus dem Kibbuz Nir Oz in den Gazastreifen entführt wurde. Die Leiche des 76-jährigen wurde am Dienstag zusammen mit fünf anderen toten Geiseln von israelischen Soldaten in Chan Junis gefunden.

„Er war ein Humanist, er hat Dinge nie schwarz-weiß gesehen“, sagt Galia Kremer, 63, die Dancyg seit ihrer Jugend kannte und mit ihm im Kibbuz wohnte. Diese Einstellung habe auch seine Arbeit als Historiker und Pädagoge für die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem geprägt. „Es ist eine schreckliche Vorstellung, dass er auf diese Weise gestorben ist.“

Dancygs Telefon war kurz nach dem Überfall der Hamas in Gaza geortet worden. Seither galt er als einer der rund 250 aus Israel Verschleppten, war jedoch zunächst noch am Leben: In Geiselhaft in den Tunneln unter Gaza soll er Vorträge zu Geschichte und Literatur für seine Mitgefangenen organisiert haben, berichtete Hannah Peri, die ebenfalls aus Nir Oz entführt wurde und Ende November im Rahmen eines Gefangenen austausches freikam.

„Er war ein Lexikon“, sagt Kremer, die ihn vor dem 7. Oktober regelmäßig besucht und mit ihm über neue und alte Bücher gesprochen hatte. Geboren 1948 in Polen als Sohn zweier Holocaustüberlebender kam er im Alter von neun Jahren nach Israel, trat dem sozialistischen Jugendbund „Haschomer Hazair“ bei und zog nach dem Armeedienst in den Kibbuz.

1986 kehrte der Historiker erstmals in sein Geburtsland Polen zurück. Nach einem Besuch im Vernichtungslager Auschwitz begann er, sich dezidiert der Bildungsarbeit zum Holocaust zu widmen. Ab 1990 arbeitete er für die israelische Holocaustgedenkstätte Yad Vashem. Dort initiierte er Bildungsreisen israelischer Jugendgruppen nach Polen und Bildungsangebote zum Holocaust für Teilnehmer von dort.

Sein Sohn Yuval hatte bereits früh auf ein Abkommen gedrängt. „Verhandelt mit der arabischen Welt“, sagte er bei einem Besuch im Haus der Wannsee-Konferenz in Berlin Anfang November. „Uns läuft die Zeit davon.“ Acht Monate danach war es für Dancyg zu spät. Am 22. Juli meldete die israelische Armee, dass er in Gefangenschaft gestorben sei.

Netanjahu lobte die Soldaten am Dienstag für die Bergung der Leichen. Im Grunde aber ist sie eine Niederlage für seine Strategie des militärischen Drucks. Dieser hat auch nach zehn Monaten Krieg und nach Angaben der lokalen Gesundheitsbehörden mehr als 40.000 Toten nicht zur Befreiung der 109 in Gaza verbliebenen Geiseln geführt. 36 von ihnen sind offiziell für tot erklärt. Dancygs Sohn Mati warf dem Regierungschef vor, dieser habe „die Geiseln für sein politisches Überleben aufgegeben“.

Seit vergangener Woche drängen die Vermittler der USA, Ägyptens und Katars erneut auf einen Waffenstillstand und einen Geiselaustausch. Am Montag versicherte Netanjahu US-Außenminister Antony Blinken bei dessen Besuch, den vorliegenden US-Vorschlag mitzutragen. Am Dienstag schloss er laut Berichten einen dafür notwendigen israelischen Abzug aus dem Philadelphi-Korridor entlang der ägyptischen Grenze wieder aus.

Die Hamas hatte sich nicht an den Verhandlungen beteiligt und den US-Vorschlag am Sonntag abgelehnt, weil dieser zu sehr Israels Forderungen entspreche. Eine klare Absage an Verhandlungen gibt es seitens der Gruppe aber auch nicht. Die Gespräche sollen noch in dieser Woche in Kairo weitergehen.

Felix Wellisch, Jerusalem

Großbritannien: Labour will mehr abschieben

Die Regierung von Premierminister Keir Starmer präsentiert Maßnahmenpaket gegen illegale Einwanderung. So sollen unter anderem Abschiebezentren reaktiviert werden

Aus London **Daniel Zylbersztajn-Lewandowski**

„Wir ergreifen starke und klare Schritte“ erklärte die britische Innenministerin Yvette Cooper am Mittwoch. Die Labour-Politikerin hat zahlreiche Maßnahmen angekündigt, die die Grenzsicherheit erhöhen und zur Abschiebung von mehr Personen, die sich ohne Erlaubnis im Vereinigten Königreich aufhalten, führen sollen.

Zu den Maßnahmen gehören 100 neue Spezialbeamte zur Verfolgung von Menschen-schleusergangs, die Asylsuchende den Ärmelkanal in kleinen Booten überqueren lassen. Später soll diese Einheit auf bis zu 1.000 aufgestockt werden. Außerdem sollen mehr Arbeitgeber aufgespürt werden, die Migrant:innen ohne Aufenthaltsgenehmigung beschäftigen. 300 Beamte:innen seien außerdem mit der Bearbeitung des Rückstaus von Asyl-anträgen beauftragt worden, der durch die starke Zunahme von Bootsflüchtlingen seit dem Brexit entstanden ist. Im März 2024 warteten 118.329 Personen

in Großbritannien auf eine erste Entscheidung zu ihrem Asyl-antrag; sie dürfen in dieser Zeit nicht arbeiten und werden auf Staatskosten untergebracht – ein regelmäßiger Kritikpunkt von Rechtspopulisten wie Nigel Farage.

Weiter plant die Labour-Regierung die Wiederöffnung mehrerer geschlossener Abschiebezentren mit 290 zusätzlichen Plätzen und eine deutliche Zunahme von Abschiebungen von Personen ohne Aufenthaltstitel – 14.500 mehr in den nächsten sechs Monaten, hieß es. Die beiden wieder zu eröffnenden Abschiebezentren waren einst wegen Mängeln geschlossen worden. Die Gefangenenhilfsorganisation Detention Action kritisiert, es handele sich um „verborgene Orte“, in denen Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten würden und Zugang zu medizinischer und rechtlicher Betreuung versagt werde.

Abschiebungen aus Großbritannien sollen auf ein Niveau gebracht werden, wie es zuletzt im Jahr 2018 unter der damaligen konservativen Premiermi-

nisterin Theresa May der Fall war, so das britische Innenministerium.

Laut Innenministerium laufen in Großbritannien derzeit über 70 Ermittlungen zu kriminellen Netzwerken im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung. Um die 400 Boote und Bootsmotoren seien gemeinsam mit internationaler Hilfe sichergestellt worden. Seit dem Amtsantritt der Labour-Regierung am 5. Juli habe es bereits neun Abschiebeflüge gegeben, darunter der angeblich größte überhaupt.

Die Regierung betonte jedoch, dass die verschärften Maßnahmen sowohl robust als auch fair und sorgfältig durchgeführt werden sollen. Dies wird von Menschenrechtsgruppen jedoch angezweifelt. Der Direktor von Detention Action, James Wilson, sagte, die Wiedereröffnung von Abschiebezentren sei alles andere als fair und humaner: Bei einer amtlichen Untersuchung habe die Hälfte aller Personen in Abschiebezentren Suizid in Erwägung gezogen.

Premierminister Keir Starmer hatte im Wahlkampf vor sei-

nem Wahlsieg im Juli gefordert, Schleuser wie Terroristen zu verfolgen, und schärfere Maßnahmen gegen illegale Einwanderung versprochen als die konservative Vorgängerregierung.

Deren Abschiebeprogramm von Asylsuchenden nach Ruanda konnte wegen rechtlicher Bedenken nie beginnen, aber hat nach Angaben der Labour-Regierung bereits umgerechnet 820 Millionen Euro gekostet.

Die Problematisierung der illegalen Einwanderung war auch ein Thema bei den rechtsextremen Krawallen in England und Nordirland vor wenigen Wochen. Eine am 16. August nach den rechtsextremistischen Aufständen veröffentlichte Ipsos-Umfrage gab an, dass 34 Prozent aller britischen Befragten die Einwanderung als politisches Hauptproblem sehen.

Mehr als 19.000 Asylsuchende sind dieses Jahr bislang auf kleinen Booten über den Ärmelkanal nach Großbritannien gekommen, 10 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Im gesamten Jahr 2023 waren es rund 29.000 gewesen, nach 46.000 im Jahr 2022.

Calais, Frankreich, im Juli: 10 Prozent mehr Asylsuchende sind dieses Jahr bislang auf kleinen Booten über den Ärmelkanal nach Großbritannien gekommen
Foto: Johan Ben Azzouz/imago



Linke besuchen Maja T.

Martin Schirdewan und Martina Renner kritisieren die Haftbedingungen in Budapest

Aus Budapest **Muri Darida**

Zu wenig Essen, Zellendurchsuchungen, Kakerlaken: Maja T.'s Haftbedingungen in der Justizvollzugsanstalt in Budapest scheinen katastrophal. Seit Ende Juni ist die antifaschistische Person aus Thüringen in Untersuchungshaft in Budapest. Das heißt: in einer Einzelzelle mit konstanter Videoüberwachung. Am Mittwoch haben Martin Schirdewan, Vorsitzender der Partei Die Linke, und Martina Renner, innenpolitische Sprecherin der Linken-Gruppe im Bundestag, Maja T. in Budapest besucht.

Im Gespräch danach berichteten sie, dass T. in einer acht Quadratmeter kleinen Zelle mit Bettwanzen und Kakerlaken eingesperrt lebt und tagelang mit niemandem sprechen kann. Regelmäßige Zellendurchsuchungen seien an der Tagesordnung,

nach Kontakt mit Angehörigen auch mit Komplettkleidung. Maja T. bekomme nicht genug Essen, werde vom Personal angebrüllt und beleidigt, zum Beispiel als „Terrorist*in“.

Im Februar 2023 soll Maja T. ungarische Neonazis auf dem Gedenkmarsch zum „Tag der Ehre“ angegriffen haben. Die ungarischen Behörden werfen T. schwere Körperverletzung sowie die Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung vor. Im Dezember war Maja T. in Berlin festgenommen worden und saß seitdem in Dresden in Haft. Im Juni gab das Berliner Kammergericht dem Gesuch der ungarischen Behörden, Maja T. nach Budapest auszuliefern, statt T.'s Anwälte stellten noch einen Eilantrag beim Bundesverfassungsgericht, doch die Anweisung aus Karlsruhe, die Auslieferung zu verhindern, kam zu spät: Noch in der Nacht war T. vom säch-

sischen Landeskriminalamt nach Ungarn gebracht worden.

Renner berichtet, dass Maja T. auf der Durchreise in Österreich ein Sack über den Kopf gezogen wurde. „Die Auslieferung muss abgelassen sein wie ein Antiterrorereinsatz“, sagt sie. „Mit schwer bewaffneten Polizist*innen, Blaulicht und gesperrten Straßen.“

Renner kritisiert die Auslieferung als politische Entscheidung. „Es gibt keine faktische oder juristische Grundlage dafür, das Verfahren nicht in Deutschland zu führen“, sagt die Linke-Politikerin.

„Uns geht es jetzt darum, dass das Verfahren unter rechtsstaatlichen Bedingungen stattfinden kann“, sagt Schirdewan. „Wir fordern den Bundesjustizminister auf, tätig zu werden, um Maja nach Deutschland zurückzuführen.“

taz lage

taz verklagt AfD

Die Thüringer AfD verweigert der taz den Zutritt zu und somit auch die Berichterstattung von ihrer Wahlparty in Erfurt. Ebenso handelt sie gegenüber dem Spiegel, der Welt und der Bild. Während andere Medien Zugang erhalten, sind wir bisher von dieser Veranstaltung ausgeschlossen – und können somit die Öffentlichkeit nicht informieren.

Wenn am Wahlabend die Hochrechnungen kommen, jubeln Parteimitglieder – oder ziehen lange Gesichter, je nach Wahlergebnis. Für Journalist*innen sind Wahlpartys ein Muss-Termin. Dort werden auf und neben der Bühne programmatische Ziele formuliert, die von hohem öffentlichem Interesse sind. Die AfD in Thüringen allerdings will zumindest bestimmte Medien auf ihrer Wahlparty am 1. September nicht dabei haben. Auf Nachfrage der taz wurde die verwehrte Akkreditierung damit begründet, die „Kapazitäten des Veranstaltungsorts“ seien begrenzt. Auch vor der Tür will die AfD die taz offenbar nicht haben: Der Veranstaltungsort werde „aus Sicherheitsgründen kurzfristig und nur an die Teilnehmer bekannt gegeben“.

Gemeinsam mit Spiegel, Welt und Bild haben wir beim Landgericht Erfurt einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gegen die AfD Thüringen gestellt. Kritischer Journalismus wird von der AfD seit Langem regelmäßig behindert. Mit unserem Antrag wollen wir die Rechtslage für künftige Fälle klären lassen und gegen diese Form der Einschränkung der Pressefreiheit vorgehen. (taz)

Von **Barbara Junge**

Sie waren einfach zwei kleine schwarze Mädchen, Freundinnen, die im kalifornischen Berkeley in recht durchschnittlichen Verhältnissen aufwuchsen. Beide sind sie über ihr Milieu hinausgewachsen. Und an diesem Abend steht Stacey Johnson-Batiste nun auf der Bühne im United Center in Chicago. Die Demokraten haben sie beim Krönungsparteitag für Kamala Harris aufgeboden, um – wie so viele vor und nach ihr in diesen Tagen, in dieser jubeltrunkenen Halle – Kamala Harris' Charakter zu preisen, Harris' Einsatz für Gerechtigkeit. Die stärksten Worte bei dem Ruf aus der Kindheit aber fallen Doris Johnson zu, ihrer Mutter, die mit ihr auf der Bühne steht. „Kamala“, beendet Doris Johnson mit brüchiger Stimme den Auftritt, „deine Mutter wäre so stolz auf dich.“

Einen Jubeltag später spricht auch Michelle Obama, die heimliche Kandidatin der Herzen, an der gleichen Stelle von ihrer kürzlich verstorbenen Mutter. Das letzte Mal sei sie in ihrer Heimatstadt gewesen, um ihrer zu gedenken, „der Frau, die mir einen starken moralischen Kompass gegeben, die mir die Kraft meiner Stimme gezeigt hat“. Sie sei deshalb nicht sicher gewesen, ob sie hier auftreten könne. Doch ihr Herz, sagt Michelle Obama, habe sie gedrängt hier zu sprechen, „um die Erinnerung an meine Mutter zu ehren“.

Michelles Ehemann Barack Obama war 2009 als erster schwarzer Präsident ins Weiße Haus eingezogen. Mit „Yes, we can“ hatte er, der Senator aus Illinois, sich schon parteiintern gegen die New Yorker Senatorin Hillary Clinton durchgesetzt. Die Zeit war reif für den ersten Schwarzen im Weißen Haus.

Acht Jahre später, im Duell gegen Donald Trump, träumte dieselbe Hillary Clinton dann als demokratische Präsidentschaftskandidatin davon, die gläserne Decke zu durchstoßen. Für alle Frauen, „die sich gefragt haben, ob sie jemals Präsidentin der Vereinigten Staaten sein könnten, ... für alle Mütter, die ihren Töchtern sagen: Ihr könnt alles sein, was ihr wollt.“ Die große Party im Javits Convention Center in Manhattan fiel am Wahlabend im November 2016 aus. Und das Mütter-Motiv steht heute sinnbildlich für eine Hoffnung: dass die Zeit endlich endlich reif ist für eine Frau im Weißen Haus.

Die Jugendfreundin und ihre Mutter: Doris Johnson and Stacey Johnson-Batiste preisen Kamala Harris am 19. August auf dem Parteitag der Demokraten in Chicago
Foto: Chip Somodevilla/getty images/afp



„Keep going“

Kamala Harris gewinnt gerade die Gunst der Frauen. Sie soll einen alten Traum wahr machen: eine Frau im Weißen Haus. Dabei macht die aktuelle Vizepräsidentin selbst gar keine Anstalten, die Frauen-Karte auszuspielen

Als Hillary Clinton in Chicago an der Reihe ist Harris ihren Segen zu geben, spricht sie von einem „neuen Kapitel in der amerikanischen Geschichte“, von etwas, „auf das wir so lange hingearbeitet, von dem wir so lange geträumt haben“, „von einer Zukunft, wo es keine gläserne Decke für unsere Träume gibt“.

Sie träumt noch immer von einer Präsidentin im Weißen Haus. Und sie träumt nicht alleine. Der trunkene Kamalarausgang der Demokraten – keine und keiner der scharfen Harris-Kritiker:innen will hier in Chicago mit nüchternen Worten stören – wirkt ansteckend. Je nach Umfrage führt Harris auf nationaler Ebene im Moment mit 3 bis 6 Prozent vor dem republikanischen Kandidaten Donald Trump. Wer im November vorne liegen wird, ist damit nicht gesagt. Blaue (Farbe der Demokraten) und rote (Republikaner) Linien laufen in Grafiken, die die Ergebnisse von Wahlumfragen abbilden, noch relativ parallel. Aber es ist denkbar. Bei Joe Biden war das anders. Denn auch von den wichtigen sechs Swing

States, wo am 5. November die Wahl voraussichtlich entschieden wird, kann sie im Moment vier verbuchen.

Wie abstrakte Geometrie sehen dann Grafiken aus, die nach Geschlechtern differenzierte Umfrageergebnisse darstellen. Rote Linien, rote Pfeile weisen nach unten, blaue Linien und

Harris kann skeptische Schwarze, Latinos und Latinas zurückholen

Pfeile zeigen steil nach oben. Auch Donald Trump kann auf einen fanatischen Frauenanteil zählen. Doch Harris mobilisiert gerade Frauen, Mütter, Töchter. Überproportional viele Frauen wünschen sich Kamala Harris im Weißen Haus. Wie Anusha Mathur in *Politico* schreibt, wird gerade aus dem Gender Gap zwischen den Wahlpräferenzen von Männern und Frauen „ein Ab-

grund“. Die *Washington Post* stellt eine „Sienna“-Umfrage aus dem Juli einer neuen CBS-News/YouGov-Umfrage gegenüber: Während Frauen Biden gegenüber Trump nur zu 6 Prozent mehr unterstützt hätten (49 zu 43 Prozent), sind es jetzt 12 Prozent (56 zu 44 Prozent). Noch muss diese Auswertung bestätigt werden, und andere Ergebnisse der Umfrage, die auf die Beliebtheit der Kandidat:innen gehen, sind für Harris nicht schmeichelhaft. Landesweite Umfragen haben zudem nur eine relative Relevanz. Doch in den entscheidenden Swing States Arizona, Georgia, Nevada, Michigan, Pennsylvania und Wisconsin verschiebt sich nach „Sienna“ die Wahlpräferenz im Schnitt ebenfalls um 10 Prozent bei den Frauen zugunsten von Harris. Besonders in den Sun-Belt-Staaten Arizona, Georgia und Nevada schneidet die Kandidatin gut ab. „Es handelt sich um die größte geschlechtsspezifische Diskrepanz, die wir je gesehen haben“, zitiert *Politico* Paul Maslin, Meinungsforscher vom Institut FM3.

Bislang macht Kamala Harris keine Anstalten, auf dem Frauen-Ticket zu fahren. Harris als personifizierte Mischung der Hauttöne und Herkünfte der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner soll zentrales Element des demokratischen Wahlkampfes sein. Eine neue Form der „Americanness“ nennt der Präsident des Demokraten-nahen Think Tanks „Center for American Progress“ Patrick Gaspard das. Harris kann denn auch skeptische Schwarze, Latinos und Latinas, die sich von Biden abgewandt hatten, zurückholen. 84 Prozent der Schwarzen und 54 Prozent der Latinos und Latinas sind nach den Umfragen derzeit an Harris' Seite.

Dennoch mobilisiert kein Thema so sehr und könnte auch im November so entscheidend werden wie das Geschlecht der Kontrahent:innen. Glaubwürdiger als der Katholik Joe Biden kann die progressive Frau aus Kalifornien auch den Kampf um die reproduktiven Rechte der Frauen repräsentieren. Zwar müht sich Donald Trump, von der allzu evange-

likal-christlichen Position zu Abtreibungen Abstand zu gewinnen. Aber es war das von ihm selbst reaktionär besetzte höchste Gericht der USA, das die liberalere Abtreibungsregelung aufgehoben hat. Und schon das relativ gute Abschneiden der Demokraten bei den Midterm-Wahlen im November 2022 war zu guten Teilen der Mobilisierung zum Abtreibungsrecht zu verdanken.

An diesem Abend im August 2024 in Chicago, dem Geburtsort ihrer Mutter, reicht Hillary Clinton den Stab an Kamala Harris weiter. Sie beruft sich auf große Frauen in der US-Geschichte, die den Kampf um die Rechte von Frauen geführt haben, wie Shirley Chisholm, die erste schwarze Frau im Kongress (1969) und die erste Frau und Afroamerikanerin, die sich um die Nominierung als Präsidentschaftskandidatin beworben hatte (1972). Und auch Hillary Clinton lässt ihre Mutter zu Wort kommen: „Ich wünschte, meine Mutter und Kamalas Mutter könnten uns sehen. Sie würden sagen: Keep going. Macht weiter.“

demokraten-parteitag

Die Nacht der Obamas

Michelle und Barack Obama hielten beim Nominierungsparteitag der Demokraten in Chicago mitreißende Reden auf Kamala Harris

Aus Chicago **Hansjürgen Mai**

Barack Obama kann noch immer eine Menschenmenge in seinen Bann ziehen. Der zweite Abend des diesjährigen Nominierungsparteitags der Demokraten in Chicago stand ganz im Zeichen des früheren US-Präsidenten. Und er enttäuschte nicht. Mit einer brennenden Rede versuchte der erste schwarze Präsident in der US-Geschichte die Wähler davon zu überzeugen, dass es im November nur eine Option für sie gibt: Vizepräsidentin Kamala Harris.

„Wir brauchen keine weiteren vier Jahre des Getöses, der Stümperhaftigkeit und des Chaos“, sagte Obama am Dienstagabend mit Anspielung auf eine mögliche zweite Amtszeit von Ex-Präsident Donald Trump. „Wir haben diesen Film bereits gesehen – und wir alle wissen, dass die Fortsetzung meist schlechter ist. Amerika ist bereit für ein neues Kapitel. Amerika ist bereit für eine bessere Geschichte. Wir sind bereit für eine Präsidentin Kamala Harris.“ Mit seiner Rede knüpfte Obama fast nahtlos an seine Rede vor 20 Jah-

ren an. Beim demokratischen Parteitag 2004 hatte er von der Hoffnung eines vereinten Landes gesprochen, in dem die Menschen ihre politischen Differenzen überwinden.

Diesen Traum hat er offenbar auch nach dem Ende seiner Amtszeit nicht aufgegeben. „Die überwiegende Mehrheit von uns möchte nicht in einem Land leben, das verbittert und gespalten ist. Wir wollen etwas Besseres. Und die Freude und Begeisterung, die wir im Wahlkampf zwischen Harris und Walz erleben, zeigt uns, dass wir nicht allein sind“. Harris und ihr Vizekandidat, Minnesotas Gouverneur Tim Walz, seien genau das richtige Duo, um Trump im November zu besiegen. Harris setze sich für alle Menschen ein. Im Gegensatz dazu sei Trump ein „78-jähriger Milliardär, der, seit er vor neun Jahren eine goldene Rolltreppe hinuntergefahren ist, nicht aufgehört hat, über seine Probleme zu jammern“. Der Ex-Präsident dankte auch seinem früheren Vizepräsidenten und Freund Joe Biden für dessen Leistungen als Präsident.

Obama war in seinem Element, doch es gab eine Person, die ihm zumindest an diesem Abend die Show stahl: seine Frau Michelle. Die ehemalige First Lady erklärte, dass mit Harris und Walz die Hoffnung ein Comeback in Amerika habe. Mit einer leidenschaftlichen Rede, in der sie mehrmals ihre im vergangenen Jahr verstorbene Mutter in Erinnerung rief, spannte sie den Bogen zu Harris. Sie und Harris seien von ähnlichen Muttertypen erzogen worden: hart arbeitend, uneigennützig und hoffnungsvoll.

Es sind Eigenschaften, die der unter äußerst privilegierten Umständen aufgewachsene Trump nicht mitbekommen habe. „Wir können uns nicht den Luxus leisten, zu jammern oder andere zu betrügen, um weiter voranzukommen“, sagte Michelle Obama und stellte auch scherzend die Frage: „Wer wird ihm sagen, dass die Arbeitsstelle, für die er sich gerade bewirbt, einer dieser ‚Black Jobs‘ ist?“ Von „Black Jobs“ – Schwarzen Jobs – hatte Trump während der TV-Debatte mit Joe Biden gesprochen: Migranten würden schwarzen

US-Amerikanern (prekäre) Jobs streitig machen. Michelle Obama warnte die Demokraten davor, sich nicht auf der aktuellen Euphorie auszuruhen. Es werde eine knappe Wahl werden, und um erfolgreich zu sein, müssten die Demokraten auch etwas tun.

Für ihre Rede bekam Michelle Obama überschäumenden Jubel – den

„Amerika ist bereit für eine bessere Geschichte“

Barack Obama, Ex-Präsident

bis dahin wahrscheinlich lautesten Beifall des gesamten Parteitags. Ihre und die Rede ihres Ehemanns markierten den Abschluss eines stimmungsgeladenen Abends. Der obligatorische Roll Call, bei dem alle 50 US-Bundesstaaten, der District of Columbia und fünf US-amerikanische Territorien wie Guam oder Puerto Rico offiziell ihre Stimmen für die Nominierung der Kandidaten für Präsident und Vizepräsident verge-

ben, war eine musikalische Rundreise. Für das Highlight sorgte der Rapper Lil Jon. Die Delegierten tanzten, jubelten und stachelten sich gegenseitig an, als sie ihre Stimmen verteilten.

Harris selbst befand sich zur gleichen Zeit etwa 150 Kilometer weiter nördlich in Milwaukee, Wisconsin. Sie gab dort eine Kundgebung in derselben Arena, in der vor mehr als einem Monat Trump die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Republikaner annahm. Sie bedankte sich per Liveschaltel bei den Delegierten in Chicago für die Nominierung, die allerdings schon vor ein paar Wochen offiziell wurde.

Am Mittwoch soll neben Vizekandidat Tim Walz auch Ex-Präsident Bill Clinton auf der Bühne sprechen. Den großen Abschluss am Donnerstag will dann Harris selbst geben.

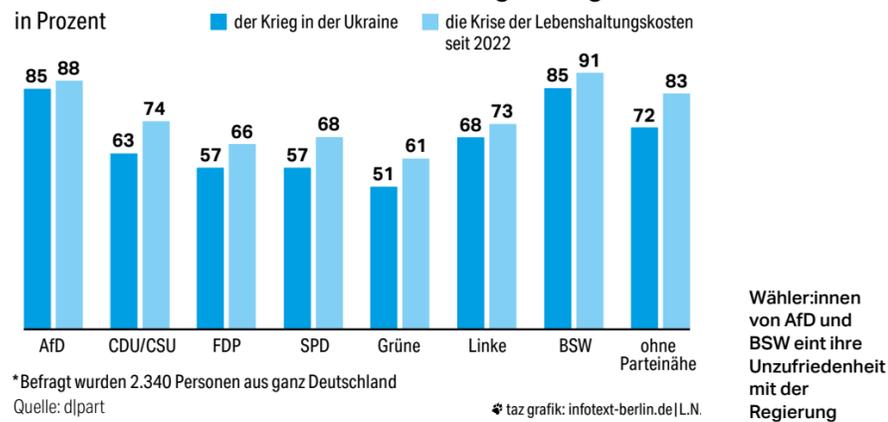
Der Höhenflug der Vizepräsidentin geht also vorerst weiter. Wie US-Medien übereinstimmend berichteten, hat Harris während des vergangenen Monats Spendengelder in Höhe von mehr als 500 Millionen US-Dollar für ihren Wahlkampf eingesammelt.

Alles auf Sahra

Seit sieben Monaten mischt das Bündnis Sahra Wagenknecht die Parteienlandschaft in Deutschland auf – vor allem im Osten. Dabei ist noch ziemlich unklar, wo die Partei eigentlich hinwill und was sie von der AfD unterscheidet. Wer gibt ihr trotzdem die Stimme? Ein Besuch an zwei Wahlkampfständen

Aus Chemnitz und Gotha David Muschenich

Unzufriedenheit mit der Bundesregierung



Der Stand ist noch nicht fertig aufgebaut, da warten schon die ersten darauf, mit den Wahlkämpfer:innen des Bündnisses Sahra Wagenknecht (BSW) ins Gespräch zu kommen. Es ist Donnerstag, 11 Uhr, Anfang August. In einem Monat wählen die Menschen in Sachsen einen neuen Landtag und auf dem Markt in Chemnitz ist schon einiges los. Ein Mann mit Mütze und Brille beobachtet interessiert, wie unter dem weißen Pavillon orangefarbene Flyer auf dem Tisch landen. Noch haben die Wahlkampfhelder:innen keine Zeit für ihn, aber er wartet – obwohl er das BSW gar nicht wählen will.

Sahra Wagenknecht, sagt der Mann, sei schon kompetent, aber immer noch in der falschen Partei. Welche wäre denn passender? „Nu ja“, antwortet er ausweichend. Vielleicht eine blaue Partei? „Genau“, sagt der Mann und schaut wieder zum Stand. Seinen Namen will er nicht sagen. Von der anderen Straßenseite zieht der Geruch von Bratwürsten herüber, aus dem Rathaus ertönt ein Glockenspiel.

Das BSW fasziniert auch Leute, die es nicht mögen. Frisch gegründet und auferstanden aus den Ruinen der Linken ziehen das Bündnis Sahra Wagenknecht und seine guten Umfragewerte vor den Landtagswahlen viel Aufmerksamkeit auf sich. Laut den Umfragen steht das BSW in Sachsen bei 13 Prozent, in Brandenburg bei 17, in Thüringen sogar bei 19. Bisher blieb unscharf, was die Partei genau will und wer bei den Landesverbänden wirklich entscheidet. Die meisten Kandidat:innen auf den Listen sind politische Neulinge und unbekannt. Die CDU spricht von einer Blackbox.

Trotzdem: Anders als bei der AfD und der Linken hat die CDU eine Koalition mit dem BSW nicht offiziell ausgeschlossen. Das Bündnis wäre also ein möglicher Regierungspartner für die CDU. Michael Kretschmer und Mario Voigt, die CDU-Landesvorsitzenden in Sachsen und Thüringen, schließen das nicht aus. Auch der Thüringer SPD-Spitzenkandidat Georg Maier sieht sich bereit für eine mögliche Koalition. „Ich sehe eine realistische Chance für ein Bündnis aus CDU, SPD und BSW“, sagt Maier am Dienstag dieser Woche der Welt. Die Grünen sind da wesentlich skeptischer: Katja Meier, Spitzenkandidatin der Grünen in Sachsen, nennt das BSW „Kreml-Truppe“. Madeleine Henfling, Spitzenkandidatin der Grünen in Thüringen, findet, „das BSW ist keine Partei, sondern geht schon nah an eine Sekte ran“.

Doch wer sind eigentlich die Menschen, die BSW wählen?

Neben dem Stand am Chemnitzer Markt zieht ein Mann an einer E-Zigarette und hört aufmerksam zu, wie eine Wahlkämpferin für das BSW

wirbt. Der 45-jährige kommt aus Chemnitz, seinen Namen möchte er nicht nennen. Dass auf den meisten Plakaten Sahra Wagenknecht zu sehen ist, findet er verschmerzbar. „Das ist doch gutes Marketing“, sagt er und grinst. Auch ihn habe vor allem die Bundesvorsitzende überzeugt. Wenn er zu Hause Talkshows schaue, empfinde er Sahra Wagenknecht als „Stimme der Vernunft“, zum Beispiel wenn es um den Krieg in der Ukraine gehe. „Nicht, weil ich die Meinung veretrete, dass man Putin in irgendeiner Form recht geben muss. Aber die momentane Politik der Regierung ist falsch.“ Es brauche diplomatische Lösungen – die würden derzeit ausgeschlossen, sagt er.

Doch ganz überzeugt vom BSW ist er noch nicht. In der Steuerpolitik vertrete das BSW zu linke Positionen. Vermögen und Firmen stärker besteuern, „da glaube ich nicht, dass das funktioniert. Die Firmen wandern doch ab.“ Er zieht noch mal an der E-Zigarette und geht weiter.

Am weißen BSW-Pavillon hängen neben den Plakaten von Sahra Wagenknecht auch welche der sächsischen Spitzenkandidatin Sabine Zimmermann. Vor einem davon bleibt eine Frau stehen und schaut es grübelnd an. Sie sei während des Zweiten Weltkriegs in Chemnitz geboren und lebe bis heute in der drittgrößten Stadt Sachsens. Wie sie heiße? Das möchte sie nicht sagen. Aber was sie bislang gewählt habe: CDU. Bei der nächsten Wahl jedoch – da sei sie noch unsicher. Damit ist sie nicht allein. Auch wenn die Landtagswahl in Sachsen kurz bevorsteht und das BSW gut dasteht: laut dem Politbarometer des ZDF von Anfang August wissen in Sachsen 33 Prozent noch nicht, ob und wen sie wählen werden. In Thüringen sind es sogar 40 Prozent.

Ihr Mann wähle aber bereits das BSW, sagt die Chemnitzerin. „Die haben sich ja allerhand vorgenommen und verbreiten große Hoffnung“, sagt sie und schaut wieder Sabine Zimmermann auf dem Plakat an. Hoffnung worauf? „Die Sachsen hoffen auf Gleichheit mit dem Westen. Da sind die Löhne und so viele Sachen, wo wir immer noch ein bisschen hintendran stehen“, erklärt sie.

Solche Argumente hören Torsten Schmidt und Juliana Klepzig häufig. Sie betreuen an diesem Donnerstag den Wahlkampfstand in der Chemnitzer Innenstadt. Beide tragen heute Weiß, die Farbe des Friedens. Reiner Zufall, sagt Schmidt. Hinter dem Pavillon pustet er orange Luftballons mit Gas auf. Schmidt ist Ende fünfzig und war eins der ersten Mitglieder des BSW in Sachsen. Er ist von der Linken dorthin gewechselt. Im Juni wurde er für das BSW in den Chemnitzer Stadtrat gewählt, für die Landtagswahl tritt er nicht an.

Juliana Klepzig, seine Standkollegin, ist 18 Jahre alt und kommt aus der Nähe von Leipzig. Sie ist

kein BSW-Mitglied und engagiert sich trotzdem für das Bündnis, weil sie Sahra Wagenknecht faszinierend findet, sagt sie. Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“ habe sie begeistert, mutig sei es gewesen. Wagenknecht spreche ihr „aus dem Herzen“, sagt Klepzig – in der Sozialpolitik, beim Thema Frieden, bei ihrer Kritik an der identitätspolitischen Linken, die sich von der breiten Bevölkerung entfremde. Darum hilft Klepzig in ihrer Freizeit dem BSW beim Wahlkampf, hängt Plakate auf, wirft Flyer in Briefkästen und kümmert sich mit um den Social-Media-Auftritt.

Das BSW stehe für ein „friedliches Sachsen“, heißt es in der Broschüre, für Friedensverhandlungen im Krieg in der Ukraine. Dabei seien die „Sicherheitsinteressen aller Seiten“ zu respektieren – auch die Russlands. In Sachsen wolle das BSW zudem einen Mindestlohn von 14 Euro durchsetzen und Renten bis 2.000 Euro von der Steuer befreien. Die „unkontrollierte Migration“ solle mit dem BSW gestoppt werden – allerdings „ohne Diskriminierung und Rassismus“, heißt es im Flyer. Auch gegen die „Ausländerkriminalität“ hat das BSW ein Mittel: „Wer sich nicht an Recht und Ge-



BSW-Spitzenkandidatin in Sachsen Sabine Zimmermann Foto: David Muschenich

Auf den Flyern, die Klepzig am Wahlkampfstand verteilt, ist die Bundesvorsitzende Sahra Wagenknecht abgedruckt. Sie tritt bei der Landtagswahl in Sachsen gar nicht selbst an, trotzdem warnt sie gleich auf der ersten Seite des Flyers vor der „undurchdachten Politik“, die das Land ruiniere. Eine starke BSW-Fraktion in Sachsen wäre auch ein „klares Signal nach Berlin“. Mit der Wut auf die Ampelkoalition trifft sie das Gefühl vieler Menschen in Sachsen. SPD, Grüne und FDP kommen laut Umfragen dort zusammen gerade einmal auf 12 Prozent. Gut möglich, dass keine der drei Parteien nach der Wahl noch im sächsischen Landtag vertreten sein wird.

Das weiß auch Neele Eilers. Sie forscht mit ihrem Team von dem gemeinnützigen Thinktank djpart zur Unzufriedenheit und den Zukunftssorgen in Deutschland. Dafür befragten sie zwei





Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht.

Alle Texte dazu finden sie auf taz.de und hier:



Wagenknecht, umringt von Fans am Montag dieser Woche in Eisenach
Foto: Sascha Fromm/imag



schen April und Mai in einer repräsentativen Studie 2.340 Personen in der Bundesrepublik. Die BSW-Sympathisant:innen sind demnach vor allem Menschen mit einem durchschnittlichen Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen. „Obwohl sie eigentlich im Mittelfeld der Einkommen liegen, fühlen sie sich aber öfter der Unterschicht zugehörig und schätzen ihre finanzielle Lage als instabil ein. Sie fühlen sich finanziell unter Druck“, sagt Eilers.

Laut der Studie hadern die BSW-Sympathisant:innen zudem mit der aktuellen Politik in Deutschland – fast genauso wie die Unterstützer:innen der AfD. Aus beiden Lagern geben 85 Prozent an, sie seien unzufrieden damit, wie die Bundesregierung den Krieg in der Ukraine handhabt. Bei den anderen Parteien sind es weniger: 50 bis 70 Prozent. Ähnlich sieht es bei der Frage nach der sogenannten Migrationskrise von 2015 und 2016 aus: Bei der AfD sind 85 Prozent unzufrieden, beim BSW 81 Prozent. Oder bei der Krise der Lebenshaltungskosten: Die bewerten 88 Prozent der AfD-Anhänger:innen als gravierend, 91 Prozent der BSW-Anhänger:innen.

Besonders überrascht habe die Sozialforscherin Neele Eilers aber, „wie hoch die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen bei BSW-Sympathisierenden war“. In der Studie hatte die AfD zum Beispiel gefragt, wie man zu der Aussage stehe: „Die meisten Flüchtlinge kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“ Rund 80 Prozent der BSW-Anhänger:innen stimmten zu, lediglich bei der AfD waren es mehr. Ähnlich bei dem Satz: „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ Dem stimmten 67 Prozent der BSW-Sympathisanten zu, 87 Prozent der AfD.

Sind die Wähler:innen des BSW also rechte Protestwähler:innen? Ähnlich wie bei der AfD?

Nein, so einfach sei das nicht, widerspricht Eilers. Sie würde nicht von einer Protestwahl sprechen. „Auch bei der AfD nicht. Inhaltliche und ideologische Aspekte spielen eine große Rolle für die Sympathie. Beim BSW etwa soziale und wirtschaftliche Forderungen.“ Und bei denen seien die Unterschiede zwischen der AfD und dem BSW am deutlichsten: In wirtschaftlichen Belangen weise das BSW-Lager eher sozialstaatliche und staatsinterventionistische Tendenzen auf. Sie glauben zum Beispiel seltener, dass Sozialhilfe von der Arbeit abhalte.

Etwa 150 Kilometer westlich von Chemnitz stellt eine Woche später Harald Pestel in Gotha einen anderen BSW-Stand auf. Wieder ist es Donnerstag, 11 Uhr. Noch drei Wochen bis zur Wahl. Auch Thüringen wählt am 1. September einen neuen Landtag. Pestel beschwert mit ein paar Gummibärchen

die BSW-Flyer auf dem Infotisch, klatscht in die Hände und lacht. „So, dann kann es ja losgehen.“ Noch ist der 85-Jährige allein am Stand vor dem Telekom-Laden am Neumarkt, später wird er Unterstützung bekommen. Pestel ist kein Parteimitglied und wirbt in seiner Freizeit für das BSW. Aus Überzeugung, wie er sagt. Und, das ist ihm wichtig: Was er sagt, ist nur seine eigene Meinung. Er spricht nicht im Namen des BSW.

Mit einer Handvoll Flyer stellt sich Pestel mitten in die Fußgängerzone. In Gotha ist viel weniger los als in Chemnitz. In der alten Thüringer Residenzstadt leben fünfmal weniger Einwohner:innen: rund 45.000 statt 250.000. Pestel zieht einen Flyer aus seinem Bündel und geht schnellen Schrittes auf eine Frau zu. „Hier, den habe ich heute Morgen extra für Sie eingepackt“, begrüßt Pestel sie lächelnd und hält ihr den Flyer hin. Sie nimmt ihn, geht aber ungebremst weiter Richtung Markt. Ein älterer Mann, dem Pestel als nächstes einen Flyer anbietet, lehnt wirsch ab. Pestel zuckt mit den Schultern. „Langsam sind die Leute ein bisschen überfüttert“, glaubt er.

Pestel sagt von sich, er sei schon immer links eingestellt gewesen. „Ich habe was dagegen, wenn die Reichen immer reicher werden und die Armen ärmer.“ Das sei einer der Gründe, weshalb der Rentner sich beim BSW engagiere. Schon 2018, als Sahra Wagenknecht die Bewegung Aufstehen ins Leben rief, war er dabei.

Als nächstes bleibt ein Mann im weißen Trikot des Fußballvereins Liverpool am Stand stehen. Thomas Schädel ist 64 Jahre alt. Er hat 46 Jahre lang gearbeitet, bekommt aber nur eine Rente von knapp über 1.000 Euro. Er war lange im Niedriglohnsektor tätig und konnte nur wenig in die Rentenkasse einzahlen, erzählt er. Mit dem BSW stimme er in der Migrationsfrage und beim Krieg in der Ukraine überein. Wirklich wichtig sei für ihn jedoch die Sozialpolitik. „Aber dass das BSW mit der CDU koalieren könnte, das bereitet mir Bauchschmerzen“, sagt Schädel und seufzt. „Von der CDU halte ich nicht viel.“ Die AfD wolle er aber auch nicht wählen. „Die sind zu radikal und populistisch und machen ja auch nichts für den kleinen Mann“, erklärt Schädel.

Ob es wirklich die Sozialpolitik ist, die Wähler:innen zum BSW treibt, ist fraglich. Eine im Juni veröffentlichte Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ergab, dass die Wähler:innen des BSW sich eher durchschnittlich für einen Ausbau der Sozialpolitik aussprechen. Bei den Wähler:innen der Linken und der SPD ist der Wunsch nach mehr Sozialpolitik, auch wenn das mit höheren Steuern einhergeht, stärker ausgeprägt. Die KAS-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass für rund die Hälfte der Wähler:innen das

„gute Personal“ der Partei ein Wahlgrund ist. „Angeht der zentralen Bedeutung, die Sahra Wagenknecht für die Partei hat, ist dieser hohe Wert nicht überraschend“, schreiben die Autor:innen.

Auch in Gotha ist die Bundesvorsitzende quasi omnipräsent: Auf den Flyern, auf dem Werbetisch, auf der kleinen Flagge daneben. 600 Plakate mit Sahra Wagenknecht hätten sie in der Stadt aufgehängt, erzählt Pestel. Dagegen nur 200 mit den Thüringer Spitzenkandidat:innen Katja Wolf, Steffen Schütz und Steffen Quasebarth. Aber Wagenknecht kennt man eben.

Es ist etwa 12 Uhr, als ein Mann in schnellem Schritt und mit großen Gesten auf den Wahlkampfstand und Harald Pestel zuläuft. „Ist eure Anführerin da?“, fragt er provozierend. Pestel versucht es beruhigend: Nein, heute nicht. „Die hat

In Gotha hängen 600 Plakate mit dem Gesicht von Sahra Wagenknecht, 200 mit den drei lokalen Spitzenleuten. BSW-Wähler:innen überzeugt vor allem das „gute Personal“, zeigt eine Studie

sich ja immer nur nach oben gebuckelt und gefickt“, ruft der Mann. Pestel dreht sich weg und schüttelt den Kopf. „Was soll ich da noch sagen?“

Zurück nach Chemnitz. Auch da ist die Parteichefin Ziel von Anfeindungen. Ein Mann mit Fahrrad ruft, Sahra Wagenknecht sei eine Kommunistin. Bis 2010 gehörte sie innerhalb der Linkspartei zur Kommunistischen Plattform. Auf den Versuch hin, ihn zu besänftigen, wird er noch lauter. „Kommunistenpack! Kommunistin bleibt Kommunistin. Ihr habt auf die Leute geschossen!“ Dabei zeigt er mit dem Finger auf die Wahlkämpfer:innen. Torsten Schmidt geht auf ihn zu, die beiden reden ein paar Minuten in ruhigem Ton. Später sagt Schmidt, er habe den Fahrradfahrer um Verständnis dafür gebeten, dass sich Menschen ändern können. Er solle dem BSW eine Chance geben. Das hat offenbar funktioniert, zumindest beruhigt sich der Mann und zieht weiter. Unter dem Pavillon spricht derweil Wahlkämpferin Juliana

Klepzig mit dem Interessenten Bernhard Blüthner. Der 54-Jährige möchte gerne in die Wagenknecht-Partei. Blüthner hat schon bei den letzten Wahlen für das BSW gestimmt und will es bei der Landtagswahl wieder tun. Früher, da hat er mal CDU gewählt, sagt er, zuletzt Angela Merkel und davor Helmut Kohl. Aber mittlerweile sieht er das anders. „Die CDU denkt nie an den kleinen Bürger. Keine Sozialwohnungen, keine gescheite Rente, Grundsicherung oder Bürgergeld.“ Darum sei er froh, dass nun Sahra Wagenknecht eine Partei gegründet habe. „Warum hat sie das nicht schon früher gemacht?“, fragt er und lacht.

Aber trotz seiner Begeisterung: Bernhard Blüthner könne nicht Mitglied werden, erklärt Juliana Klepzig. Mehr könne sie nicht sagen, sie sei selbst noch kein Mitglied und nur ehrenamtlich dabei. Blüthner sieht enttäuscht aus, will aber weiterhin das BSW wählen.

Aber warum nimmt das BSW derzeit keine neuen Mitglieder auf? Dazu erzählt wenig später am Stand die sächsische Landesvorsitzende Sabine Zimmermann eine Anekdote. Die 63-Jährige hat den Landesverband in Sachsen aufgebaut und dabei alle 71 bisherigen Mitglieder in persönlichen Gesprächen kennengelernt. Die Idee dahinter: Trittbrettfahrer rausfischen. Und im Januar, da habe sie so einen erwischt. Mit Perücke und falschem Namen habe ein AfD-Politiker versucht, sich ins BSW einzuschleusen. Das sei aber aufgefliegen, erzählt Zimmermann. Die Regionalzeitung *Freies Wort* berichtete über den Fall.

Das BSW in Gotha hat da noch ganz anderes erlebt. Bei der Kommunalwahl im Mai hatte das BSW sechs Plätze im Stadtrat ergattert. Doch schon bei der konstituierenden Sitzung waren zwei der gewählten Mitglieder vom BSW zur Wertunion des früheren Verfassungsschutzchefs und CDU-Politikers Hans-Georg Maaßen gewechselt. Das soll nach den Landtagswahlen auf keinen Fall passieren. Darum prüfe die Partei sorgsam, wen sie aufnehme, und hoffe, dass alle dabei bleiben, heißt es in Thüringen.

Das hofft auch Sabine Zimmermann. Um kurz vor 14 Uhr verteilt sie am Stand in Chemnitz Flyer. Die Sonne scheint, aber es ist nicht brennend heiß. „Wenn Sie Veränderung wollen, müssen Sie BSW wählen“, sagt Zimmermann routiniert und streckt einer Frau mit Kinderwagen einen orangefarbenen Flyer entgegen. Die nimmt ihn an und bleibt stehen. „Das kann ja so nicht weitergehen“, fährt Zimmermann fort, „und ich bin die Spitzenkandidatin.“ Die Frau nickt und liest vom Logo ab: „Aha, und Sie heißen Sahra Wagenknecht?“ Zimmermann schaut verdutzt. „Nein“, sagt sie und zeigt auf ein Plakat mit ihrem Gesicht und ihrem Namen. „Ich bin Sabine Zimmermann.“

verteidigungswetter

Die deutsche Sicherheit wird ab sofort wieder verstärkt an Harz, Eifel und Alb verteidigt. Nach den Zwischenfällen an mehreren Kasernen vergangene Woche hat die Bundeswehr die Sicherheitsvorkehrungen hochgefahren. Am Mittwoch teilte eine Sprecherin des Territorialen Führungskommandos mit, dass die Bundeswehr ihre nächtliche Streifen und weitere Kontrollen ausgeweitet habe. Die Sicherheitsstufe sei aber nicht hochgestuft worden. Das Wetter am Hindukusch: trocken.



Haftstrafen für Bombenduo

Ein rechtsextremes Pärchen hatte das Linkenbüro in Oberhausen per Sprengsatz verwüstet

Aus Duisburg **David Bieber**

Zwei Rechtsextreme aus Oberhausen sind am Dienstag zu Freiheitsstrafen von bis zu drei Jahren und vier Monaten vor dem Landgericht Duisburg verurteilt worden. Das polizeibekanntes Duo hatte im Juli 2022 einen Sprengstoffanschlag auf das damalige Zentrum der Partei Die Linke in der Innenstadt von Oberhausen verübt und dieses komplett zerstört. Glücklicherweise kam bei der nächtlichen Sprengung niemand zu Schaden.

Nach der Tat wurde schnell ein politisches Motiv vermutet. Denn bereits 2020 hatte es zwei kleinere Anschläge auf das Linkenzentrum gegeben. Bei dem Anschlag im Juli 2022 entstand bei der Linken schließlich ein Sachschaden von 6.000 Euro. Auch angrenzende Geschäfte wurden damals in Mitleidenschaft gezogen.

Während die Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft Duisburg zwischenzeitlich bereits mangels Hinweisen auf konkrete Täter eingestellt wurden, steht jetzt ein Urteil des Landgerichts Duisburg an. Und das nur, weil die Polizei durch einen Zufall bei einer anderen Ermittlung dem Pärchen auf die Schliche gekommen war.

Die Linke Oberhausen hatte zuvor immer wieder einen fehlenden Ermittlungswillen der Staatsanwaltschaft kritisiert. Für sie war schnell klar, dass der Anschlag rechtsextrem motiviert gewesen sein musste.

Der Hauptangeklagte Thomas L. wurde nun zu drei Jahren und vier Monaten Freiheitsstrafe wegen der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion mit Sachschaden verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte drei Jahre und elf Monate gefordert. Das Gericht minderte die Strafe um sieben Monate und setzt obendrein den Haftbefehl außer Vollzug.

Der nun verurteilte Thomas L. saß von seiner Festnahme im Februar dieses Jahres bis zum Urteilstag in Untersuchungshaft. Das Landgericht bezeichnete Thomas L. als Rechtsextremen, der „gewaltsam seinem politischen Gegner Schaden hinzufügen wollte“.

Die Beweise aus einer polizeilichen IT-Datenauswertung untermauerten diese Einschätzung. Auf dem Mobilfunktelefon und den Festplatten des Verurteilten wurde nicht nur eindeutiges NS-Material gefunden, sondern auch Internetlinks und Handbücher für den Bau von Rohrbomben und chemischen Waffen. Wer letztlich den Sprengsatz baute, der bei der Tat auf das Linkenbüro verwendet wurde, blieb unklar.

Die Freundin von Thomas L., Nina S., wurde, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, zu zwei Jahren und zwei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Das Gericht sah bei Nina S. eindeutig eine Mittäterschaft als erwiesen an, die auch nicht durch ihr Geständnis gemindert werde – und auch nicht dadurch, dass sie sich angeblich in Haft gut führe und an einem Aussteigerprogramm teilnehme.

Bis zum Antritt der Haftstrafe setzte das Landgericht Duisburg Thomas L. und Nina S. auf freien Fuß. Die Linke Oberhausen blickt deshalb mit gemischten Gefühlen auf die juristische Entscheidung. Gegenüber der taz begrüßte sie zwar, dass es „endlich ein Urteil“ gebe. Es sei aber „befremdlich“, dass zwei bekannte Neonazis nun erst mal „einfach nach Hause“ gehen dürften.

Malsack-Winkemanns große Endlosschleife

Die AfD-Politikerin ist die erste Angeklagte im Frankfurter Reichsbürger-Prozess, die sich zu den Putschvorwürfen äußert. Nach vier Prozesstagen bleiben viele Fragen weiter offen



Eskorte für die angeklagte AfD-Politikerin Birgit Malsack-Winkemann
Foto: Boris Roessler/dpa

Aus Frankfurt am Main **Joachim F. Tornau**

Birgit Malsack-Winkemann fühlt sich schlecht behandelt. Von der Bundesanwaltschaft, die die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete wegen Terrorismus und Hochverrats angeklagt hat. Von ihren Mitangeklagten, mit denen die 60-Jährige den bewaffneten Umsturz in Deutschland vorbereitet haben soll, und die nun schlecht über sie geredet hätten. Nur einen nimmt Malsack-Winkemann aus: den als Rädelführer des mutmaßlichen Reichsbürger-Putschplans angeklagten Heinrich XIII. Prinz Reuß. „Der Prinz und ich waren uns einig, dass ...“: So oder so ähnlich fangen viele Sätze der AfD-Politikerin vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt am Main an.

In dem Prozess gegen die mutmaßliche Führungsriege der Patriotischen Union und den Frankfurter Immobilienunternehmer lässt sich Mal-

sack-Winkemann als Erste der neun Angeklagten zu den Anklagevorwürfen ein. Seit nunmehr vier Verhandlungstagen hält sie einen Monolog, ungeordnet, voller Wiederholungen, eine große Endlosschleife. Bevor sie damit begann, beklagte sie sich bitter, dass das Verfahren so langsam vorangehe. Es sollte nicht die einzige Widersprüchlichkeit bleiben.

Reuß sei gar kein Reichsbürger, behauptet Malsack-Winkemann. „Es ging dem Prinzen wie mir um die Souveränität.“ Genau das ist jedoch ein zentrales Narrativ der Reichsbürger-Ideologie: dass Deutschland nicht souverän, sondern fremdbeherrscht sei. Nie, beteuert die Angeklagte, sei in ihrer Gegenwart über einen Umsturz, einen Angriff auf den Bundestag oder den Aufbau von bewaffneten „Heimatschutzkompanien“ geredet worden. Für Reuß wie für sie habe alles nach Gesetz und Recht ablaufen sollen, sagt Malsack-Winkemann.

„Revolutionen sind so ziemlich das Letzte, wozu man jemanden aus dem Hochadel bringen könnte.“ Zugleich jedoch spricht sie mit größter Selbstverständlichkeit von einem „Systemwechsel“ und von den dafür „erforderlichen Gewaltmaßnahmen“. Von „Militärgerichten“ und einem großen „Aufräumen“ bis hinunter

„Es ging dem Prinzen wie mir um die Souveränität“

Birgit Malsack-Winkemann, Angeklagte

in die Rathäuser. Nur habe das nicht die Aufgabe ihrer Gruppe sein sollen, sondern allein der Allianz – einer mächtigen Geheimarmee, erfunden vom antisemitischen QAnon-Verschwörungsglauben, an deren baldiges weltweites Losschlagen

Malsack-Winkemann offenbar fest geglaubt hat.

Dieser Allianz, sagt die Angeklagte, hätten sie sich andienen wollen für den Neuaufbau Deutschlands nach einer zweijährigen Militärherrschaft. Ohne von diesem mysteriösen Militärbündnis mit seinen vorgeblich Millionen von Soldaten offiziell akzeptiert zu sein, hätten jedenfalls sie und Reuß nicht aktiv werden wollen. „Dafür bin ich zu lange im öffentlichen Dienst“, erklärt Malsack-Winkemann. „Da macht man nichts, wenn man nicht zuständig ist.“

Die promovierte Juristin, die jahrelang als Richterin am Berliner Landgericht gearbeitet hat, gefällt sich in der Selbstdarstellung. Stolz brüstet sie sich damit, einen vermeintlichen Verbindungsoffizier zur Allianz als Hochstapler durchschaut zu haben. Ernsthaftige Zweifel an der Existenz der herbeifantasierten Armee aber scheint sie bis zuletzt nicht gehabt zu haben. Schließlich sei davon in den mehr als 50 Telegram-Kanälen, die sie aus Unzufriedenheit mit der „Einseitigkeit“ der etablierten Medien verfolgt habe, überall die Rede gewesen: „Inhaltlich sagten sie alle dasselbe.“

Vieles, was Malsack-Winkemann sagt, provoziert mehr Fragen als es Antworten gibt. Manchmal aber hat sie durchaus einen Punkt. Inwiefern sich von einer „terroristischen Vereinigung“ sprechen lässt, wenn sich ihre Mitglieder zu guten Teilen gar nicht kannten oder diese nicht unbedingt am selben Strang zogen: Damit wird sich das Gericht in der Tat beschäftigen müssen. Und wahrscheinlich hat die Bundesanwaltschaft wirklich den einen oder anderen Fehler gemacht, als sie das Ermittlungsergebnis auf mehr als 500 Seiten mit fast 3.500 Fußnoten zusammenfasste.

Man muss dahinter nicht „Arglist“ und „Manipulation“ vermuten, wie die AfDlerin das tut. Aber eine gewisse Schludrigkeit der Anklagebehörde könnte schon daraus sprechen. In der kommenden Woche redet Birgit Malsack-Winkemann weiter. Und weiter.

Die Zweifel der Richter:innen

Im Februar entscheidet sich vor Gericht, ob „Compact“ von verfassungsfeindlichen Inhalten geprägt ist

Von **Christian Rath**

Das Bundesverwaltungsgericht wird am 12. Februar über das Verbot des rechtsextremistischen Magazins Compact verhandeln. Das Leipziger Gericht hatte das Verbot vorige Woche in einem Eilbeschluss ausgesetzt. Inzwischen liegt die Begründung hierzu vor.

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte die Compact Verlags GmbH am 16. Juli verboten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete. Sie verhängte ein Verbot nach dem Vereinsgesetz. Dagegen hatte die GmbH geklagt und einen Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz gestellt. Am 14. August gab das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig dem Eilantrag statt und setzte das Verbot vorläufig aus.

Allerdings hatten die Leipziger Richter:innen keine Bedenken, das Vereinsgesetz auf ein Pressemedium anzuwenden. Vielmehr sei noch zweifelhaft, ob sich der Compact-Verlag wirklich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richte – also gegen Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat.

Zwar stellten die Richter:innen durchaus fest, dass Compact Inhalte enthält, die die Menschenwürde verletzen. So würden eingebürgerte Deutsche nicht als gleichberechtigte Staatsbürger anerkannt, sondern als „Paßdeutsche“ abgewertet. Propagiert würden auch die Pläne des österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner, der „nicht-assimilierte“ eingebürgerte Deutsche aus Deutschland verdrängen möchte, etwa indem die Religi-

ons- und Versammlungsfreiheit von Muslimen eingeschränkt wird. Außerdem würden Ausländer in Compact generell „verächtlich“ gemacht, indem ihnen „pauschal negative Eigenschaften“ und ein Hang zur Kriminalität unterstellt werden.

Das Bundesverwaltungsgericht hat jedoch noch „Zweifel“, ob diese Inhalte für die Compact Verlags GmbH „prägend“ seien. Schließlich enthalte Compact auch andere Inhalte, die „in weiten Teilen nicht zu beanstanden“ seien, etwa Filmkritiken, Buchbesprechungen, Porträts, Berichte über Sportereignisse und archäologische Ausgrabungen. Eine Prägung werde dabei nicht quantitativ festgestellt, sondern „wertend“, so die Richter:innen, erforderlich sei ein „Gesamtbild“. Diese Gesamtbetrachtung nimmt das

Gericht in seinem Eilbeschluss aber nicht vor, sie wird wohl im Hauptsacheverfahren erfolgen.

Das Gericht führte angesichts der „offenen“ Erfolgsaussichten der Klage eine „Interessensabwägung“ durch, bei der die Pressefreiheit Vorrang vor dem Interesse der Allgemeinheit an einem sofortigen Vollzug des Verbots erhielt. Compact kann bis zur mündlichen Verhandlung am 12. Februar wieder erscheinen. Diese könnte komplex werden, das Gericht hat sich vorsorglich auch den 13. und 14. Februar freigehalten. Geprüft wird, ob die Verbotsverfügung zum Zeitpunkt Mitte Juli 2024 rechtmäßig war. Das Innenministerium kann seine Argumentation noch nachbessern und darf hierzu auch Dateien und Gegenstände auswerten, die im Juli beschlagnahmt wurden.

Mit grünem Antifaschismus zurück zu alter Stärke?

Die Grünen wollen in Sachsen weiterregieren. Bei den aktuellen Umfragen ist allerdings nicht sicher, ob sie es überhaupt in den Landtag schaffen. Unterwegs mit Spitzenkandidatin Katja Meier

Aus Leipzig David Muschenich

Das Publikum klatscht kurz, als Katja Meier, die Spitzenkandidatin der Grünen, auf der Bühne beim Wahlforum in Dresden sagt: „Ich will, dass sich die Menschen in Sachsen sicher fühlen, und die größte Herausforderung ist hierbei der Rechtsextremismus.“ Es ist Donnerstagabend Anfang August und die großen Regionalzeitungen in Sachsen haben Spitzenkandidat:innen der Parteien auf die Bühne gebeten.

Nach anderthalb Stunden Rampenlicht sollen nun alle in 60 Sekunden ihre Position zur inneren Sicherheit in Sachsen darlegen. Auffällig: Es geht um Polizei, Migration, Überwachungskameras – aber nur Katja Meier nennt den Rechtsextremismus beim Namen. Später sagt sie: „Das hat mich auch überrascht.“ Zumindest von den Linken habe sie das erwartet.

Katja Meier ist seit fast fünf Jahren Sachsens Ministerin für Justiz, Demokratie, Gleichstellung und Europa. Es passt, dass sie nun als eine von drei Spitzenkandidat:innen der Grünen das Thema anspricht. Es ist eins der zentralen Themen, mit denen die Grünen um Stimmen für die Landtagswahl am 1. September werben. Schwerpunkte in ihrem Wahlkampf sind auch Bildung und Wirtschaft. Derzeit stehen sie in den Umfragen bei sechs Prozent. Aber welches Wahlergebnis wünscht sich Meier? „Dass wir weiter in der Koalition regieren können, um uns dabei für den Klimaschutz und den Kampf gegen Rechtsextremismus einzusetzen“, sagt sie. Also weiter mit CDU und SPD, obwohl dort vor allem Konflikte die vergangenen Monate prägten.

Seit dem 20. Dezember 2019 regieren die drei Parteien in Sachsen. Spätestens seit der Bundestagswahl zwei Jahre später kritisiert CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer eigentlich niemanden lieber als die Grünen – ob in Sachsen oder in der Bundesregierung. Sie seien

ideologisch, hätten die Wirtschaft nicht im Blick, die Koalition im Freistaat mit ihnen sei schwierig. Nach der Wahl würde Kretschmer lieber ohne sie regieren.

Jetzt, im Wahlkampf, kritisiert Katja Meier wacker zurück: den Politikstil der CDU, wie die Konservativen das Thema Migration nutzen und dass sie in den vergangenen 34 Jahren als Regierungspartei in Sachsen versäumt hätten, den Menschen die Demokratie näherzubringen. Warum will sie dann weiter mit Kretschmer regieren? „Trotz der Querelen konnten wir viel für Klimaschutz, Gleichstellung und Bildung durchsetzen“, erklärt Meier. Und was sie nun angefangen habe, wolle sie auch zu Ende bringen.

Gleichzeitig kam im ersten Halbjahr 2024 nur ein einziges Windrad in Sachsen hinzu. Anfang des Jahres scheiterte die Verfassungsreform der Koalitionsparteien, mit der unter anderem Klimaschutz in Sachsen gesichert werden sollte. In den vergangenen Wochen demonstrierten Neonazis in Sachsen selbstbewusst und zahlreich wie lange nicht.

Doch das zeige nur, wie notwendig eine demokratische Regierung sei, an der sich die Grünen beteiligen. „Ohne uns würde es viele Maßnahmen wie die Förderung der Zivilgesellschaft nicht mehr geben“, glaubt Meier.

Dass sie mal in Sachsen Regierungsverantwortung übernehmen würde, hätte sich Katja Meier als Teenager noch nicht vorstellen können. „Ich bin in Zwickau aufgewachsen – Baseballschlägerjahre –, das hat mich politisiert.“ Sie war zwölf Jahre alt, als bis zu 500 Menschen Unterkünfte von Geflüchteten und Vertragsarbeiter:innen im sächsischen Hoyerswerda angriffen. Unter anderem das machte sie zu einem politischen Menschen, so erzählt es Meier heute. Aber auch andere Erlebnisse, die viele Teenager nach der Wende machten, prägten Meier. „Einer meiner Eltern war immer arbeitslos.“

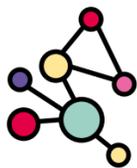
Als Justizministerin und Spitzenkandidatin macht Meier aktuell zwei Jobs. Meist hat sie erst abends Zeit für Podiumsdiskussionen oder Wahlkampftermine.

So auch an einem Mittwochabend Anfang August im Leipziger Osten. Meier begleitet die dortige grüne Direktkandidatin Christin Melcher zur Redaktion des *Female Explorer*, einem Reisemagazin für Frauen. Auf

Nach der Wahl würde Michael Kretschmer lieber ohne die Grünen regieren

dem Holztisch stehen Nüsse und Datteln, an den Wänden hängen die Cover früherer Ausgaben. Nicole Barth und Leonore Herzog, die beiden Gründerinnen des Reisemagazins, erzählen, wie *Female Explorer* von einer spontanen Idee zur GmbH in Leipzig wurde. Mittlerweile sind sie bei Heft Nummer acht. Es ist allerdings die letzte gedruckte Ausgabe, zukünftig erscheint *Female Explorer* nur noch in der App.

ost wahlen 2024



Alle Texte dazu finden sie hier auf taz.de und hier:

Dieser Text ist Teil unserer Berichterstattung zu den Wahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Die taz zeigt, was hier in diesem Jahr auf dem Spiel steht. Am Samstag diskutiert die taz auf dem Panter-Forum in Chemnitz mit Katja Meier und weiteren sächsischen Spitzenpolitiker:innen.

Meier, als Ministerin auch für Gleichberechtigung verantwortlich, interessiert sich vor allem die Perspektive auf die Frauen als Gründerinnen. Was brauchen die? „Business und Mutter, das ist schon eine krasse Doppelbelastung. Mehr Unterstützung wäre hilfreich“, sagt Herzog. Das will sich Meier nochmal anschauen. „Wichtig ist, dass wir ein Netzwerk unterstützen, in dem sich Frauen gegenseitig unter die Arme greifen“, sagt sie. „Da rennen Sie bei uns offene Türen ein“, antwortet Nicole Berth und alle vier Frauen am Tisch lachen.

Junge Frauen gehören für die Grünen auch in Sachsen zu den wichtigsten Wähler:innen. Keine andere Partei bekam bei der Landtagswahl 2019 so viele Stimmen von Frauen zwischen 18 und 25 Jahren. Damals sah es allerdings auch vor der Wahl besser für die Grünen aus. In den Umfragen standen sie zweistellig bei bis zu 16 Prozent. Am Ende bekamen sie 8,6 Prozent der Stimmen, immerhin noch das beste grüne Ergebnis in Sachsen.

Derzeit bekommt der sächsische Landesverband zwar stetig neue Mitglieder – zum ersten Mal hat er seit diesem Jahr mehr als 4.000 – doch die Umfragewerte und Wahlergebnisse bleiben bei 6 Prozent. So war es auch bei der Europawahl im Juni.

Schon dafür warben die Grünen auffällig mit den Themen Demokratie und Antifaschismus. Kann es sein, dass das in Sachsen eher Stimmen kostet als bringt?

Katja Meier stutzt bei der Frage. „Das sehe ich so nicht“, antwortet sie der taz und denkt beim Sprechen nach. Also ja, im Wahlkampf höre sie schon mal Sprüche. „Sie mit Ihrer Demokratie, was soll denn das überhaupt sein?“, heiße es dann. „Da merkt man, dass es brodeln.“ Sie versuche, den Begriff breit mit Themen zu füllen. „Demokratie, das heißt für mich, Kinder und Jugendliche politisch beteiligen, Zivilgesellschaft stärken oder Frauen vor Gewalt schützen.“

Aus dem Europa- und Kommunalwahlkampf habe die grüne Partei in Sachsen gelernt, mehr auf die Probleme einzugehen, die sich landespolitisch lösen lassen. Doch immer wieder geht es im Wahlkampf auch um bundespolitische Themen. Nach dem Austausch bei *Female Explorer* ziehen Meier und Melcher weiter in den nahegelegenen Lene-Voigt-Park. Sie wollen Tischtennis spielen, um dabei mit Wähler:innen ins Gespräch zu kommen. „Bei Podiumsdiskussionen kommen nicht mehr viele“, erklärt Meier. Aber an diesem schwülen Abend ist auch im Park in Leipzig nicht mehr viel los. Meier und Melcher spielen zunächst eine Runde für sich allein.

Insgesamt sei die Stimmung an den Wahlkampfständen unterschiedlich, berichtet Meier. Manche kämen interessiert und erfreut auf die Grünen zu. Andere seien eher weniger begeistert: „Da standen wir in Dresden am Wahlkampfstand, als ein Auto vorbeifuhr und wir aus dem offenen Fenster angepöbeln wurden.“

Kritik entbrenne oft an Bundes-themen: Ukraine, Kriegstreiber, Heizungsgesetz. „Da versuchen wir die Dinge einzuordnen. Wir wollen einen Frieden in Sicherheit in der Ukraine“, sagt Meier. „Wenn sich Michael Kretschmer etwa hinstellt und behauptet, die Energiewende sei gescheitert, dann ist das die Energiewende, die CDU und SPD versucht haben umzusetzen.“

Dass die Kommunikation der Ampelkoalition hätte besser laufen können, da seien sich alle einig. Insgesamt sei die Kritik an den Grünen in der Bundesregierung aber unehrlich, findet Meier. Die CDU war 16 Jahre in der Verantwortung. Die Ampel noch nicht mal drei.

Im Lene-Voigt-Park dunkelt es schon, als Meier und ihr Team um 21 Uhr die Tischtennisplatte zusammenklappen. Es geht zurück nach Dresden, wo aktuell, zumindest das ist sicher, noch CDU, SPD und Grüne regieren.



Wahlkampf mal anders: Katja Meier möchte beim Tischtennis im Lene-Voigt-Park mit Leipziger:innen ins Gespräch kommen
Foto: Christoph Busse

taz * die tageszeitung

Bratwurstland ist abgebrannt!

Auf der Suche nach Thüringen abseits der Klischees, u.a. mit Artikeln junger Menschen über rechtsextreme Kampfsportler, Daheimgebliebene, die Tankstelle als sozialen Ort und queeres Leben in Gefahr.

4 Sonderseiten in der taz am Freitag, den 23.8.2024

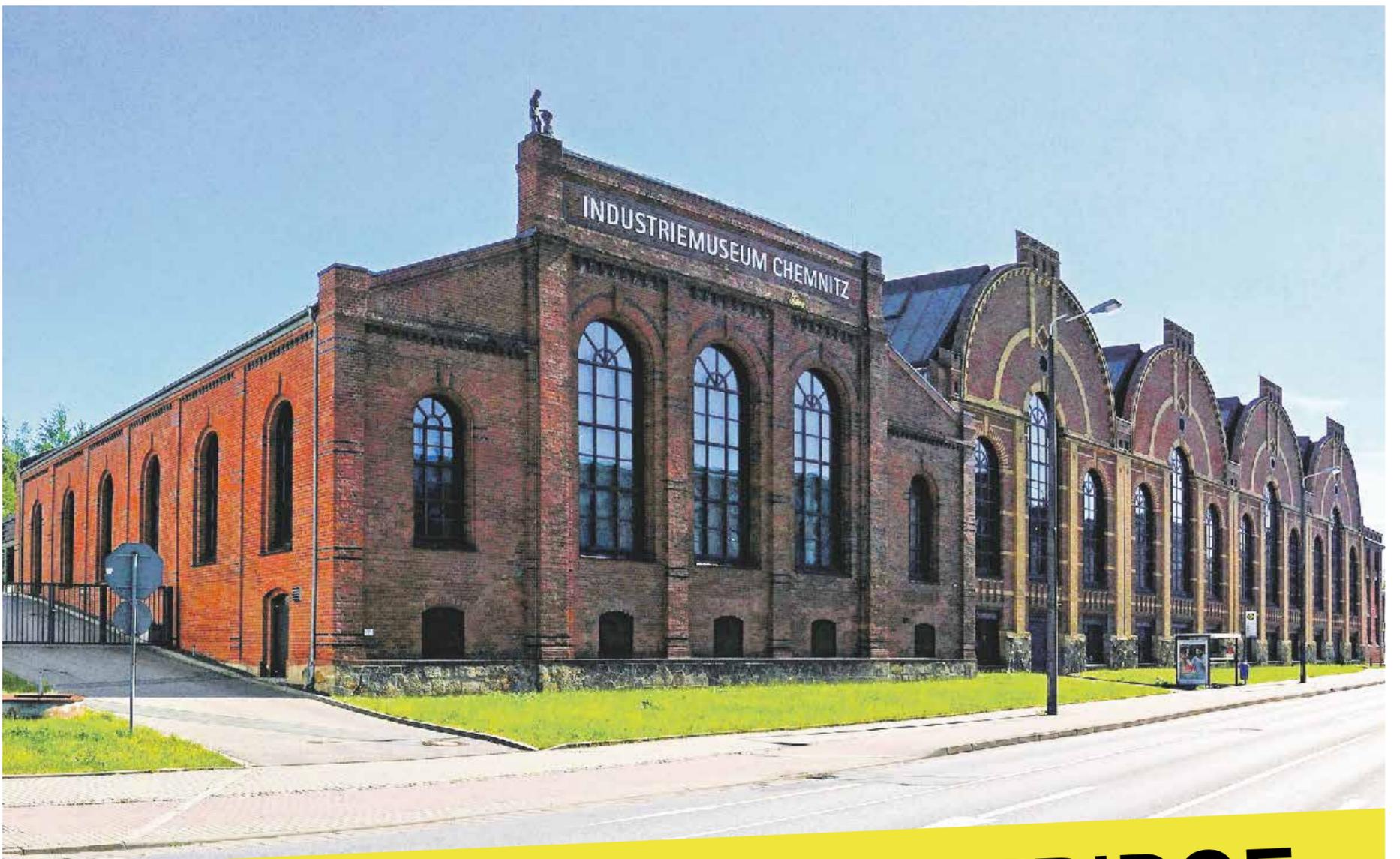


BILD: JACOB QUEISSNER

taz Kurzreisen in Deutschland

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Entdecken Sie gemeinsam mit engagierten Reisenden Ihnen unbekannte Orte und reizvolle Landschaften in Deutschland



CHEMNITZ und ERZGEBIRGE

Wollen Sie sich mal in Sachsen umschauen?
Bei der neuen taz-Reise mit taz-Korrespondent
Michael Bartsch geht es um sächsische Industrie-
traditionen und den aktuellen Kampf gegen
Rechts.

24. – 28. September, ab 890 €



Anlaufstelle für Exportbetriebe in Pakistan

Deutschland will Textilunternehmen bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes unterstützen

Von **Leila van Rinsum**

Deutschland will pakistanischen Zulieferbetrieben von europäischen Unternehmen im Textilsektor dabei helfen, die Standards des europäischen und deutschen Lieferkettengesetzes zu erfüllen. Dafür soll ein Helpdesk, also eine Anlaufstelle für die Unternehmen, eingerichtet werden, kündigte Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) am Mittwoch in der Hauptstadt Islamabad an.

Schulze ist bis Ende der Woche in Pakistan, um sich einen Überblick über die Wirkung des Lieferkettengesetzes in Betrieben vor Ort zu machen. „Unternehmen stehen in der Pflicht, Mindeststandards beim Arbeits- und Umweltschutz zu erfüllen, auch in ihren Zulieferbetrieben entlang der Lieferkette“, sagte Schulze. Das deutsche Lieferkettengesetz und die beschlossene EU-Lieferkettenrichtlinie machten das verbindlich.

Weitere Helpdesks gibt es bereits in sechs Ländern. Sie sollen Exportunternehmen beraten und Informationen und Trainings zu nachhaltigen und fairen Lieferketten bieten – aber auch bei der Aufklärung von Konfliktfällen in lokalen Produktionsbetrieben unterstützen oder Unternehmenskooperationen vernetzen, heißt es aus dem Bundesentwicklungsministerium (BMZ).

Das BMZ bemüht sich mit mehreren Angeboten, Unternehmen in der Umsetzung der sozialen und ökologischen Standards des Lieferkettengesetzes zu unterstützen. Neben den Helpdesks initiierte das BMZ das Textilbündnis, in dem neben Unternehmen auch NGOs und Gewerkschaften vertreten sind. Darüber hinaus gibt es das staatliche Textilsiegel „Grüner Knopf“, welches Beratungen anbietet.

In Pakistan unterstützt die bundeseigene Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) zudem Gewerkschaften, zum Beispiel in Form eines Kompetenzzentrums für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten. Die Zusammenarbeit wird von der Internationalen Gewerkschaft UNI Global mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der FriedrichEbert-Stiftung geleitet.

Alke Boessiger, die stellvertretende Generalsekretärin von UNI Global Union, begrüßt daher die deutschen Bemühungen: „Wir haben gesehen, dass sich Deutschland für die Umsetzung des Lieferkettengesetzes einsetzt.“ Sinnvolle Sorgfaltspflicht könne es nur dann geben, wenn die Gewerkschaften mit am Tisch sitzen, betonte sie gegenüber der taz.

Gewerkschaften stehen in Pakistan meist unter erheblichem Druck, sofern sie überhaupt Zugang zu Fabriken erhalten. Die meisten Arbeitnehmer*innen sind nicht in organisierten Gewerkschaften vertreten. Nach Angaben des pakistanischen Gewerkschaftsbunds NTUF haben nur 0,5 Prozent der Beschäftigten einen Vertrag. Sie erhalten weder bezahlte Überstunden oder Urlaub, noch haben sie soziale Sicherung. Rund ein Viertel erhalte nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn, so die Gewerkschaft.



Anfang Juli etwa kündigte der Gewerkschaftsverband NTUF die Zusammenarbeit mit dem deutschen Textilunternehmen Kik auf, weil das Unternehmen nicht genug Druck auf seinen Zulieferer ausübte, um eine gewerkschaftliche Vertretung zu unterstützen. Der Kik-Lieferant hatte mit Entlassungen reagiert.

In Pakistan sind mehr als ein Drittel aller Beschäftigten im Textilsektor tätig. Es ist der wichtigste Industriezweig des Landes. Das deutsche Lieferkettengesetz gilt bereits seit 2023, allerdings nur für eine geringe Anzahl großer Unternehmen. Ab 2025 kommen mit der Umsetzung der EU-weiten Lieferkettenrichtlinie weitere Vorgaben dazu, wie etwa Klagerechte bei Verletzung von Sorgfaltspflichten.

Zahl des Tages

3,1 Millionen

Neue Straßen sind echt eine teure Kiste. Vor allem, wenn man einpreist, dass mittlerweile immer mal wieder Klimaaktivist*innen durch Blockaden darauf hinweisen, dass das Ganze absurd klimaschädlicher Frevel ist – wie damals im Protestcamp Tümpeltown gegen den Ausbau des Südschnellwegs in Hannover. Wenn man dann trotzdem Asphalt auf vormals wertvolle Lebensräume kippen will, um es Autofahrer*innen bequemer zu machen, muss die Polizei schließlich erst mal die Leute aus den Bäumen ziehen. **Der Großeinsatz um Tümpeltown im Januar kostete knapp 3,1 Millionen Euro**, teilte jetzt das niedersächsische Innenministerium auf Anfrage der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* mit.

Gegen Überzuckerung

Weil die Getränkebranche sich nicht an ihre Versprechen zur Reduktion von Zucker hält, fordern Verbraucherschützer:innen eine „Limo-Steuer“

Von **Anton Dieckhoff**

Die Verbraucherorganisation Foodwatch fordert eine „Limo-Steuer“ auf zuckerhaltige Getränke. So will sie Hersteller dazu bringen, den Zuckergehalt von Getränken zu senken – vor allem bei solchen, die für Kinder beworben werden. In Großbritannien gibt es eine solche Steuer schon seit 2018. Dort gilt ein Grenzwert von 5 Gramm Zucker pro 100 Milliliter Getränk, ab dem die Abgabe fällig wird. Auch auf dem deutschen Markt kommen viele Produkte über diese Schwelle, zeigt eine Marktstudie, die Foodwatch am Mittwoch vorgestellt hat. Demnach sind 86 Prozent von 136 untersuchten Kindergetränken betroffen.

„Die Strategie der freiwilligen Zuckerreduktion ist gescheitert“,

sagte Luise Molling von Foodwatch. Verschiedene Verbände der Getränkeindustrie hatten sich ab 2018 als Teil einer Strategie des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft selbst verpflichtet, den Zucker in Getränken für Kinder bis 2025 um 15 Prozent zu reduzieren. In einem Zwischenbericht aus dem laufenden Jahr schreibt das Ministerium von Grünen-Politiker Cem Özdemir allerdings, es habe „keine signifikante Veränderung stattgefunden“.

Zum Vorschlag einer Limo-Steuer sagte ein Ministeriumssprecher der taz: „Neben vielen anderen Maßnahmen können auch fiskalische Maßnahmen eine Lenkungswirkung hin zu gesünderen Produkten leisten.“ Die Verantwortlichkeit für Steuern und Abgaben liege allerdings im Bundesfinanzminis-

terium, das derzeit von Christian Lindner (FDP) geleitet wird.

Die Wirtschaftsvereinigung alkoholfreie Getränke lehnt die Limo-Steuer ab. „Wir halten diskriminierende Verbrauchssteuern auf einzelne Produkte beziehungsweise Nährstoffe für kein geeignetes Instrument der Ernährungs- beziehungsweise Gesundheitspolitik“, heißt es dort. Zur Verbesserung der Gesundheit seien viele Faktoren wie der gesamte Lebensstil relevant.

Laut Kinderarzt und Hochschullehrer Berthold Koletzko von der Münchener Kinderklinik führen gezuckerte Getränke unter allen Lebensmitteln zum höchsten Anstieg von Insulin und Blutzucker. Das begünstigt Übergewicht und Krankheiten. 15,4 Prozent der Kinder in Deutschland sind übergewichtig.



Teures Unterfangen: Die Nutzung der Schienen kostet Verkehrsunternehmen in Zukunft mehr Geld
Foto: Julian Stratenschulte/dpa

Schienenmaut schockt Eisenbahner

Wenn das Eigenkapital der Bahn steigt, muss sie höhere Gewinne einfahren. Deshalb will sie die Gebühren für die Gleisnutzung erhöhen. Nicht nur die Konkurrenz ist alarmiert

Von **Nanja Boenisch**

Züge auf deutschen Schienen fahren zu lassen könnte schon bald deutlich teurer werden. Um die Mehrkosten abzufedern und den Bahnverkehr zu stärken, fordert das Netzwerk Güterbahnen mehr finanzielle Unterstützung von der Politik: Die Bundesregierung solle die sogenannte Trassenpreisförderung für 2025 erhöhen, sagte Oliver Smock, Referent für Eisenbahnpolitik bei den Güterbahnen, der taz.

Wenn Bahnunternehmen das Gleisnetz in Deutschland nutzen, zahlen sie eine Schienenmaut – ebendieses Trassenpreis – an die Deutsche Bahn (DB) Infrago AG. Das gilt sowohl für DB-Tochterunternehmen, wie die DB Fernverkehr AG, als auch für die private DB-Konkurrenz im Güterverkehr. Die Infrago ist für die Bahninfrastruktur zuständig.

Die Bundesregierung übernimmt mit der Trassenpreisförderung einen Teil der Maut. Im Juni hatte das Bundesver-

kehrsministerium versprochen, diese Förderung bis 2028 zu verlängern.

Tatsächlich sind jetzt auch im Haushalt für das nächste Jahr, auf den sich die Ampelkoalition erst vor wenigen Tagen geeinigt hat, 275 Millionen Euro dafür vorgesehen. „Das reicht aber nicht, um die steigenden Trassenpreise auszugleichen“, sagte Güterbahnen-Vertreter Smock. Er forderte, dass der Bund die Summe für die Förderung auf 350 Millionen Euro aufstocken solle. Denn im Güterverkehr werden 2025 rund 16 Prozent höhere Gebühren für die Schienennutzung fällig als im laufenden Jahr. Und Anfang der Woche kündigte die DB Infrago weitere deutliche Steigungen ab 2026 an.

Weil höhere Preise auch den Nahverkehr in den Bundesländern treffen, warnte etwa der Verband der Verkehrsunternehmen vor einem „Massensterben der Unternehmen, die in diesem Sektor tätig sind“.

Hintergrund der Preisstei-

gerungen ist eine Konstruktion, die sich die Koalitionäre im Zuge ihrer Einigung auf den Haushalt für 2025 für den deutschen Bahnverkehr ausgedacht haben: Um die Schuldenbremse zu umgehen, soll die DB nicht nur direkte Zuschüsse erhalten, auch ihr Eigenkapital soll erhöht werden. Für dieses Kapital fallen Zinsen an, und diese Zinsen

„Das reicht nicht, um die Trassenpreise auszugleichen“

Oliver Smock, Die Güterbahnen

wiederum muss die DB wegen einer gesetzlichen Regelung erwirtschaften – also durch höhere Trassenpreise reinholen.

Um die Preissteigerung zu dämpfen, sagte Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) am Dienstag, wolle er die Verzinsung des Infrago-Eigenkapitals senken: Statt 5,9 Prozent

sollen die Zinsen nur noch bei rund 2 Prozent des Kapitals liegen. Laut Smock muss langfristig das Gesetz reformiert werden, das die Bahn dazu zwingt, ihre Zinsen zu erwirtschaften.

Die Bahninfrastruktur, für die die Infrago verantwortlich ist, ist in einem schlechten Zustand. Lange Zeit floss zu wenig Geld in die Sanierung von Gleisen, Stellwerken, Bahnhöfen und Weichen. Das wollen der Bund und die DB nun nachholen und im großen Stil sanieren, das Schienennetz ist deshalb übersät mit Baustellen. Die sorgten im letzten Monat für Verspätungen im Bahnverkehr. Martin Burkert, der Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft, machte deshalb im Deutschlandfunk einen ungewöhnlichen Vorschlag: „Vielleicht ist es während dieser großen Bauphase richtig, auf Strecken die Geschwindigkeit der Züge zu reduzieren.“ Welche Folgen das für später fahrende Züge auf der gleichen Strecke hätte, erklärte Burkert nicht.

Der Elefant beim Treffen in Jackson Hole

Die Finanzwelt wartet auf eine Ansage von Fed-Chef Powell beim Notenbanktreffen. Es wird eine Zinssenkung erwartet. Gewinnt Trump, ist die Unabhängigkeit der US-Institution in Gefahr

Von **Simon Poelchau**

Die Erwartungen an Jerome Powell sind groß. Eigentlich beginnt das jährliche Treffen der mächtigsten Notenbanker der Welt in Jackson Hole im US-Bundesstaat Wyoming bereits am Donnerstag. Doch der bedeutendste Moment der dreitägigen Konferenz wird sein, wenn der Chef der Fed, der US-amerikanischen Notenbank, am Freitag ans Rednerpult tritt. Gespannt warten Börsenbroker*innen und Analyst*innen darauf, was für Signale Powell in die Finanzwelt sendet.

Anders als die Europäische Zentralbank (EZB) hat die Fed noch nicht die Zinswende eingeläutet. Nachdem sie wie andere Notenbanken auch im Kampf gegen die Inflation ihre Leitzinsen massiv erhöht hatte, verharren sie seit rund einem Jahr bei einer Spanne von 5,25 bis 5,5 Prozent. Doch hat sich die Inflation mittlerweile auch in den Vereinigten Staaten wieder normalisiert. Gleichzeitig haben sich zuletzt die Aussichten in der US-Wirtschaft eingetrübt. Warnungen vor einer möglichen Rezession machen die Runde.

Generell ist die Stimmung zuletzt jedoch etwas aufgehellt. Und nun

erwartet die Finanzwelt eine erste Zinssenkung im September. Das würde die Börsenkurse steigen lassen und die Wirtschaft ankurbeln, weil die Banken die niedrigeren Zinsen vermutlich an Unternehmen und Verbraucher*innen weitergeben würden. Die Frage ist nur, ob die Fed sie tatsächlich um 0,5 Prozentpunkte senken wird, wie zwischenzeitlich erwartet, oder doch etwas vorsichtiger die Wende einläutet.

Dabei geht es beim Thema Fed dieser Tage nicht allein um die anstehende Zinssenkung. Der eigentliche Elefant im Raum ist Donald Trump. Denn der Republikaner will im Falle einer zweiten Amtszeit mehr Einfluss auf die Fed haben und ihre Eigenständigkeit einschränken.

Bereits im April berichtete das *Wall Street Journal*, dass Trump-Verbündete diesbezüglich schon Vorschläge ausgearbeitet hätten. Trumps Kampagne distanzierte sich damals zwar von dem Bericht. Doch seitdem kokettierte der republikanische Präsidentschaftskandidat immer wieder mit dieser Idee. „Ich denke, dass ich in meinem Fall viel Geld verdient habe, ich war sehr erfolgreich, und ich denke, dass ich

einen besseren Instinkt habe als in vielen Fällen die Leute, die in der Federal Reserve sind oder der Vorsitzende“, sagte Trump vor einigen Tagen vor Reportern in seiner Residenz Mar-a-Lago in Florida.

Zwar wäre dies für Trump nicht so leicht durchzusetzen. Wollte er bei Zinsentscheidungen direkte Mitsprache als US-Präsident haben, müsste er das Notenbank-Ge-

„Die Fed ist eine unabhängige Einrichtung“

Kamala Harris

setz von 1913 ändern, wofür er beide Kammern des US-Kongresses hinter sich haben müsste. Nichtsdestotrotz ist allein schon das Ansinnen ein Tabubruch. Denn für die Noten- und Zentralbanken ist ihre Unabhängigkeit ein hohes Gut, an das sie gerne erinnern, wenn Politiker*innen Einfluss auf die Geldpolitik nehmen wollen.

Trump's Wunsch erinnert an Erdogan, der bisher reihenweise die türkischen Notenbankchefs aus-

wechselte, weil diese ihm nicht genehm waren. „Die Maßnahmen der Zentralbanken, ihre beständigen Erfolge über die Jahrzehnte und ihre institutionelle Unabhängigkeit förderten das Vertrauen in die Wirksamkeit ihrer Bemühungen zur Eindämmung der Inflation“, schrieb etwa bereits der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, Maurice Obstfeld. In „einer Welt der politisierten Geldpolitik unter Kontrolle des Präsidenten“ wäre diese positive Entwicklung unmöglich gewesen.

Auch wenn Trump die Geldpolitik nicht direkt unter seine Kontrolle bringen kann, bleibt ihm zumindest die Möglichkeit, einen treuen Gefolgsmann an der Spitze der Fed zu installieren, wenn Powells Amtszeit im Mai 2026 ausläuft. Dabei wurde dieser einst selbst von Trump eingesetzt.

„Er ist stark, er ist engagiert, er ist klug“, sagte Trump noch im November 2017 zur Ernennung Powells. Er sei zuversichtlich, dass die Fed mit Powell „als klugem Verwalter in den kommenden Jahren die Führung haben wird, die sie braucht“. Doch schon bald kam es zwischen den beiden Republikanern zum Bruch, weil der Notenbank-Chef einen ei-

genen Kopf bewies. Eine seiner ersten Amtshandlungen war die Anhebung der Leitzinsen. Das war jedoch nicht im Sinne Trumps. Denn dieser wollte als US-Präsident niedrige Zinsen, um den US-Dollar gegenüber anderen Währungen günstig zu halten. Dies sollte helfen, US-Firmen im Welthandel wettbewerbsfähiger zu machen und das Außenhandelsdefizit zu verringern. Gleichzeitig können niedrigere Zinsen zu höheren Inflationsraten führen – auch weil ein schwacher Dollar Importe für die heimischen Verbraucher*innen teurer macht.

Doch derzeit passen dem Republikaner Trump Zinssenkungen weniger in den Kram. Gegenüber der Finanznachrichtenagentur Bloomberg forderte er die Fed vor einiger Zeit auf, die Zinsen erst nach der Wahl im November zu senken. Seine Befürchtung ist nämlich, dass dies die Wirtschaft ankurbeln und die Chancen seiner Konkurrentin Kamala Harris erhöhen könnte.

Die Demokratin will auch nicht am Status der Notenbank rütteln. „Die Fed ist eine unabhängige Einrichtung und als Präsidentin würde ich mich niemals in deren Entscheidungen einmischen“, so Harris bei Phönix.

Was wird der Chef der US-Notenbank, Jerome Powell, am Freitag wohl verkünden?
Foto: Kevin Mohatt/reuters



Kahlschlag keine Straftat

Umweltschützer:innen sind verärgert. Denn Forstminister Cem Özdemir schwächt seine Reform des Bundeswaldgesetzes ab und sorgt nun weniger fürs Klima, dafür mehr für Waldbesitzer:innen

Von **Beate Willms**

Das Lobbying von Forst- und Jagdverbänden war erfolgreich: Das neue Bundeswaldgesetz wird deutlich weniger klare Regeln aufstellen, als Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) geplant hatte. Seit Beginn der Woche ist ein „grundlegend überarbeiteter“ Gesetzesentwurf zur Abstimmung an die anderen Ressorts gegangen. Unter anderem sieht dieser nicht mehr vor, ungenehmigtes Abholzen größerer Flächen als Straftatbestand zu werten – damit entfällt die Möglichkeit, Kahlschlag mit Vorstrafen oder Haft zu sanktionieren.

Umweltverbände, die schon mit der ersten Vorlage nicht glücklich gewesen waren, zeigten sich nun erst recht enttäuscht. Die Verbände der Waldbesitzer äußerten sich zunächst ebenso wenig wie die der Jäger.

Die Ampelparteien hatten die Novelle des aus dem Jahr 1975 stammenden Bundeswaldgesetzes in ihrem Koalitionsver-

trag vereinbart. Sie sollte ursprünglich in diesem Sommer verabschiedet werden. Nun ist das zum Jahresende angepeilt.

Nötig ist die Reform, weil sich die Anforderungen an den Wald geändert haben. Das geltende Gesetz berücksichtigt bislang weder Klima- und Artenkrise noch die Ressourcenknappheit. „Nur jeder fünfte Baum ist vollkommen gesund“, sagte ein Ministeriumssprecher. Viele Arten kommen mit höheren Temperaturen und Trockenheit nicht mehr gut klar. „Um unseren Wald zu erhalten und dauerhaft nutzen zu können, müssen wir ihn für die Klimakrise rüsten und umbauen.“

Die Umweltverbände hatten deshalb einen „neuen und langfristigen Gesellschaftsvertrag mit den Waldbesitzenden“ gefordert, der den Erhalt des Waldes als Lebensgrundlage fest schreibt. So sollten diese „nicht auf Einkommen durch forstliche Nutzung angewiesen“ sein, sondern auch honoriert werden, wenn sie den Wald schützen.

Die Waldbesitzer:innen fürchteten dadurch aber „mehr Regulierung und Bürokratisierung“ oder „praxisferne Eingriffe und pauschale Einschränkungen wie bei der Wahl der Baumarten“.

Der aktuelle Entwurf ist nun weit entfernt von einem komplett neuen Gesetz, wie es Özdemir zunächst vorgehabt hatte. So geht die Vorlage zwar darauf ein, dass der Wald sogenannte Ökosystemdienstleistungen erbringt, also etwa Sauerstoff erzeugt und Kohlenstoff bindet, Boden und Grundwasser schützt oder Erosion verhindert. Die Nutzung als Wirtschaftsgut, etwa durch das Schlagen von Holz, und auch als Erholungsort wird darin aber als gleichberechtigt dargestellt.

Konkrete Maßnahmen und Vorgaben etwa zur Regulierung des Wasserhaushalts fehlen deshalb und müssen nun wohl in den Landesgesetzen aufgefangen werden. Auch die Frage, wie genau der klimagerechte Umbau aussehen soll, wird an die Bundesländer verschoben.

Kahlschläge ab einem Hektar Fläche sollen zwar „nur mit Genehmigung der zuständigen Behörden vor Ort möglich“ sein. Verstöße würden aber nur als Ordnungswidrigkeit gewertet und mit höchstens 50.000 Euro Ordnungsgeld belegt. In der ersten Referentenvorlage war ein Straftatbestand vorgesehen.

Entsprechend verärgert reagierten die Umweltverbände. Sie begrüßten zwar grundsätzlich, dass überhaupt noch etwas passiert, kritisierten aber den „enttäuschenden und inhaltlich stark verwässerten Entwurf“, wie etwa Florian Schöne vom Deutschen Naturschutzring sagte.

Der Umweltverband BUND schrieb in einer Pressemitteilung, es handle sich um eine „zahnlose Mikro-Novelle“, bei der nicht einmal „ökologische Mindeststandards“ berücksichtigt seien. Jörg-Andreas Krüger vom Nabu bemängelte, dass der Entwurf vor allem auf Freiwilligkeit setze. (mit *afp*)

taz * panterstiftung

„Wir jungen Menschen spüren, wie ungleich Ost und West in Deutschland noch sind“

Mika Schlegel
(Thüringen)

Nachwuchsautor:innen verfassen anlässlich der Landtagswahlen drei Sonderbeilagen:

am 23. August zu Thüringen
am 30. August zu Sachsen
am 20. September zu Brandenburg



Die taz Panther Stiftung wird durch Spenden finanziert: taz.de/spenden

aufreger

Georgiens Regierung will der Opposition kurzen Prozess machen

Sollte der Georgische Traum (KO) die diesjährige Parlamentswahl am 26. Oktober gewinnen und noch dazu auf eine verfassungsändernde Mehrheit der Mandate kommen, sage keine/r, man habe es nicht wissen können. In seltener Offenheit hat die Partei, die in der Südkaukasusrepublik Georgien seit 2012 an der Macht ist, in einer Erklärung vom Dienstag die Wähler*innen wissen lassen, welche Agenda sie künftig abzuarbeiten gedenke.

Eine der ersten Amtshandlungen wäre die Einleitung eines Verbotverfahrens gegen die derzeit wichtigste Oppositionspartei Vereinte Nationale Bewegung (ENM) nebst Gruppierungen, die mit ihr verbandelt sind. Die Partei des ehemaligen Staatspräsidenten Michail Saakaschwili war 2012 abgewählt worden. Er selbst wurde unter anderem wegen Amtsmissbrauchs zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Die sitzt der 56jährige, gesundheitlich stark angeschlagen, in Tbilissi ab.

Die ENM habe zahlreiche Verbrechen gegen den georgischen Staat und die Bevölkerung begangen. Daher sei es inakzeptabel, dass die Partei weiter von externen Kräften auferlegte Aufgaben ausführe, die dem Staat irreparablen Schaden zufügten, heißt es in der Erklärung. Die Wahl im Oktober solle als eine Art „Nürnberger politischer Prozess“ für die Nationale Bewegung dienen.

In der Verfassung festschreiben will der KO auch Bestimmungen zum Schutz „familiärer Werte“ und Minderjähriger. Russlands Präsident Wladimir Putin, mit dem vor allem junge Georgier*innen nichts zu tun haben wollen, lässt grüßen! Dann werde laut KO niemand mehr in der Lage sein, die Legalisierung sogenannter Lebenspartnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare, die Adoption durch eben jene, Operationen zur Geschlechtsumwandlung oder die rechtliche Anerkennung anderer sogenannter Geschlechter als männlich oder weiblich durchzusetzen. Die Förderung pseudoliberaler Ideologien in Bildungseinrichtungen und Medien werde verhindert. So einfach ist das also.

Der georgische Politologe Gia Kukhaschwili, den das Webportal jam.news zitiert, schlägt Alarm. „Der KO bezeichnet jede Partei oder jede*n Bürger*in, der*die die Regierung kritisiert, als ‚Nazis‘. Mit dieser Erklärung soll ein Einparteiensystem geschaffen werden.“

Die Haare raufen dürfte sich erneut auch die EU. Im Dezember 2023 hatte Georgien den Status eines Beitrittskandidaten erhalten. Knapp sechs Monate später trat ein Gesetz über „ausländische Agenten“ in Kraft. Dem folgten Sanktionen – vonseiten Brüssels und Washingtons. Genützt hat dies nichts. *Barbara Oertel*

brief des tages

Nur noch ein paar Jahre!



„Steigender CO₂-Preis ohne Klimageld: Kaum Akzeptanz ohne Ausgleich“

taz vom 21. 8. 24

Die Versuche, Erfahrungen aus Wachstumszeiten mit den Notwendigkeiten der Zeitenwende zum Ausgleich zu bringen, misslingen in der Ampel. Zeitenwende ist nicht vornehmlich die Landnahme in der Ukraine, sondern die seit 1992 in Rio verabredete Reduzierung der CO₂-Emissionen. Nouripours Feststellung, die Fortschrittskoalition sei im Übergang stecken geblieben, hat aufgerüttelt. Nach Adenauer, Kohl und Merkel wurden Erstarrung und gesellschaftlicher Stillstand registriert. Versäumnisse bei Bahn, Bundeswehr und Schulen sind hinreichend bekannt. Die CDU hat dies nicht eingeräumt, hat sie es überhaupt wahrgenommen? Sie ist heute gestriger als zuvor. Da bleibt Nouripour zukunftsorientiert. Die Anpassung an den Klimawandel, möglichst das Aufhalten der Erderwärmung bleiben die Leitplanken. Haben die Grünen im Sozialen, Psychologischen dazugelernt? Bis 2030 muss die Energiewende auf den Gleisen stehen. Mehr Zeit bleibt nicht. 2032 wird der CO₂-Pegel für die Erderwärmung um 2 Grad die 450 ppm CO₂ in der Atmosphäre überschreiten. *Klaus Warzecha, Wiesbaden*

Lebensmittelkonvoi erreicht Darfur

Die UNO kann endlich wieder Hilfsgüter aus Tschad in das von Hungersnot betroffene Darfur in Sudan bringen. Unterhändler fordern „humanitäre Korridore“ im ganzen Land



Adré in Tschad, wo sich UN-Konvois sammeln, um Hilfe über die nahe Grenze nach Darfur zu bringen: Der Ort mit einst 40.000 Einwohnern beherbergt über 200.000 Sudan-Flüchtlinge. Insgesamt hat Tschad über 800.000 aufgenommen
Foto: Julian Civiéro/WFP

Von Dominic Johnson

Zum ersten Mal seit Monaten ist humanitäre Hilfe für Kriegsoffer in Darfur aus dem Nachbarland Tschad über die Grenze gelangt. Nach monatelanger Schließung durch Sudans Regierung konnte am späten Dienstag ein Konvoi des UN-Welternährungsprogramms WFP den Grenzposten Adré passieren, den wichtigsten Übergang zwischen Tschad und Sudan. Genaue Angaben über Umfang und Ziel der Lieferung lagen am Mittwoch noch nicht vor. Doch vergangene Woche, als Sudans Militärregierung erstmals die Öffnung von Adré in Aussicht stellte, hatte das WFP bekanntgegeben, dass zwei LKW-Konvois mit rund 6.000 Tonnen Lebensmitteln für eine halbe Million Menschen vorbereitet würden. Später war von 131 Lastwagen an der Grenze die Rede.

„Unsere Lastwagen haben die Grenze überquert“, freute sich

25 Millionen Menschen in Sudan hungern, Experten warnen vor bis zu 2,5 Millionen Hungertoten bis Ende September



Rania Dagash vom WFP in Sudan in der Nacht zu Mittwoch. „Über ein Dutzend“ Lastwagen seien angekommen, bestätigte am Mittwoch die humanitäre UN-Koordinatorin für Sudan, Clementine Nkweta-Salami.

Das reicht natürlich nicht. Nach UN-Angaben sind in Sudan über 25 Millionen Menschen – mehr als die Hälfte der Bevölkerung – akut von Hunger bedroht. Ende Juli stellten UN-Experten im Kriegsvertriebenenlager Zamzam bei El Fasher in Darfur eine Hungersnot fest. Experten warnen vor bis zu 2,5 Millionen Hungertoten landesweit bis Ende September.

In Darfur hat der Krieg, der seit April 2023 zwischen Sudans Armee unter dem Präsidenten und Armeeführer Abdelfattah al-Burhan und der Miliz RSF (Rapid Support Forces) des früheren Vizepräsidenten Hamdan Daglo Hametti tobt, am meisten Tote und Vertriebene gefordert. Die Armee hat die Außengrenzen

und die Fernstraßen nach Darfur abriegelt, um die RSF von Nachschub abzuschneiden; daher lebt die Miliz vom Ausplündern der Zivilbevölkerung. Millionen von Menschen sind auf der Flucht. Ganz Sudan zählt mittlerweile nach UN-Angaben 13 Millionen Flüchtlinge und Binnenvertriebene.

Adré als der größte Grenzübergang aus Tschad konnte zuletzt im März vom WFP genutzt werden. Er versorgt normalerweise nur den Westen Darfurs. Die direkteste Route nach El Fasher liegt weiter nördlich; dieser kleinere Grenzübergang Tine war zuletzt Ende Mai geöffnet und ist derzeit wegen Überschwemmungen unpassierbar.

Zugang zu Sudans Hungern ist der wichtigste Punkt bei den Sudan-Gesprächen in Genf, die US-Sonderbeauftragter Tom Perriello am 14. August eröffnete. Am Donnerstag sagte die Armee die Öffnung von Adré zu, woraufhin die RSF am Samstag „Kooperation“ mit Hilfslieferungen versprach.

Laut Regierung wird Adré nun zunächst für drei Monate geöffnet. Zuständig für Hilfstransporte in Sudan ist ein von den Militärbehörden in Port Sudan geleitetes Komitee. Der Genehmigungsprozess gilt als schwerfällig, viele Straßen sind unsicher oder unpassierbar. Nach WFP-Angaben steckten am Wochenende über 50 Lastwagen mit 4.800 Tonnen Lebensmitteln an verschiedenen Orten in Sudan fest.

Perriello drängt auf drei „humanitäre Korridore“ innerhalb des Landes, deren Sicherheit beide Kriegsparteien gewährleisten müssen – nicht nur aus Tschad, auch aus Port Sudan quer durch das Land. Die Journalistin Yousa Elbagir war am Mittwoch skeptisch, ob die Lieferung über Adré schnell ihr Ziel erreicht: „Es ist der Höhepunkt der Regenzeit und die Fahrer müssen sehr schwieriges Terrain in unsicherem RSF-Gebiet durchqueren.“

meinung + diskussion 12

Menschenrechtslage verschleiert

Die Taliban verweigern dem UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Afghanistan die Einreise

Von Thomas Ruttig

In einem neuen Affront gegen die UNO verweigern die Taliban deren Menschenrechts-Sonderberichterstatter Richard Bennett seit Monaten ein Einreisevisum. Bennett deutete schon im Februar an, er habe bereits im Oktober 2023 „Informationen erhalten, dass ein Besuch des Landes zu diesem Zeitpunkt nicht willkommen“ sei. In seinem jüngsten Bericht vom Mai erwähnt er nicht, dass er Afghanistan inzwischen wieder besucht hätte.

Am Dienstag bestätigte Taliban-Sprecher Sabihullah Mudschahed das Einreiseverbot. Er sagte dem privaten afghanischen Nachrichtenportal Tolo, der vom UN-Menschenrechtsrat sei „beauftragt, in Afghanistan Propaganda zu verbreiten“ und habe „kleinere Probleme übertrieben“. Er sei deshalb „niemand, dem wir vertrauen“ und dürfe „nicht mehr hierherkom-

men“. Bereits im Juni hatte Mudschahed Bennett, ohne ihn namentlich zu nennen, vorgeworfen, ein „verzerrtes Bild“ Afghanistans zu verbreiten.

Bennett reagierte bisher offiziell nicht auf die Einreiseperrre. Der Sprecher von UN-Generalse-

Sittenpolizei nahm 13.000 Menschen fest und zerstörte 21.328 Musikinstrumente

ekretär António Guterres in New York wollte sie bisher weder bestätigen noch dementieren.

Bennett ist nicht in Afghanistan stationiert, arbeitete aber vorher zweimal für die Menschenrechtsabteilung der UN-Mission in Afghanistan. In seiner jetzt ehrenamtlichen Rolle bereiste er das Land dreimal, zuletzt wohl Mitte 2023. In seinem letzten Bericht im Mai kritisierte

er das Regime in Kabul hart: „Das von den Taliban institutionalisierte System der Diskriminierung, Segregation, Missachtung der Menschenwürde und Ausgrenzung ist von einer tiefen Ablehnung der Menschlichkeit von Frauen und Mädchen motiviert.“

Einseitigkeit kann man dem neuseeländischen Juristen, derzeit Gastprofessor am Raoul Wallenberg-Institut im schwedischen Lund, nicht vorwerfen. So kritisierte er die Regierung in Canberra für deren Weigerung, afghanischen Opfern von Kriegsverbrechen australischer Soldaten Kompensation zu zahlen. Er begrüßte eine *New-York-Times*-Recherche unter dem Titel „Wie die USA in Afghanistan Entführung, Folter und Mord unterstützten“.

Bennett schont auch seine Auftraggeberin nicht. So begrüßte er die jüngste Wiederveröffentlichung eines 2004 von der UNO unter dem Druck des dama-

ligen Präsidenten Hamid Karsai und einiger westlicher Staaten zurückgezogenen Berichts über Kriegsverbrechen, der auch afghanische Verbündete des Westens namentlich nennt.

Über neue Menschenrechtsverletzungen informierte am Dienstag die Taliban-Sittenpolizei selbst in einer Pressekonferenz. Sie habe über 13.000 Menschen wegen „unsittlicher Handlungen“ festgenommen, 21.328 Musikinstrumente zerstört und 281 Sicherheitskräfte entlassen, weil sie sich keinen Bart wachsen ließen. Folgeschwerste Verletzung bleibt das Bildungsverbot für Mädchen und Frauen ab der Sekundarstufe, das laut Unesco mindestens 1,4 Millionen Afghaninnen betrifft. Zudem „verdoppelte bis verdreifachte“ sich der afghanischen Exilorganisation Rawadari zufolge im ersten Halbjahr die Zahl außegerichtlicher Tötungen und verschwundener Personen.

Verheizt im Kampf für die Heimat

Russland schickt bewusst junge Rekruten ins Kampfgebiet bei Kursk. Deren Mütter schlagen nun Alarm

Aus Moskau **Inna Hartwich**

Im Juli erst seien sie eingezogen worden, Anfang August hätten sie den Eid zur Verteidigung der Heimat geleistet. Und jetzt? Jetzt sollen sie bereits ins Kampfgebiet? Nach Kursk? „Rettet unsere Jungen!“, schreiben Mütter von Wehrdienstleistenden aus der Region Murmansk, weit im Norden Russlands. Sie klingen verzweifelt.

Seit dem überraschenden wie überraschend erfolgreichen Vorstoß der ukrainischen Armee auf russisches Territorium bei Kursk, der in der Nacht zum 6. August begann, verschleiert die russische Führung nicht mehr, auch Rekruten im Kampf einzusetzen. Diese hätten sich schließlich „verpflichtet, das Vaterland zu verteidigen“, heißt es im russischen Verteidigungsministerium.

Das Verheizen von Rekruten im Krieg ist für viele in Russland ein traumatisches Thema. Seit den Kriegen in Afghanistan und Tschetschenien, die unter hohen Verlusten von kaum ausgebildeten Wehrpflichtigen geführt worden waren, wühlt das Verschicken von jungen Männern an die Front viele in der Gesellschaft auf.

Allerdings hat sich das Land seit dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine am 22. Februar 2024 stark verändert. Konnten Mütter damals nach Tschetschenien reisen und ihre Söhne buchstäblich vom Kampffeld wegholen, gibt es heute, in Zeiten von Militärzensur und Versammlungsverbot, kaum noch Möglichkeiten, um auf die Staatsführung legal einzuwirken.

Zumal die wenigsten Angehörigen den Sinn von Wladimir Putins „militärischer Spezialoperation“ infrage stellen. „Wir sind Patrioten, Wladimir Wladimirowitsch!“, schreiben sie. „Wir stehen auf Ihrer Seite! Lassen Sie unsere Kinder nicht sterben!“

Die „Kinder“ aber sterben. Oder sie geraten in Gefangenschaft. Mehrere Hundert Rekruten gelten derzeit als vermisst. Die ukrainische Armee veröffentlicht immer wieder Bilder von russischen Gefangenen. Angehörige finden darauf ihre gerade erst eingezogenen Söhne, Brüder und Enkel. Hilfsorganisationen melden eine verstärkte Nachfrage von Familien, wie sie ihre Söhne von der Verschickung an die Front retten können.

Eltern berichten, dass ihre Söhne – kaum in ihrer Militäreinheit angekommen – unter Druck gesetzt würden, Verträge mit dem russischen Verteidigungsministerium abzuschließen. Dadurch gelten sie dann als reguläre Soldaten und nicht mehr als Rekruten. Egal wie lange sie bereits gedient und ob sie überhaupt eine militärische Spezialisierung erworben haben.

„Im Kursker Gebiet finden Kampfhandlungen statt. Es besteht Lebensgefahr für unsere Söhne“, heißt es im Aufruf der Mütter aus der Region Murmansk. In einer weiteren Petition, mit der sich Mütter von Rekruten eines Motorschützenregiments im Gebiet Brjansk, einer Nachbarregion von Kursk, direkt an den russischen Präsidenten Putin wenden, fordern sie von ihm, die Rekruten nicht an der Front einzusetzen.

Die „gestrigen Schüler“ würden als „Kanonenfutter aufs Schlachtfeld“ geschickt, schreiben sie. „Schwerbewaffnete Elitesoldaten stehen unseren Kindern gegenüber, die sich in den wenigen Monaten ihrer Ausbildung nur eine Fähigkeit erworben haben: die Schaufel zu schwingen.“ Die Mütter klagen, nicht über den Standort ihrer Söhne informiert worden zu sein – und klingen so überrascht, als wüssten sie nicht, was seit zweieinhalb Jahren nur unweit von ihnen geschieht.

Krieg, das lehrt sie der Kreml in all den Monaten der versuchten Vernichtung der Ukraine mit allen Mitteln der Propaganda und der Agitation, sei Romantik und Heldentum. Viele Russ*innen leben in dem Glauben, als würde sie der Krieg in der Ukraine nicht betreffen. Selbst wenn er ihnen Hab und Gut und die Angehörigen nimmt, lassen sie kaum etwas auf ihren Präsidenten kommen.

Über die Klagen der Mütter macht sich einer der führenden Kommandeure schlicht lustig. „Macht aus Männern keine Kinder, die mit einem Schnuller ins Bett gebracht werden“, sagt Apti Alaudinow von der tschetschenischen Spezialeinheit Achmat in einer Videobotschaft. Alle, ob klein oder groß, müssten zusammenstehen. Und: „Es gibt nichts Besseres, als im Kampf für seine Heimat zu sterben.“



Nach den Wahlen nicht mehr so interessant: Troubleshooter Jacob Zuma am 16. Juni
Foto: Siphwe Sibeko / reuters

Südafrikas Phönix landet wieder in der Asche

Bei den Wahlen erzielte Expräsident Zuma mit der neuen Partei MK einen Achtungserfolg. Drei Monate später zerlegt sie sich. Sein Trost: Auch der linken Konkurrenz geht es schlecht

Aus Johannesburg
Tintswalo Baloyi, Akani Chauke und Mthulisi Sibanda

Vor nicht einmal drei Monaten erzielte Südafrikas Expräsident Jacob Zuma einen Überraschungserfolg: Bei den Parlamentswahlen am 29. Mai kam seine neue Partei, uMkhonto WeSizwe (MK Party) – „Speer der Nation“, der Name des früheren bewaffneten Arms des regierenden African National Congress (ANC) –, aus dem Stand auf den dritten Platz, mit 14,6 Prozent der Stimmen und 58 der 400 Sitze im Parlament. Der ANC verlor nach dreißig Jahren an der Macht die absolute Mehrheit, regiert nun in einer Koalition mit der zweitgrößten Partei, der Democratic Alternative (DA), und Kleinparteien, und MK ist die größte Oppositionskraft im Parlament.

Doch heute erzeugt Zuma den Eindruck eines Paranoikers, der die MK als Diktatur führt mit dem rein persönlichen Ziel, Rache am ANC für seine Absetzung als Partei- und Staatschef 2017/18, seine juristische Verfolgung seitdem und seinen Parteiabschluss zu üben.

Vergangene Woche entzog MK 15 ihrer Abgeordneten das Mandat und schloss sie aus der Partei aus. Parlamentssprecher Moloto Mothapo hat das bestätigt, womit die 15 ihre Sitze verlieren. Schon vor der Eröffnungssitzung des neugewählten Parlaments am 25. Juni – die MK unter Vorwürfen der Wahlfälschung boykottierte – seien die 15 darüber informiert worden, sagt MK-Parteisprecher Nhlamulo Ndhlela. „Sie wurden angewiesen, nicht den Abgeordneten Eid abzulegen, oder wenn sie es doch tun, dann in dem Bewusstsein, dass sie später ausgewechselt werden“, so Ndhlela.

Zur Begründung sagt MK, die Abgeordneten seien auf unregelmäßige Weise ins Parlament gelangt. Ihre Kandidatenliste, sagt die Partei, sei kompromittiert gewesen – durch „Saboteure, die das IEC-System mit ihren Freunden, Verwandten und Nachbarn füllten“. Dies werde man nicht dulden, sagt Ndhlela: „Als MK haben wir un-

serem Volk versprochen, dass wir Abgeordnete haben, die die Gesellschaft reflektieren.“

Es ist nicht das erste Mal. Schon vor den Wahlen wurde MK-Gründer Jabulani Khumalo ausgeschlossen, ebenso die MK-Politiker Rochelle Davidson, Ray Khumalo, Bheki Mnzini und Lebo Moepeng. Ihnen wurde vorgeworfen, mit „ANC-Kräften“ zusammenzuarbeiten.

Zumas Partei ist die größte Opposition im Parlament, aber sie ähnelt einer tickenden Zeitbombe

Khumalo habe vom ANC Geld und Autos erhalten, hieß es – er weist die Vorwürfe zurück. MK-Generalsekretär Arthur Zwane ist schon zweimal hinausgeworfen worden, und auch MK-Finanzchef Danisa Zulu wurde ausgeschlossen.

Es ist durchaus denkbar, dass der ANC versucht, MK zu unterwandern. Aber Zumas Partei hat auch erhebliche Selbstzerstörungskräfte. Sie ist die wichtigste Opposition im Parlament, aber sie ähnelt einer tickenden Zeitbombe.

Jacob Zuma hat sich in seiner politischen Karriere immer wieder mit seinen Kameraden zerstritten. Mit Südafrikas Präsident Cyril Ramaphosa verbindet ihn eine lange persönliche Feindschaft. Der 82-jährige Zuma, ein ehemaliger Freiheitskämpfer ohne Schulabschluss, lässt keine Gelegenheit aus, gegen den 71-jährigen Ramaphosa zu sticheln, einen reichen Unternehmer und ausgebildeten Juristen, der Zuma 2017 als ANC-Parteichef und 2018 als Staatspräsident ablöste.

„Msholoji“, wie Zuma im Volksmund genannt wird, führt MK nun offensichtlich mit eiserner Hand. Seine Tochter Duduzile, ebenfalls in MK, ist eine der umstrittensten Figuren in Südafrikas Politik. Ihr wird vorgeworfen, eine entscheidende Rolle beim Schüren der schweren Unruhen von 2021 gespielt

zu haben, als in Reaktion auf die Inhaftierung ihres Vaters wegen Missachtung der Justiz Gewalt das Land erschütterte und über 300 Menschen starben.

Unverhoffte Stärkung erhält MK nun von einer ganz anderen Seite: Die zweitgrößte Oppositionskraft, die linke EFF (Economic Freedom Fighters) steckt ebenfalls in Turbulenzen, nachdem sie bei den Wahlen von 10,8 auf 9,5 Prozent abrutschte. Floyd Shivambu, Stellvertreter des EFF-„Commander-in-Chief“ Julius Malema, gab vergangene Woche seinen Rücktritt bekannt.

Zunächst stand die Aussicht im Raum, Shivambu werde beim nächsten EFF-Parteitag Malema herausfordern – Malema kontrolliert die Roten Barette, wie sich die EFF-Aktivisten nennen, seit der Gründung der Partei 2013 komplett. Aber dann stellte

sich heraus: Shivambu läuft zu MK über, ebenso EFF-Führungsmitglied Mzwanele Manyi, was allerdings wenig überraschend ist, denn er ist der Sprecher der Zuma-Stiftung. Noch weitere prominente EFF-Figuren haben die Partei verlassen oder stehen kurz davor, bestätigte Malema am vergangenen Donnerstag.

„Viele werden gehen, weil sie dem Vizepräsidenten (Shivambu) treu sind“, sagte Malema. Es sei ein „entscheidendes Moment“ und ein „Test“, aber die Partei dürfe daran nicht zerbrechen. In jedem Fall ist die EFF-Krise eine willkommene Atempause für die kriselnde Zuma-Kraft. „uMkhonto WeSizwe Party heißt diese klugen und erfahrenen Führer willkommen“, erklärte MK. „Es hätte zu keinem besseren Zeitpunkt geschehen können.“



ES GIBT NUR EINEN RUDI DUTSCHKE

taz * genossenschaft

Betongold? Wir haben eine Immobilie, in der dein Geld wirklich glänzen kann: Wenn du jetzt deinen Anteil aufstockst (oder neu zeichnest!), hilfst du mit, unser *geliebtes altes Haus* in der Rudi-Dutschke-Straße zu sanieren. Dies ist nicht nur notwendig, sondern schafft auch ein langfristiges finanzielles Fundament, auf dem unser unabhängiger Journalismus auch in Zukunft stürmischen Zeiten trotzen kann. Alle Infos und Mitmachen auf taz.de/haus



UNTERWEGS 'IM REGIERUNGSVIERTEL'

debatte

Vom Regen in die Traufe?

Nach dem Regierungssturz in Bangladesch sieht sich die Opposition im Aufwind. Doch die ist auch nicht makellos. Nötig ist jetzt eine Reform der Institutionen

Mit der Ernennung der neuen Interimsregierung in Bangladesch dürfte sich ein Albtraum der geschassten Premierministerin Sheikh Hasina erfüllt haben: Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus auf ihrem Posten an der Spitze der Regierung. In den vergangenen Jahren war Hasina ein persönlicher Feldzug gegen Yunus nachgesagt worden, getrieben von der Angst, dass der 84-jährige versuche, mit seinem internationalen Ansehen in die Politik einzusteigen.

Ein Rückblick: Sheikh Hasina war seit 2008 Regierungschefin Bangladeschs. In dieser Zeit hatte sich die Menschenrechtslage im Land stetig verschlechtert. Hasina und ihre Partei, die Awami-Liga, schalteten die Opposition größtenteils aus und durchdrangen fast alle Bereiche der Gesellschaft. Im Juli begannen dann breite Studierendenproteste gegen Quoten bei der Vergabe von Re-

Die an der Regierung beteiligten Studierenden haben eher randständige Ressorts bekommen

gierungsjobs, die Mitglieder der Regierungspartei begünstigten. Die Regierung ließ die Proteste blutig niederschlagen. Am Ende – als die Studierenden nur noch den Rücktritt der Regierung forderten und einen „Langen Marsch“ auf die Hauptstadt begannen – intervenierte das Militär. Sheikh Hasina trat zurück und floh nach Indien. Auf Vorschlag der Demonstrierenden wurde Yunus für eine noch unbestimmte Übergangszeit als Regierungschef ernannt.

Nach knapp zwei Wochen ist die Bilanz der neuen Regierung durchwachsen. Das berühmte Foltergefängnis Aynaghor (Haus der Spiegel) ist geschlossen worden; Oppositionspolitiker, die jahrelang verschwunden waren, sind wieder aufgetaucht. Zugleich ist die Menschenrechts- und Sicherheitslage weiter schwierig. Kurz nach dem Regierungssturz tauchten massenhaft Polizist*innen unter – aus Angst vor Vergeltung für die gewaltsame Niederschlagung der Proteste in den vergangenen Wochen. In den Tagen nach dem Regierungssturz gab es zahlreiche Berichte von Gewalt – einerseits gegen die religiöse Minderheit der Hindus, vor allem aber gegen Mitglieder der Regierungspartei.

Die Oppositionsparteien indes fühlen sich im Aufschwung. Als zwei hochrangige Mitglieder der Awami-Liga verhaftet wurden, vertrieben oppositionsnahe Anwälte deren Verteidiger. Als Mitglieder der Awami-Liga der Ermordung von Sheikh Mujibur Rahman, des ersten Präsidenten Bangladeschs und des Vaters Sheikh Hasinas, gedenken wollten, verhinderten Mitglieder der Oppositionspartei BNP (Bangladesh Nationalist Party) das Gedenken. Die Interimsregierung schien dagegen machtlos zu sein.

Viele Bangladescher befürchten nun, vom Regen in die Traufe gelangt zu sein. Während die BNP in den vergangenen Jahren machtlos war, er-

innern sich viele nun an deren letzte Amtszeit vor der Hasina-Ära: Schon damals wurden der Grundstein für den autoritären Staat gelegt, der dann von der Awami-Liga perfektioniert wurden. Außergerichtliche Tötungen waren schon damals an der Tagesordnung, das Verschwindenlassen von Oppositionellen ebenfalls. Unter der BNP wurde einst die paramilitärische Truppe RAB gegründet, die für außergerichtliche Ermordungen und für das Verschwindenlassen Hunderter Oppositionellen verantwortlich gemacht wird. Die große Frage ist nun: Was wird sich verändern? Und wie?

Die Studierenden, zeigt sich, können noch kein umfassendes politisches Programm formulieren. Zu vielfältig dürften die Proteste – erst gegen als ungerecht empfundene Quoten bei der Vergabe von Regierungsjobs und später gegen die gewaltsame Repression durch die Polizei – gewesen sein. Viele dürften über die Protestthemen hinaus keine großen politischen Ambitionen haben. Andere sind wiederum bereits Mitglied der etablierten Oppositionsparteien und dürften kein weiteres Interesse an einem alternativen politischen Programm haben.

Muhammad Yunus hat seinen Posten als Chef der Interimsregierung der Unterstützung der Studierenden zu verdanken, und erst vergangene Woche führte der Protest von der Straße zum personellen Wechsel an der Spitze des Innenministeriums. Doch die an der Regierung beteiligten Studierenden haben außer dem Arbeitsministerium eher randständige Ressorts bekommen: einerseits die Ministerien für Digitales und Medien und andererseits für Sport und Jugend. Yunus' Regierung steht – freundlich formuliert – auf verfassungsrechtlich wackeligen Füßen. Dass sie dennoch so viel internationale Unterstützung erfährt, dürfte einerseits daran liegen, dass bekannt war, wie korrupt und autoritär die Regierung Hasinas ist – und andererseits am hohen Ansehen des Friedensnobelpreisträgers Yunus. Doch international dürfte es bald schon den Wunsch nach einer Rückkehr zu einer rechtlich abgesicherten Demokratie geben.

Ebenso gibt es von den zwei großen politischen Parteien in Bangladesch den großen Wunsch nach baldigen Wahlen. Die BNP rechnet sich nach 15 Jahren in der Opposition jetzt die besten Chancen für einen Wahlsieg aus, während die Awami-Liga befürchtet, dass ihre Macht noch weiter schwinden wird. Für beide dürfte es die größte Katastrophe sein, wenn sich mit der Zeit eine weitere Alternative bildet, die glaubwürdig eine veränderte politische Kultur anbieten könnte.

Ohne diese Alternative indes dürfte das Spiel der vergangenen zwanzig Jahren weitergespielt werden, bei dem ein Regierungswechsel die Fortführung der gleichen korrupten und repressiven Politik unter umgekehrten Vorzeichen bedeutet.

Verhindert werden kann das nur, wenn Institutionen wie Polizei, Bürokratie und Justiz so reformiert werden, dass sie sich nicht politisch vereinnahmen lassen können. In einer Rede vor Diplomaten*innen in Bangladesch kündigte Yunus entsprechende weitreichende Reformen an. Die Herausforderung seiner Regierung wird sein, diese und schnell spürbar umzusetzen, bevor seine Vorschusslorbeeren aufgebraucht sind.



Lalon Sander, Jahrgang 1985, ist in Bangladesch und Indien aufgewachsen. Er berichtete von der eingestürzten Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch und dem ersten Wahlsieg Narendra Modis in Indien. Derzeit ist er taz-Datenjournalist mit dem Schwerpunkt Klimawandel.

Frederik Eikmanns über Woidke und das Bürgergeld für Ukrainer*innen

Sprachkurse sind entscheidend

Von Union und FDP kennt man die Forderung schon, neuerdings steigt nun auch die SPD mit ein: Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke will, dass Ukrainer*innen nicht mehr Bürgergeld, sondern nur noch Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. So ließe sich die Beschäftigungsquote der ukrainischen Geflüchteten erhöhen, behauptet er.

Doch wenn es Woidke wirklich darum ginge, mehr Ukrainer*innen zu einem Job zu verhelfen, gäbe es bessere – und sozialere – Vorschläge. Das Hauptaugenmerk sollte dem Spracherwerb gelten: Studie um Studie zeigt, dass es für Ausländer*innen auf dem Weg in den Job eine riesige Hürde ist, Deutsch zu lernen. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse können die oft gut ausgebildeten Ukrainer*innen höchstens Jobs übernehmen, die weit unter ihrem Qualifikationsniveau liegen. Das ist für sie wenig attraktiv und hilft nicht, den Fachkräftemangel zu lindern.

Doch ausgerechnet bei der Sprachvermittlung will die Bundesregierung

massiv sparen. Der Haushaltsentwurf für 2025 sieht für die Integrationskurse nur noch 500 Millionen Euro vor – bisher waren es 1,1 Milliarden.

Ein weiterer Hebel, um mehr Ukrainer*innen in Jobs zu bringen, ist die Versorgung mit Kitaplätzen. Es sind vor allem Frauen, die aus der Ukraine geflüchtet sind, viele mit ihren Kindern. In Deutschland finden sie oft keinen Kitaplatz, wie Umfragen zeigen. Dass dies die Arbeitsaufnahme hemmt, ist offensichtlich: Wer zu Hause auf ein Kind aufpassen muss, kann einen Job damit nur schwer in Einklang bringen.

Aber genauso wenig, wie Woidke sich gegen die Einsparungen bei den Integrationskursen ausspricht, fordert er mehr Geld für Kitas und mehr Ausbildungsplätze für Betreuer*innen. Stattdessen stimmt er in den konservativen Ruf nach Leistungskürzungen ein. So kommt man um den Verdacht nicht herum, dass Woidke mit seiner Forderung nicht wirklich die Beschäftigungsquote der Ukrainer*innen im Blick hat – sondern vielmehr die Umfragewerte seiner Landes-SPD.

Dominic Johnson über die Hilfe für Hungernde in Sudan

Hilflose Helfer

Drei Wochen ist es her, dass UN-Experten in Sudan erstmals eine Hungersnot feststellten – die nur sehr selten ausgerufenen allerhöchsten Kategorie des Hungerns im UN-Klassifizierungssystem, das humanitäre Helfer weltweit anwenden. Erst jetzt sind die ersten UN-Lastwagen seit Monaten mit Lebensmitteln aus Tschad über die Grenze in die betroffene Region Darfur gelangt. Die Lage dort ist sicherlich inzwischen schon viel schlimmer als vor drei Wochen. Wer sich damals am Rande des Hungertodes befand, lebt inzwischen nicht mehr. Dafür werden sich viele andere Menschen jetzt in noch größerem Elend befinden. Jeder Tag zählt.

Die Grenzöffnung aus Tschad nach Darfur ist ein begrüßenswerter Fortschritt. Aber schon dass zwischen der amtlichen Ankündigung der Grenzöffnung und der tatsächlichen Öffnung der Grenze fünf Tage vergingen, dürfte Menschenleben gekostet haben. Eilig haben es die sudanesischen Militärmachthaber, die fast 2.000 Kilometer von Darfurs Hungergebieten entfernt in Port Sudan am Roten Meer residie-

ren, offensichtlich nicht. Sie nehmen auch nur widerwillig an den von den USA eingerichteten Gesprächen in Genf teil, bei denen es aktuell in erster Linie um „humanitäre Korridore“ und besseren Zugang zu Sudans Notleidenden geht. Ihre Gegenseite, die für Massensterbe und Massenvertreibungen verantwortliche RSF-Miliz, schert sich genauso wenig um Menschenleben. Die humanitären Zusagen, die die internationalen Vermittler den beiden Kriegsparteien abzurufen versuchen, haben sie beide schon mehrfach gemacht und dann immer wieder einfach ignoriert.

Eine Hungersnot mag in erster Linie ein humanitäres Problem sein, aber die Lösung der Probleme, die zur Hungersnot geführt haben, ist in erster Linie auf der politischen Ebene zu suchen. Humanitäre Helfer tun, was sie können, aber Hilfslieferungen können den Krieg nicht beenden. Der dafür nötige politische Wille existiert momentan nicht. Niemand zwingt Sudans Warlords, ihre Bevölkerung zu töten. Es zwingt sie leider auch niemand, sie am Leben zu lassen.

ausland 10

Simon Poelchau über Habecks Aussage zur Schuldenbremse

Für den sozialen Frieden

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sprach eigentlich nur aus, wovon ohnehin schon jeder ausgeht: Bei der Schuldenbremse wird sich nächstes Jahr etwas tun – entweder mit Ausnahmen für bestimmte Investitionen oder allgemein mehr Flexibilität innerhalb des im Grundgesetz verankerten Regelwerks, das die Ausgaben des Staates begrenzen soll. Schließlich ist es angesichts der wirtschaftlichen und politischen Lage das Beste, was die Politik machen kann.

Bis auf wenige Ausnahmen raten dies auch alle wichtigen Ökonom*innen des Landes. SPD und Grüne sind so wieso schon für eine Aufweichung der Schuldenbremse. Nur die Spitzen von Union und FDP sind teils aus ideologischen, teils aus wahltaktischen Gründen dagegen. Sie hoffen, sich damit bei den Wähler*innen gegenüber der linken Konkurrenz abgrenzen zu können. Dabei gibt es auch in der Union bereits genügend Stimmen, die mehr finanziellen Spielraum fordern. Schließlich sind die Herausforderungen, vor dem das Land steht, enorm. Auf 600 Milliarden Euro beziffern das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft

und das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung den öffentlichen Investitionsbedarf in den nächsten zehn Jahren.

Will die Politik an der Schuldenbremse festhalten, dann hat sie angesichts dieser gigantischen Summe nur zwei Möglichkeiten: Sie kann es sein lassen und sich die Investitionen in Transformation und Infrastruktur sparen. Dann aber droht wirklich eine Deindustrialisierung. Die Bahn wird sich dann über Verspätungen nicht mehr den Kopf zerbrechen können, weil es gar keine brauchbaren Schienen mehr geben wird, auf denen Züge fahren könnten.

Die zweite Möglichkeit wäre, die Mittel durch Umverteilung zusammenzubekommen. Eine Vermögensabgabe etwa wäre zwar wünschenswert, ist aber angesichts der Kräfteverhältnisse weniger realistisch. Die Mittel durch Ausgabenkürzungen an anderer Stelle zusammenzutreiben, birgt sozialen Sprengstoff, der die Gesellschaft auseinanderbrechen lassen könnte. Insofern dient die Reform der Schuldenbremse vor allem einer Sache: dem sozialen Frieden.



Jens-Christian Wagner vor dem Lagertor von Buchenwald
Foto: Markus Schreiber/ap/picture alliance

talkshow

Von Marie Sophie Hübner

Einen bedrohen, alle einschüchtern

Die Demokratie braucht Menschen, die für sie einstehen. Wer sich besonders engagiert, riskiert, von Nazis angefeindet zu werden, so wie Jens-Christian Wagner, der nun wieder bedroht wird

Jens-Christian Wagner ist Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Er hat 350.000 Briefe an Thüringer*innen versandt und sie dazu aufgefordert, bei der anstehenden Landtagswahl demokratische Parteien zu wählen. Er hat nicht dazu aufgerufen, Faschos zu verprügeln. Sondern er hat daran erinnert, dass bei der Wahl viel auf dem Spiel steht und man bitte keine Rechtsextremen wählen soll.

Nun wird er bedroht. Dieser Satz verliert an Schlagkraft, weil ständig Leute bedroht werden. Aber wenn ich Wagners Tweet zu der Angelegenheit lese, dann halte ich einen Moment lang die Luft an. Er schreibt dort: „In der Gedenkstätte Mittelbau-Dora wurde mein Konterfei auf eine Todesmarschstele geklebt.“ Die Gedenkwanne erinnert an die etwa 13.000 Opfer, die im KZ Buchenwald zu Todesmärschen gezwungen wurden. Eine Weimarer „Montagsspaziergängerin“ habe ihm geschrieben, der verstorbene SPD-Politiker Thomas Hartung habe die Quittung für sein Handeln bekommen – und auch er werde seine Strafe noch erhalten, zitiert Wagner auf X. Hartung war bildungs- und migrationspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und engagierte sich gegen rechts. Im Juli starb er an Krebs.

Das Gefühl, das sich beim Lesen einstellt, ist das gleiche wie am Sonntag, als mir auf Instagram Videos von Rechtsextremen am Leipziger Bahnhof angezeigt werden. 400 Neonazis stehen am Bahnhof, rufen rechte Parolen, strecken die Fäuste in die Luft oder formen ihre Hände zu Okay-Zeichen, das Symbol für White Power. Die Polizei umzingelt die Neonazis. Setzt sie fest. Die rechte Demo in Leipzig fällt aus.

Zwar erklärt Wagner, beispielsweise im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*, vorsichtiger geworden zu sein, abends nicht mehr am offenen Fenster zu sitzen. Aber er sagt auch, im Austausch mit der Polizei zu stehen. Auch wenn Wagner nicht unter Personenschutz steht, ist er zumindest ein Stück weit durch die Beamten und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit ge-

schützt – so wie die Leipziger queere Community am Sonntag.

Der Austausch und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schützen niemanden komplett – das zeigt auf erschütternde Weise der Mord an Walter Lübcke, der heute 71 Jahre alt geworden wäre. Doch zugleich haben Menschen wie Wagner zumindest den Rückhalt anderer Demokrat*innen: Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt nannte die Drohungen gegen Wagner inakzeptabel. Der Thüringer CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt sagte, die Anfeindungen seien „unerträglich“. Wagner steht nicht allein da.

Viele andere Demokrat*innen, die sich im Privaten trauen, Widerstand ge-

Der Austausch und die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit schützen niemanden komplett – das zeigt auf erschütternde Weise der Mord an Walter Lübcke, der heute 71 Jahre alt geworden wäre

gen rechts zu leisten, erfahren diesen Zuspruch aber nicht. Sie werden nicht geschützt, wenn sie im Sportverein, bei der Arbeit oder in der Bar nicht weggucken, wenn jemand angefeindet wird.

Dirk Neubauer, mittelsächsischer Landrat, hat im Juli seinen Rücktritt damit begründet, dass „da draußen zu viele den Mund halten“. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass Demokrat*innen ihre Stimme gegen rechten Hass erheben.

Doch die Bedrohungen gegen Wagner sollen nicht nur ihn einschüchtern, sondern alle Demokrat*innen – vor allem diejenigen, die nicht geschützt werden. Auch sie müssen in den Fokus der Politik kommen und konkret Unterstützung erfahren, immer und überall, wo die Demokratie und ihre Bürger*innen von den Rechtsextremen verächtlich gemacht und bedroht werden.



Partizipation erwünscht: die PEN Berlin-Veranstaltung am 19. August in Dresden Foto: Marie Eisenmann

Wir müssen reden

Die Schriftstellervereinigung PEN Berlin geht vor den Wahlen in Ostdeutschland mit einer Veranstaltungsreihe auf Tour. Es geht um nichts Geringeres als die Grenzen des Sagbaren. Ein Besuch

Aus Dresden und Wurzen
Jessica Ramczik

Man hat sich viel vorgenommen bei PEN Berlin. Kurz vor den Wahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg fährt die Schriftstellervereinigung mit allerlei großen Namen im Gepäck in die „problematischen“ Bundesländer, in den Osten – dorthin, wo demnächst gewählt wird. Und ausnahmsweise nicht in die großen Städte, sondern nach Döbeln, Wurzen, Annaberg-Buchholz, Pirna, Bautzen, um nur einige Orte zu nennen. Leipzig, die linke Hochburg, hat man bewusst ausgespart.

In den 37 Veranstaltungen dreht sich alles um das Thema Meinungsfreiheit. Über Meinungsfreiheit diskutieren, diese hochhalten, ein wenig auch zelebrieren, so scheint der Anspruch zu sein. Die Überschrift: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen.“ So hat man das schon gehört, so schnell murmelt es wohl jemand aus Sachsen in sich

hinein, nachdem er etwas gesagt hat, was vor Jahren noch unsagbar schien. Der Spruch war eine Überschrift der *Bild* aus den Nullerjahren, damals eher als höhnischer Ordnungsruf gegenüber denen genutzt, die an der Sgarmachung des Unsagbaren mitgewirkt haben. Und irgendwie auch ein Satz, den man den rechten und nicht selten ostdeutschen Wutbürgern sarkastisch entgegenschleudert hat.

Die Reihe will mit Menschen ins Gespräch kommen, nicht ihre Parteipräferenz kurz vor der anstehenden Landtagswahl ändern, so Deniz Yücel, Sprecher und Mitorganisator. Jede Veranstaltung beginnt mit Aron Boks, selbst Autor und PEN-Berlin-Mitglied, der dem Publikum mal mehr, mal weniger provokante Fragen mit Bitte um Handzeichen stellt, die nachspüren lassen, wer neben einem sitzt.

Es zeigt sich: Vieles, wozu man sich hier positioniert, spaltet weniger, als dass es vereint. Ostdeutsche Identität eben. Es zeigt sich ebenfalls: mehr „Ossis“ als „Wessis“ im Raum, zumindest bei den Veranstaltungen



Von links nach rechts: Paula Irmschler, Katja Hoyer und Lydia Jakobi Foto: Marie Eisenmann

gen in Wurzen und Dresden. Weitere Fragen lauten: „Wer findet, dass der Osten viel zu mies gemacht wird?“, „Wer findet, dass der Osten noch viel schlimmer ist, als die Wessis denken?“, „Finden Sie Badebekleidung grundsätzlich überflüssig?“, „Sagen Sie noch Kaufhalle oder Konsum?“. Und in Dresden: „Lesen Sie *Compact*?“ Nur einer meldet sich. Und: „Waren Sie einmal bei einer Pegida-Demo?“ Es gibt vereinzelte Meldungen im Saal.

Nach einigen Fragen durchdringen bei den Veranstaltungen Lacher den Raum, als suggerierten sie: Irgendwas hat man in diesem Osten schon gemeinsam. Im Zentrum der Veranstaltungsreihe: nicht so sehr die Diskutanten auf dem Podium, sondern das Publikum selbst. Partizipation ist ausdrücklich erwünscht, aber bitte nicht länger als zwei Minuten sprechen, und das Mikro bleibt bitte fest in den Händen von Aron Boks, heißt es.

Montag, der 12. August, in Wurzen: In der Kleinstadt in Sachsen nordöstlich von Leipzig sitzt man im Ringelnatzhaus dicht gedrängt. Anfangs durchfährt ein Raunen, als die Schrift-

stellerin Charlotte Gneuß („Gittersee“) und die Journalistin Sabine Rennefan zunächst über Ost-Erfahrungen und Identität sprechen. Das habe man doch selbst erlebt. Die Frage fällt, was das mit Meinungsfreiheit zu tun habe. Dabei ist dies kein unlogischer Schritt: Unterdrückte Meinungsfreiheit ist nun einmal etwas, das DDR-Geborene wie die Eltern von Charlotte Gneuß betroffen hat.

Und so ist es nicht verwunderlich, dass eine der Wortmeldungen an diesem Abend lautet, man würde nie in eine Partei eintreten, weil Partei früher SED hieß und mit freier Meinungsäußerung wenig zu tun hatte. Besonders in Erinnerung bleibt die Wortmeldung von Viola Heß, Vorsitzende des Joachim-Ringelnatz-Vereins, die über die Nachwendzeit und ihre Tätigkeit als Lokaljournalistin berichtet und erklärt, wie das Wegbrechen lokaler Medien zur Verengung von Diskursräumen beitrug. Sie erzählt auch, welchen Stellenwert Räume wie das Ringelnatzhaus, das sie leitet, haben. Das ist es auch, was Yücel und PEN Berlin hier wollen: Kulturräumen im ländli-

chen Raum eine Stimme verleihen.

Eine Woche später, Montag, der 19. August, in Dresden: Im Hygienemuseum gibt es viel Andrang. Yücel ist auch hier wieder mit dabei. Es ist die letzte Veranstaltung der Reihe in Sachsen, bevor sie nach Thüringen und Brandenburg kommt. Wie an allen anderen Veranstaltungsorten: auch hier viele weiße Häupter, aber durchaus diverser als in Wurzen. Man kann nicht sagen, dass PEN Berlin ausgerechnet die jüngeren Wähler oder Erstwähler angezogen hat.

Auf dem Podium sitzt Paula Irmschler, Schriftstellerin und Satirikerin, in Dresden geboren, heute in Köln lebend. Auf die Frage, ob in Deutschland Meinungsfreiheit herrscht, antwortet Irmschler mit Ja. Aber auch das kennt ein Aber: Ihre Sorge gilt dem Weiterbestand von Debattenräumen außerhalb des Internets. Was an diesem Abend dennoch mitschwingen wird: Wer Meinungsfreiheit meint, meint oft das, was auf Social Media geäußert wird oder vielmehr geäußert werden darf.

Fragt man Yücel, wen er gerne noch auf dem Podium gehabt

hätte – immerhin waren streitbare Persönlichkeiten wie Dieter Nuhr oder Uwe Tellkamp angefragt –, wiegelt Yücel ab. Man sei mehr als zufrieden mit denen, die gekommen sind.

Mit Irmschler auf dem Podium: die Historikerin Katja Hoyer. Auch sie beschäftigt sich mit der DDR, insbesondere mit ihrer jüngeren Geschichte. In „Diesseits der Mauer“ erzählt sie die Geschichte der DDR neu – ohne Nostalgie und ohne den ständigen Vergleich mit dem Westen. Es geht ihr um die Sicht der Menschen, die den deutschen Sozialismus selbst erlebt haben. Auf die Frage, ob es in Deutschland Meinungsfreiheit gebe, antwortet sie ebenfalls mit einem „Ja, aber“. Plastisch wird dies am ehesten, als sie über die Interviewversuche für ihr Buch berichtet, über die Scheu der Interviewten, über ihre Erfahrungen in der DDR zu sprechen. Ihr Gefühl ist: Sie müssten „immer gleich ein Gelöbnis auf die Bundesrepublik“ ablegen. Und darum geht es vielen auch, die in Wurzen und den anderen Städten die Veranstaltungen des PEN Berlin besucht haben: Sie wollen wahrgenommen werden.

Der Gesprächsbedarf ist auch in Dresden groß. Als Moderatorin Lydia Jakobi die Ergebnisse der Allensbach-Studie 2021 anspricht, wonach nur noch 65 Prozent der Befragten glaubten, dass man seine Meinung in Deutschland frei sagen könne, sieht man nickende Köpfe. Es sei nicht so sehr die Beschränkung der Meinungsfreiheit, die bedenklich sei, so Jakobi, vielmehr fehle eine Diskussionskultur.

Einer der Zuschauer, laut Handmeldung *Compact*-Leser, sieht die Meinungsfreiheit in Deutschland deutlich bedroht.

Irgendwas hat man in diesem Osten schon gemeinsam

Grundlage für diese Annahme sind die 750 Anzeigen wegen sogenannter Hassnachrichten, die das Habeck-Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und sein Abgeordnetenbüro gestellt hätten. Der Redebeitrag erntet Widerspruch.

Es spintet sich eine Debatte über die Grenzen des Sagbaren. Dennoch: Am Ende scheint das Publikum sich selbst mit einer Teilnehmerin der Dresdner Corona-Spaziergänge darauf einigen zu können, dass es mehr Zuhören im Diskurs brauche. Über die Ausformung ist man sich jedoch uneinig. Die Grenze sei, so die Ansicht vieler, die sich zu Wort melden, da, wo Menschen das Recht auf Existenz abgesprochen wird.

Am Ende des Abends in Dresden fällt das Urteil vieler Anwesenden positiv. Fragt man diejenigen vor der Tür, wie sie die Veranstaltung fanden, sagen viele: „gut“, „wichtig, vor allem vor der Wahl“. Eine Frau, vielleicht Mitte 50, sagt: „Es täte gut zu sehen, dass man noch miteinander reden kann, dass man irgendwieder anderen auch ähnlich ist in den schwierigen Zeiten.“

Genau darum geht es bei der Reihe von PEN Berlin: um den Versuch, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Und auch darum, dass Meinungsfreiheit nicht die Abwesenheit von Widerspruch bedeutet. Nach Dresden wird es für Yücel und PEN Berlin weiter nach Sonneberg in Thüringen gehen. Weiter reden, weiter zuhören.

RETTET DIE WAHLEN



taz zeitung für morgen

10 WOCHEN
NUR 10 EURO
taz.de/entscheidung



Magda Goebbels (h. l.), ihr Mann und Reichsminister Dr. Josef Goebbels (M.) und Stiefsohn Harald Quandt (v. r.) im Wagen nach der Vorstellung zur Eröffnung der Festspiele in Bayreuth 1934
Foto: Scherl/SZ Photo/picture alliance

Der Wille zum Aufstieg

Nora Bossong erzählt in ihrem für den Deutschen Buchpreis nominierten Roman „Reichskanzlerplatz“ von Magda Goebbels und einem homosexuellen NS-Diplomaten, die auf unterschiedliche Weise opportunistisch und rücksichtslos waren

Von Carsten Otte

Der Lebensweg der 1901 geborenen Johanna Maria Magdalena Behrend ist auf bizarre Weise exemplarisch für die Schrecken in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Als Tochter eines unverheirateten Dienstmädchens kam Magda in ärmlichen Verhältnissen zur Welt, wurde aber 1908 von dem jüdischen Kaufmann Richard Friedländer adoptiert und lebte fortan in bürgerlichen Verhältnissen. Im Jahr 1920 nahm sie eine kurze Zeit lang den Nachnamen des leiblichen Vaters, Oskar Ritschel, an, um den verwitweten Industriellen Günther Quandt heiraten zu können. Der doppelt so alte Quandt, den Magda auf einer Zugfahrt kennengelernt hatte, weigerte sich nämlich, eine Frau mit dem jüdisch klingenden Namen Friedländer in seine protestantische Familie aufzunehmen.

Weder der Antisemitismus noch der Altersunterschied waren für Magda ein Problem, sah sie doch die Chance, in die Oberschicht aufzusteigen. Wie wichtig ihr das gesellschaftliche Prestige war, erkennt man wohl auch daran, dass sie in ihrer Schulzeit noch in den jüdischen Bruder einer Mitschülerin verliebt war. Angeblich erwog sie sogar, mit dem späteren Zionisten und Sozialisten Viktor Chaim Arlosoroff nach Palästina auszuwandern. Doch sie blieb in Deutschland, was ihr kein Glück brachte: Die Ehe mit Günther Quandt stand jedenfalls unter keinem guten Stern. Magda wollte auch nach

der Geburt ihres Sohnes Harald ein ausschweifendes Leben führen, anders als der nüchterne, an wirtschaftlichen Fragen interessierte Ehemann. Magda betrog ihn dann auch bald, sodass 1928 eine Schlammschlacht folgte: Quandt verlangte die Scheidung und warf Magda aus dem Haus, die den Nochgatten allerdings mit kompromittierenden Briefen erpresste. Es wurden monatliche Zahlungen und eine Abfindung vereinbart, mit der sie sich eine Wohnung am Reichskanzlerplatz in Berlin-Westend (heute: Theodor-Heuss-Platz) leisten konnte, gewissermaßen der Grundstein für ihren weiteren Aufstieg.

Vielleicht wäre die Geschichte der Magda Quandt längst in Vergessenheit geraten, wenn sie nicht alles darangesetzt hätte, ausgerechnet Joseph Goebbels kennenzulernen und sich schon bald an der Seite des NS-Propagandaministers als Vorzeigemutter des „Dritten Reiches“ feiern zu lassen.

Die Biografie jener Frau, die am 1. Mai 1945 zunächst ihre sechs mit Goebbels gezeugten Kinder und später sich selbst umbrachte, ist seitdem in unzähligen Artikeln, Filmen und wissenschaftlichen Aufsätzen, aber auch in fiktionalisierter Form aufgegriffen worden – was nicht zuletzt wegen der Materialfülle auf verschiedene Weise möglich war: Selbst intime Details aus dem Eheleben sind durch Tagebucheinträge und Zeitzeugenberichte dokumentiert. Marcel Beyer etwa veröffentlichte 1995 seinen Roman „Flughunde“, der

nicht nur vom nationalsozialistischen Tontechniker Hermann Karnau, sondern auch von der Familie Goebbels aus der Sicht der ältesten Tochter Helga erzählt. 2013 erschien in zunächst englischer Sprache eine Romanbiografie von Meike Ziervogel mit dem Titel „Magda“; für viele englischsprachige Zeitungen gehörte das Buch, das auch in polnischer Übersetzung zum Bestseller wurde, zu den damaligen „Books of the year“.

Angesichts dieser Vorgeschichte ist es ein publizistisches Risiko, die weitgehend erforschte und auch dem breiteren Publikum halbwegs bekannte Geschichte der späteren Giftmörderin noch einmal zu literarisieren. Nora Bossong hat es mit „Reichskanzlerplatz“ gewagt, und obwohl die Autorin keineswegs neue historische Erkenntnisse vorträgt oder einen „anderen“ Blick auf Magda Goebbels präsentiert, ist ihr ein politisch relevantes und ästhetisch überzeugendes Buch gelungen. Das liegt vor allem an der klug gewählten Erzählperspektive: Ins Zentrum stellt Bossong nämlich nicht die Frau, die stets im Mittelpunkt stehen wollte, sondern den fiktiven Hans Kesselbach, der in Bossongs Roman mit Magda mal eng und mal auf Distanz verbunden ist. Tatsächlich hat es einen Studenten namens Fritz Gerber gegeben, der mit Magda heimlich liiert war. Doch über ihn ist wenig bekannt, und diese Leerstelle nutzt Bossong, um ihre historische Fantasie zu entwickeln.

In dem Roman verliebt sich der junge Hans in seinen Schul-

freund Hellmut Quandt und lernt schon bald dessen Familie kennen. Hellmuts leibliche Mutter ist an der Spanischen Grippe gestorben, und im Hause Quandt regiert nun die schöne Magda. Die Geschichte dieser widersprüchlichen Frau wird aus einer Halbdistanz erzählt, die viel Raum für literarische Erfindung lässt: Hellmut geht nach anfänglichem Flirten nicht weiter auf die Avancen des

„Wir wollten geliebt werden, das war alles, und wir hatten entsetzliche Angst, allein zu sein“

Mitschülers ein und wird schon kurz nach der Schulzeit tödlich verunglücken. Daraufhin beginnen Hans und Magda eine Affäre, in der die zwei einsamen Herzen weniger Liebe als vielmehr Trost suchen. Nach Militärdienst und Studium tritt Hans in den diplomatischen Dienst ein. Die Beziehung zu Magda Goebbels bietet ihm bei lästigen Nachfragen die Möglichkeit, seine Homosexualität zu verbergen. Doch dieses so verlogene wie auch praktische Lebensmodell muss er aufgeben, als die politischen Verhältnisse im Deutschen Reich kippen und Magda im Dezember 1933 Joseph Goebbels heiratet.

Nora Bossong streut die historischen Informationen dezent in ihren Roman ein, der als Spiegelkonstruktion angelegt ist: Hans verachtet zwar Magdas Hingabe zum Nationalsozialismus, aber auch seine Entscheidungen sind fragwürdig und alles andere als unausweichlich. Statt im Nachgang zu moralisieren, erzählt Bossong in einem so kühlen Tonfall, dass der Glutkern der Prosa übersehen werden kann: Unter der Textoberfläche lässt sich eine durchaus leidenschaftliche Reflexion über Freiheitsvorstellungen erkennen, die in Amoralität münden. Magdas Wille zum Aufstieg ist gewiss stärker ausgeprägt. Doch auch Hans möchte seine Karriere im Außenministerium unter von Ribbentrop nicht aufgeben, obwohl er sich selbst in Gefahr bringt. Die beiden sind auf unterschiedliche Weise opportunistisch und rücksichtslos. Was sie verbindet, erkennt Hans erst im Nachhinein: „Wir wollten geliebt werden, das war alles, und wir hatten entsetzliche Angst, allein zu sein.“ Mögen die Figuren in einer anderen historischen Epoche gelebt haben, Bossongs Romanstoff ist hochaktuell. Dementsprechend ist auch der Schriftzug zu verstehen, der beim Friedhof in Pritzwalk, dem Stammsitz der Familie Quandt, zu lesen ist und den die Autorin dem Roman vorangestellt hat: „Was Ihr seid – das waren wir / Was wir sind – das werdet Ihr“.

Was die historischen Kontinuitäten anbelangt, muss man sich nur mit dem Korpsgeist in der deutschen Ministerialbürokratie

damals wie heute beschäftigen, um frappierende Parallelen festzustellen. Nora Bossong kennt sich in der Welt der Diplomatie gut aus; in ihrem Roman „Schutzzone“ geht es um eine Mitarbeiterin der Vereinten Nationen, die sich nach dem Völkermord im afrikanischen Burundi der eigenen Verantwortung stellen muss. Dieses Buch ist geprägt von schroffen Zeitsprüngen, krassen Szenen im Herzen der Finsternis und einer virtuos verflochtenen Erzählstränge.

In „Reichskanzlerplatz“ zeigt Bossong, dass sie auf sprachliche Experimente und stilistische Girlanden weitgehend verzichten kann. Die Skurrilitäten aus der Vita von Magda Goebbels, die nahezu nebenbei erwähnt werden, passen in Bossongs strenges Erzählkonzept. Diese Frau war – wie heutige Ideologen – völlig hemmungslos, was die Brüche in der eigenen Biografie anbelangt. Sie verhinderte jedenfalls nicht, dass ihr jüdischer Adoptivvater und Förderer, Richard Friedländer, im KZ Buchenwald umgebracht wurde, obwohl sie zu Schulzeiten mit dem Davidstern um den Hals herumgelaufen war. Vom leiblichen Vater, der einer Freimaurerloge angehörte, wurde Magda in den Buddhismus eingeführt. Die friedfertige Erfahrungsreligion beeindruckte sie genauso wie Rosenbergs Rassenlehren.

Bei Bossong steht die „erste Frau“ der Nazidiktatur aus historischen und auch dramaturgischen Gründen nicht durchgängig im Mittelpunkt der Erzählung. Hans wird in die Schweiz versetzt und hat kaum noch persönlichen Kontakt mit ihr. Die wenigen schriftlichen Nachrichten Magdas aus Berlin enthalten allgemeine Phrasen oder banaliensagende Gedichtzeilen: „der Sommer stand und lehnte / und sah den Schwalben zu“.

Als Magda Goebbels noch über Jahreszeiten und Vöglein sinnierte, war ihr böses Reich schon am Ende. Der Diplomat, der als Mitwisser und Mitläufer schuldig wurde, darf nach dem Krieg am Grab des früh verstorbenen Freundes über den Verlust der eigenen Integrität trauern – wozu er, frei nach Mitscherlich, nicht wirklich fähig ist.

Nora Bossong hat mit „Reichskanzlerplatz“ einen preiswürdigen Roman geschrieben, der vom Übergang einer Demokratie in die Diktatur erzählt, den die Menschen akzeptieren oder befördern, solange ihr eigenes Fortkommen gesichert ist. Die Demokratie, so heißt es an einer Stelle, hätten die Deutschen „so schnell vergessen wie eine Vokabel aus der Schulzeit“. Gegenwärtiger ist die Vergangenheit selten erzählt worden.

Nora Bossong: „Reichskanzlerplatz“. Suhrkamp Verlag, Berlin 2024, 296 Seiten, 25 Euro

berichtigung

In der letzten taz war von „Signa des Westerns“ die Rede. Ja, von „Zeichen“ spricht man heute viel: „Zeichen gegen rechts“, „für Vielfalt“, „für Demokratie“ etc. An dieser Stelle waren jedoch wohl eher qualitates gemeint. Der Western selbst ist ein Zeichen, und in ihm tauchen solche auf, er besitzt jedoch keine, sondern Eigenschaften.



100 Jahre „Zauberberg“ bei den Salzburger Festspielen Foto: © SF/Konrad Fersterer

Die Bestie Mensch

Krystian Lupa liest Thomas Manns „Zauberberg“ als Prophetie der Katastrophen des 20. Jahrhunderts und hält bei den Salzburger Festspielen eine fünfstündige Theaterséance

Von Uwe Mattheiß

Wirklich Ahnung hatte der Hamburger Kaufmannssohn Hans Castorp (Donatas Želvyys) nur von Schiffen. Sie zu bauen hatte der junge Ingenieur gerade erst gelernt, zumindest theoretisch. Auf dem Trockendock des noblen Lungensanatoriums in den Schweizer Bergen, das er anno 1907 besucht, nützt ihm das wenig. Aber das Morbide

dort fesselt ihn, ebenso der moribunde Schatten auf seiner Lunge.

Sieben Jahre und über tausend Romanseiten später hat Castorp unter Sterbenden dann doch etwas vom Leben gelernt, um sogleich in den Stahlgewittern des Ersten Weltkriegs außer Sicht zu geraten. Ob er da heil wieder herausgekommen ist, bleibt unerheblich. Das bürgerliche Subjekt, wie Thomas Mann es in seinem Bildungsroman

„Der Zauberberg“ mit umgekehrten Vorzeichen so präzise herauspräpariert hat, steht in den Kriegen und Genoziden des 20. Jahrhunderts ohnehin zur Disposition. Es bleiben Abbrucharbeiten an einer verflochtenen bürgerlichen Kultur, die unentwegt darüber redet, wie die Welt zu gestalten sei, und doch nur ihren anonymen Kräften ausgeliefert ist. Im Malstrom des Erzählens wird der Autor, der von 1912 bis 1924 da-

ran schrieb, ein anderer. Mann befreit sich darin vom 19. Jahrhundert, wird vom wilhelminischen Hurratrioten zum Demokraten und Weltbürger, der später der Auslöschung der Demokratie nur weichen kann.

Ein Jahrhundert nach Erscheinen des Romans, entwickelt der polnische Regisseur Krystian Lupa seine Lesart des „Zauberbergs“ in einer Koproduktion der Salzburger Festspiele mit dem Jaunimo Teatras in Vilnius/Litauen. An Stoffanleihen des Romans für Film und Theater ist kein Mangel. Was kommt bei Lupa hinzu? Seine Sicht auf Manns Roman ist die des Futur II. Er befragt den „Zauberberg“ nach den Gründen für das, was nach ihm gewesen sein wird. Schon in der Anfangsszene mischt sich eine Person in der gestreiften Häftlingskleidung der Konzentrationslager unter das Ensemble, als Castorp noch, ganz 19. Jahrhundert, von romantischer Todesfaszination eingelullt ist.

Lupas Interesse gilt dabei eher der anthropologischen Reflexion als der materiellen Geschichte. Er fragt nach der Affektkontrolle der Bestie Mensch unter der brüchigen Sedimentschicht einer Zivilisation. Der nicht sehr freudianische Analytiker Dr. Krokowski (Ignas Cipliauskas) führt in das dunkle Land des Unbewussten. Seine Quacksalberei einer spiritistischen Sitzung, die Castorps verstorbene Verwandten kontaktieren soll, eskaliert, bis die Projektion verstümmelter Leichen der Schlachtfelder der Weltkriege sie überlagert. Nicht Castorps Verwandter erscheint, sondern der Mann in Sträflingskleidung. Freezel Die Aufführung ist nach fünf Stunden zu Ende. Über dieses Ende fällt es schwer, glücklich zu sein. Das Bild bedeutet offenbar an anderen Orten anderes. In einem Land der Täter gerät es leicht zum nachträglichen Antifaschismus, der nichts kostet.

Ein weiteres Moment in Lupas Annäherung ist nach wie vor die Wiedereroberung einer europäischen Perspek-

tive auf die Literatur. Von Vilnius aus betrachtet hat man noch immer genug von der kulturellen Unterfütterung imperialer Ansprüche – aus Deutschland wie aus Russland.

Entgegen einst deutschtümelnder Germanisten ist „Der Zauberberg“ sehr wohl zu übersetzen, wenn auch nicht ohne Schwierigkeiten, ins Englische wurde es fünfmal versucht. Das Problem scheint darin zu bestehen, nicht all zu viel vom Witz verloren gehen zu lassen, von dem Manns Sprache in ihrem Wohlklang wie in ihrer buchhalterischen Präzision nur so schwelgt. Ge-

Lupas Interesse gilt dabei eher der anthropologischen Reflexion als der materiellen Geschichte

legentlich kommt im Salzburger Landestheater eine vor Schönheit sterben wollende Tschechow-Atmosphäre auf, wo man sie nicht vermutet hatte. Daran kranken vor allem Castorps unter aller Förmlichkeit verborgene Entdeckung einer queeren Identität und das aufflackernde Begehren nach der geheimnisvollen Madame Chauchat (Alvydė Pikturkaitė). Sonst ist alles da: die philosophischen Debatten zwischen dem fortschrittlichen Settembrini und Naphta, dem Reaktionär, Mynheer Peepkorns allzu pathetischer Suizid, Castorps Schneetraum.

Lupa, der bildender Künstler ebenso wie Regisseur ist, „übermalt“ den Tisch- und Stuhl-Realismus der Bühne mit der Projektion expressiver Bildwelten. Dabei gelingt dann doch nicht in vollem Umfang, was der Roman so trefflich vermag, mit den Mitteln des Realismus den größtmöglichen Wahnsinn zu erzeugen.

unterm strich

Ein internationales Kuratorinnenkollektiv übernimmt die Leitung der Skulptur Projekte Münster. Damit leiten zum ersten Mal drei Frauen das alle zehn Jahre stattfindende Projekt. Das Kollektiv heißt „What, How and for Whom/WHW“ und besteht aus Ivet Curlin, Nataša Ilić und Sabina Sabolović. Sie werden die künstlerische Leitung der Skulptur Projekte 2027 übernehmen. Die bedeutende Ausstellung findet seit 1977 im Zehnjahrestakt statt und wurde von Kasper König mitbegründet. Er hatte die künstlerische Leitung der letzten fünf Ausgaben inne und kündigte bereits 2017 an, diese Position abzugeben. Am 9. August 2024 starb der Ausstellungsmacher im Alter von 80 Jahren. Zuletzt stellten die Skulptur Projekte Münster eine Kollektion an 35 Skulpturen, Installationen und Performances aus, die 2017 ein internationales Publikum von rund 650.000 Besucher_innen zählte.

Das Deutsche Sprachinstitut in Teheran (DSIT) wurde von den iranischen Behörden geschlossen. Grund der Schließung des letzten von der deutschen Botschaft zertifizierten Sprachinstituts seien „illegale Aktivitäten“. Das Gebäude der Sprachschule in der iranischen Hauptstadt wurde am Dienstag unter großem Polizeiaufgebot versiegelt. Das Deutsche Sprachinstitut Teheran besteht seit 1995 und beschäftigt laut dem Auswärtigen Amt 85 Lehrkräfte, die vor Ort die deutsche Sprache unterrichten. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes in Berlin verurteilte das Vorgehen der iranischen Sicherheitsbehörden und die Schließung des „beliebten und anerkannten Ortes der Begegnung“. Das Auswärtige Amt fordert die sofortige Wiederaufnahme des Lehrbetriebs, der einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis durch Sprachlehre leistet. Zugleich wurde der iranische Botschafter nach Berlin einbestellt. Die Schließung des Deutschen Sprachinstituts in Teheran folgt auf das Verbot des Islamischen Zentrums in Hamburg, welches vor wenigen Wochen von Bundesinnenministerin Faeser beschlossen wurde. Sie bezeichnete das IZH und fünf Unterorganisationen als Propagandazentren Irans. Das IZH legte vor einer Woche Klage gegen diesen Beschluss ein. Laut den örtlichen Medien ist die Schließung in Teheran eine Reaktion auf das Verbot des Islamischen Zentrums.

Und Godot kommt doch

Die italienische Filmkomödie „Alles nur Theater?“, in der Häftlinge als Beckett-Schauspieler reüssieren, basiert auf einer wahren Geschichte



Antonio (Antonio Albanese), der Theaterdirektor (Fabrizio Bentivoglio) und die Gefängnisdirektorin (Sonia Bergamasco) Foto: Kairos Filmverleih

Von Katharina Granzin

Im Grunde sind sie schon so etwas wie ein eigenes Genre, diese Filme und Geschichten, in denen Menschen, die sonst nicht viel Glück im Leben gehabt haben, mithilfe der Kunst endlich zeigen können, was in ihnen steckt. Das kann leicht kitschig werden, und das Spannungspotenzial ist auch begrenzt, da man von Beginn an im Groben weiß, worauf das Ganze hinausläuft. Jetzt kommt mit Riccardo Milani „Grazie ragazzi“ (der deutsche Verleih hat sich für den Titel „Alles nur Theater?“ entschieden) aber ein Film auf die hiesigen Leinwände, den man sich trotzdem gut angucken kann.

Tatsächlich basiert „Grazie ragazzi“ in vielen Details auf einer wahren Geschichte, die allerdings schon ein Weilchen zurückliegt. Mitte der achtziger Jahre leistete der Regisseur Jan Jönson in Schweden Pionierarbeit, als er in einem Hochsicherheitsgefängnis mit Häftlingen Samuel Becketts „Warten auf Godot“ inszenierte und die Pro-

duktion Erfolge auf etlichen renommierten Theaterbühnen des Landes feierte. Jönson und seine Truppe dürften Vorbildcharakter für zahllose Knast-Theaterprojekte gehabt haben, die in den letzten Jahrzehnten überall entstanden sind.

In Berlin etwa ist das Gefängnistheater „Aufbruch“ bereits seit einem Vierteljahrhundert fester Bestandteil der Kulturszene. Auch ist Milani gar

Vorbild für Knast-Theater ist ein schwedisches Projekt

nicht der Erste, der die Erfolgsgeschichte von Jönsons Knast-Godot verfilmt. Erst vor eineinhalb Jahren kam in Deutschland mit „Ein Triumph“ dieselbe Story auf Französisch ins Kino, mit Lyon als Schauplatz und Kad Merad in der Hauptrolle. Aber wie gesagt, wer das verpasst hat,

kann auch jetzt ins Kino gehen und sich die Sache in italienischer Version ansehen.

Der alternde Schauspieler Antonio wird nicht von einer weitreichenden Vision getragen, als er den kleinen Job annimmt, einen Theaterworkshop im Gefängnis zu geben. Lust hat er zwar nicht, aber auch nichts zu verlieren; seit Jahren bekommt er keine Rollen am Theater mehr und verdient die Miete für seine miese kleine Wohnung mit dem Synchronisieren von Pornos. Auch der Knastjob lässt sich wenig ermutigend an. Nur vier Männer erscheinen zum Workshop; doch mit Ach und Krach gelingt es ihnen, nach den bewilligten sechs Stunden Probe ein albernes kleines Märchen zur Belustigung der Mitgefangenen auf die Bühne zu bringen. Ein Achtungserfolg, immerhin.

Erst danach kommt Antonio, berührt durch die seltsame Lebenssituation der Gefangenen, eine Eingebung: „Warten auf Godot“ möchte er mit den Häftlingen inszenieren. Es war das erste Stück, für das er als junger Schauspieler auf der Bühne stand.

„Alles nur Theater?“ ist als (Typen-)Komödie definitiv unterhaltsam, wenngleich teilweise ohne Grund recht dick aufgetragen wird. In einer der ersten Gefängniszenen etwa muss Antonio über Telefon einen Porno synchronisieren und rammelt dabei einen Metallspind – eine völlig überflüssige Szene, zu der der sonst wohlthuend zurückhaltend agierende Hauptdarsteller Antonio Albanese vermutlich vom Regisseur ebenso gedrängt wurde wie sein Filmcharakter von der Porno-Disponentin.

Antonios alter Schauspielfreund Michele (Fabrizio Bentivoglio) wiederum, der mit eigenem Theater Erfolge feiert, wird als herablassender Schnösel porträtiert, was mit seiner Rolle als Möglichschaffender des eigentlich unmöglichen Projekts gar nicht wirklich zusammengeht. Über eine grobe Typisierung hinaus gewinnen auch die schauspielernden Häftlinge wenig individuelles Profil. Nur über den jungen Schöngest Aziz, dem eines Tages wegen einer rassistischen Beleidigung das Messer ausgeruscht sei, wie er erzählt, und über den Mafioso Diego gibt es zumindest andeutungsweise eine Backgroundstory.

Dagegen wissen wir nicht, was den jungen Analphabeten Damiano, der Lucky spielt, ins Gefängnis gebracht hat – oder warum er nicht lesen und schreiben kann –, und auch nicht, was der temperamentvolle Mignolo, der bei jeder Besuchsgelegenheit rustikal mit seiner Frau rammelt, sich hat zuschulden kommen lassen. Klar, es ist ein Ensemblefilm, da gibt es nicht so viel Gelegenheit für individuelles Feintuning, aber es wäre schon interessanter gewesen, die Personen etwas genauer kennenzulernen, statt sich minutenlang anzusehen, wie sie sich beim Einüben von Zungenbrechern immer wieder verhaspeln. So schwimmt der Film doch zu bequem auf der Oberfläche mit dieser Story, die sich zwar selbst gut trägt, aber etwas mehr Tiefgang auf jeden Fall verdient hätte.

„Alles nur Theater?“. Regie: Riccardo Milani. Mit Antonio Albanese, Sonia Bergamasco u. a. Italien 2023, 117 Min.

Männer reifen, Frauen altern

In Camille Laurens' Roman „So wie du mich willst“ verweigert sich die Protagonistin dem sexuellen Tod, den Frauen, angeblich schon ab 44, im Alter sterben

Von Marielle Kreienborg

„Ich sah neulich im Fernsehen den Filmmacher Jean-Pierre Mocky“, berichtet die Protagonistin Claire Millecam im Roman der französischen Schriftstellerin Camille Laurens „So wie du mich willst“. „Er brüstete sich, mit über achtzig immer noch zu ficken. Ich krieg immer noch einen hoch“, sagte er, während er auf eine Schauspielerin schielte, deren Urgroßvater er sein könnte. Das Publikum applaudierte.“ In umgekehrter Rollenverteilung wäre dasselbe Szenario undenkbar: „Stellen Sie sich vor, eine Achtzigjährige sagt so was live im Fernsehen, sagt, sie werde immer noch feucht, während sie begehrlche Blicke auf einen Jüngling wirft.“

Bei Männern, meint Claire Millecam, gäbe es etwas Unlimitiertes, dem nicht irgendwann ein Ende drohe. Man spüre das schon bei ganz kleinen Jungs und manchmal noch bei ganz alten Männern: auch wenn Männer früher sterben, lebten sie länger. Für Frauen dagegen bedeute das Alter den sexuellen wie sozialen Tod – im Roman bezeugt durch Claires Rückzug in die Psychiatrie: „Erst verstand ich nicht, warum ich hier war, ich litt nicht unter Depression, sondern unter Repression: Meine Lebenskraft war unterdrückt worden, das war alles.“

Isolation und Eingesperrt-Sein sind bei Schriftstellerinnen ein wiederkehrendes Motiv: Charlotte Perkins Gilmans „Die gelbe Tapete“, Sylvia Plaths „Die Glasglocke“ oder Marlen Haushofers „Die Wand“. In „So wie du mich willst“ kehrt die Autorin Camille Laurens diesen weiblichen Topos um: Ihr Wahn erlaubt Claire, die sich selbst (ermächtigt), als „verrückt“ bezeichnet, die Codes des therapeutischen Gesprächs zu brechen und das Autoritätsverhältnis zu ihrem Psychiater auszuhebeln: Claire nennt ihn, in transkribierten Gesprächen, in denen allein ihre Stimme zu hören ist, ungebildet, da er Marivaux' „Falsche Vertraulichkeiten“ nicht kennt und Albert Cohens „Die Schöne des Herrn“ nicht gelesen hat. Sie spürt seine sexistischen Vorurteile auf, vergleicht ihn mit einem Polizisten und offenbart ihm, sich sexuell zu ihm hingezogen zu fühlen. Die 48-jährige Literaturprofessorin, Mutter zweier Kinder und getrennt von ihrem Mann, der mit einer Jüngerin ein neues Leben angefangen hat, hat keine Lust, sich dem Schicksal zu fügen, das Institutionen, Medien und sogar die Literatur für Frauen ihres Al-

„

Der Roman kreiert ein Labyrinth aus Wirklichkeit und Möglichkeit: Jeder Erzählteil enthält zuverlässige und unzuverlässige Anteile, alle glauben, zu täuschen

ters vorgesehen haben: „Geh sterben.“

Claire erinnert sich an einen Roman des französischen Schriftstellers Richard Millet, in dem eine Frau mit vierundvierzig beschlossen hätte zu sterben: „Mit vierundvierzig: Das war für sie (oder für ihn!) das Alter, in dem eine Frau ihre Schönheit verliert und ihr *folglich* nichts anderes übrig bleibt, als sich umzubringen.“ Der Erzähler, ihr Liebhaber, hätte sie in ihrem Vorhaben begleitet, als sei es etwas Unvermeidliches, ebenso unausweichlich wie sein schwindendes Verlangen nach ihr: „Es ist eine Tatsache, immer, überall: Die Männer bringen den Frauen das Sterben bei. Von Norden bis Süden, ob fundamentalistisch oder pornografisch, es ist ein und dieselbe Diktatur. Nur in ihrem Blick zu existieren und zu sterben, wenn sie die Augen schließen.“

Claire verweigert das Unsichtbarwerden als weibliche Frühform des Sterbens und inkriminiert die sexistischen Konventionen, die selbst seriöse Medien tagtäglich reproduzierten: „Erbärmlich“, müsse sie in der Zeitung lesen, „dass Madonna mit fünfundfünfzig noch immer existieren will.“ Der französische Politiker Moscovici und seine dreißig Jahre jüngere Frau würden als „Die Schöne und der Minister“ gerühmt, während Macron als „Oma-verführer“ verhöhnt würde.



Camille Laurens Foto: Franck Ferville/VU/laif

Im Literaturhaus Berlin berichtet Camille Laurens von einer persönlichen Erfahrung, die in den Roman eingeflossen sei: „Du bist über fünfzig?“, habe ein Liebhaber fassungslos ausgerufen, als er das Alter der Autorin erfahren habe. Ihre Entgegnung – „Ich bin noch genauso alt wie gestern Abend!“ – habe seine Aversion nicht mildern können. Es habe ihn gewalttätig gemacht, heißt es im Roman, „dass er etwas nicht Begehrenswertes begehrt hatte.“

Claire Millecam bekämpft die ungleiche Aussicht im Alter(n) mit einer erfundenen Identität: dem Facebook-Profil der vierundzwanzigjährigen Claire Antunès. Mittels ihrer fiktiven Doppelgängerin bandelt sie mit Chris an, einem 35-jährigen Foto-

grafen, der sich in ein falsches Foto mit echter Stimme verliebt. Ein Betrugsgefühl kommt nicht auf: „Er liebte meine Stimme, er liebte meine Worte, meine Art zu denken, zu lachen, er sagte es mir, immer wieder. Und außerdem“, erklärt Claire ihrem Psychiater, „haben Sie es ja selbst gesagt: Ich bin auch schön. Blond, einverstanden, älter, einverstanden, aber liebenswert. Was soll also daran falsch sein?“

Was folgt, ist eine Meta-Erzählung, in der jede Geschichte, gemäß dem Matrjoschka-Prinzip, eine weitere und noch eine weitere enthält. Polyphone Erzählformen und -perspektiven, in denen sämtliche Beteiligten glauben, die anderen zu täuschen, und ihrerseits getäuscht werden, prallen aufei-

einander: „Die Vorstellung gefällt mir, die Vorstellung, dass man nicht alles schreibt, dass man auch geschrieben wird. Dass man es auch anders sehen kann. Dass es auch anders sein kann.“

Der Roman, in Frankreich bereits 2016 unter dem Originaltitel „Celles que vous croyez“ veröffentlicht und im Jahr 2019 mit Juliette Binoche in der Hauptrolle verfilmt, kreiert ein Labyrinth aus Wirklichkeit und Möglichkeit: Jeder Erzählteil – neben Claire kommen ihr Psychiater, eine Schriftstellerin, die in der Psychiatrie eine Schreibwerkstatt leitet und Claires Ex-Mann zu Wort – enthält zuverlässige und unzuverlässige Anteile. Interessanter als die Auslotung von wahr oder falsch scheint die Frage nach der Beziehung von Realität und Fiktion: Welche Formen nimmt das Erzählen, insbesondere das Erzählen von sich, in so unterschiedlichen Dispositiven (die Foucault'sche Diskursanalyse) wie einem therapeutischen Gespräch, einem Facebook-Profil, dem Schreiben eines Romans, dem Brief einer Schriftstellerin an ihren Verleger oder einer Zeugenaussage an? Welche Bedingungen bringen welche Art von Selbstdarstellung(en) hervor?

Für Camille Laurens, die seit 2020 als Nachfolgerin der Autorin Virginie Despentes Mitglied der Académie Goncourt ist, sind alle Menschen Romanautor:innen: „Wir alle sind, durch die permanente Fiktionalisierung unseres Lebens, durch unsere Lügen, unsere Arrangements mit der Wirklichkeit, durch unseren Wunsch, den anderen zu besitzen, zu dominieren, zu beherrschen, wir alle sind potenzielle Romanciers. Wir alle erfinden unser Leben.“ Dementsprechend ambivalent steht Laurens der Verwendung des – immer noch hauptsächlich für Schriftstellerinnen gebrauchten – Gattungsbegriffs der „Autofiktion“ gegenüber: „In französischen Medien wird der Begriff häufig zur Geringschätzung des Schreibens von Frauen missbraucht: nichtliterarisch, narzisstisch, nabelschauend; Hausfrauen, die ihre kleinen Geheimnisse ausplaudern.“ Für Autoren, die ebenfalls eindeutig autofiktional schreiben würden, Philippe Sollers oder Emmanuel Carrère, würde er hingegen nie verwendet.

Camille Laurens: „So wie du mich willst“. Aus dem Französischen von Lis Künzli. dtv Verlag, München 2023, 208 Seiten, 23 Euro.

taz shop

Gut aufbewahrt



Apothekeglas. Schützt trockene Lebensmittel stilvoll vor Feuchtigkeit, Geruch, Licht und Motten. Produziert in einer europäischen Glashütte mit langer Tradition. Von Bottles und Glashaus.

Artikel-Nr.

11873 1 Liter. Für Mehl, Reis oder Kaffee Mit Schraubverschluss, durch die große Öffnung einfach zu reinigen. € 8,50

13211 100 ml. Eignet sich nicht nur für Aspirin, sondern auch zur Lagerung von losem Tee oder lichtempfindlichen Gewürzen. In rund und eckig. € 8,50



TOM-Dose. Manche Dinge verträgt der Mensch nur in kleinen Dosen: etwa Ruhm, Geld oder Sonne. Wenn die Dose so hübsch ist wie diese, ist das aber gar nicht schlimm. Aus Weißblech mit glänzendem Schutzlack und Scharnierdeckel.

Maße: B 19,2 x H 7,8 x T 12,6 cm.

Artikel-Nr. 11684, € 7,50



Brotbox. Der Ein-Raum-Klassiker, ideal für Pausenbrote. Spülmaschinenfest, nicht isolierend, nicht auslaufsicher. Von Eco Brotbox. Maße: B 13 x H 4,5 x T 13 cm. Volumen: 0,5 l.

Artikel-Nr. 11256, € 17,95



taz-Kaffeedose. Ein gutes Team: Der Panter bewacht das Kaffee-pulver, der Bügelverschluss das Aroma. Die tazpresso-Dose aus Blech ist luftdicht, lichtundurchlässig und angemessen groß – so bleiben auch Vieltrinker wach. Maße: H 16 cm, Ø 11 cm. Inhalt: für 500 g.

Artikel-Nr. 12296, € 8,50

Vorratsdose. Macht Hamster neidisch: Die stapelbare Aufbewahrungsdose aus Emaille eignet sich nicht nur für Lebensmittel. Mehrfach beschreibbar mit Wachsstiften oder Ölkreiden, spülmaschinenfest und aromaneutral. Deckel aus Eschenholz mit Silikonring. Komplett recycelbar und CO2-neutral hergestellt. Von Riess.

Artikel-Nr.

12686 **Groß.** Maße: Ø 13 cm, H 18 cm,

Volumen: 2,25 l. € 39,90

12683 **Klein.** Maße: Ø 13 cm, H 12 cm,

Volumen: 1,35 l. € 35,00



10 % Rabatt für taz-Unterstützer*innen | taz.de/shop | taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21 | 10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de

Ausgenommen sind bereits reduzierte Waren, Druckerzeugnisse, Wein, Gutscheine und Soli-Artikel.

medienticker

Pressefreiheit in Hongkong schlechter denn je

Der Zustand der Pressefreiheit in Hongkong ist nach Einschätzung des Journalistenverbandes HKJA so schlecht wie nie zuvor. In einer am Dienstag veröffentlichten Umfrage gaben mehr als 90 Prozent der befragten Journalisten an, dass die Pressefreiheit in der Sonderverwaltungszone durch das im März beschlossene Sicherheitsgesetz „erheblich“ beeinträchtigt werde. 94 Prozent beklagten, auch die strafrechtliche Verfolgung des Medienunternehmers Jimmy Lai richte „großen Schaden“ für die Pressefreiheit an. Lai wird auf Grundlage des 2020 von Peking verhängten sogenannten Sicherheitsgesetzes der Prozess gemacht. Besorgt äußerten sich die Befragten auch über das Verschwinden der Reporterin der *South China Morning Post*, Minnie Chan.

Das Hongkonger Sicherheitsgesetz wurde am 23. März verabschiedet und soll nach Angaben von Regierungschef John Lee die Lücken des 2020 von Peking erlassenen Gesetzes schließen. Dieses ermöglicht den Behörden ein hartes Vorgehen gegen alle Aktivitäten, die nach ihrer Auffassung die nationale Sicherheit Chinas bedrohen – und damit auch ein drakonisches Vorgehen gegen Kritiker.

Hongkong galt bis vor wenigen Jahren als Bastion der Meinungsfreiheit in China. Bei der Rückgabe der ehemaligen britischen Kronkolonie 1997 an China hatte Peking zugesichert, das Prinzip „ein Land, zwei Systeme“, das den Menschen zahlreiche Bürgerrechte zusicherte, 50 Jahre lang aufrechtzuerhalten. Dies hatte den Status Hongkongs als Wirtschaftszentrum von Weltrang gefestigt. (afp)

Meta legt Datenschutzstreit mit britischer Kartellaufsicht bei

Meta hat den Streit mit der britischen Kartellaufsicht um die Nutzung von Daten Werbetreibender beigelegt. Die Facebook-Mutter habe angeboten, bestimmte Daten nicht mehr zu nutzen, um sich keinen unfairen Vorteil zu verschaffen, teilte die Behörde am Dienstag mit. Durch diese zusätzlichen Zugeständnisse werde kein Werbetreibender auf den konzerneigenen Plattformen wie Facebook und Instagram schlechter gestellt werden. Zunächst hatte Meta nur die Möglichkeit geboten, in den Einstellungen einer Nutzung ihrer Daten zu widersprechen. (rtr)

Russland gegen RAI

In zwei recht unterschiedlichen Fällen passt dem Moskauer Außenministerium nicht, wie Reporter:innen der italienischen RAI aus dem Frontgebiet um Kursk berichten

Aus Rom **Michael Braun**

Russlands Truppen kämpfen nicht nur auf den Schlachtfeldern der Region Donezk in der Ukraine sowie vor Kursk im eigenen Land. Das Putin-Regime macht jetzt einen neuen Nebenkriegsschauplatz auf und zieht gegen Italiens staatlichen Fernsehsender RAI zu Felde.

Das erste Verbrechen der RAI: Am 14. August hatte die Kriegsreporterin Stefania Battistini gemeinsam mit ihrem Kameramann Simone Traini ukrainische Truppen bei deren Vorstoß auf russisches Gebiet begleitet, als erstes ausländisches TV-Team überhaupt, und von dort einige Liveberichte abgesetzt. Die wutentbrannte russische Reaktion folgte auf dem Fuß.

Umgehend wurde Italiens Botschafterin in Moskau von dortigen Außenminister einbestellt. Sie bekam „entschie-

denen Protest“ zu hören, gegen das Wirken „eines italienischen Fernsenteams der RAI, das sich in russisches Territorium infiltriert hat, um einen terroristischen kriminellen Akt ukrainischer Militanter in der Region Kursk journalistisch zu begleit-

Am 14. August hatte die Kriegsreporterin Stefania Battistini ukrainische Truppen begleitet

ten“, hieß es auf der Website des Außenministeriums.

Damit waren die beiden RAI-Beschäftigten als Mittäter ausgemacht. Dies wurde endgültig klar, als aus Moskau die weitere Mitteilung erfolgte, gegen sie werde wegen Verstoßes gegen Paragraph 322 des Strafgesetz-

buches (illegaler Grenzübertritt) ermittelt und sie hätten wegen des von ihnen begangenen Verbrechens mit „angemessenen Maßnahmen“ zu rechnen.

Die RAI-Reporterin Battistini verwies ihrerseits auf den Artikel 79 der Genfer Konvention, wonach Journalisten in Kriegsgeländen als Zivilisten zu behandeln und zu schützen seien, unter der Bedingung, dass sie sich an Kampfhandlungen nicht beteiligen.

Nur wenige Tage später fand sich die RAI erneut im Moskauer Visier, diesmal wegen eines von dem Kriegsreporter Ilario Piagnerelli mit einem ukrainischen Soldaten geführten Interviews. Das Interview selbst liefert mit den einsilbigen Antworten des Soldaten eher bescheidene Erkenntnisse: „Sind die Truppen bei Kursk 10 oder 30 Kilometer vorgedrungen?“ „30.“ Dennoch wird eines sofort klar: Vor der Kamera steht ein waschechter

Nazi. Auf seiner Basecap jedenfalls prangen vorn auf der Stirn die SS-Runen, ein Adlerkopf und das Eiserne Kreuz.

Maria Zakharova, Sprecherin des russischen Außenministeriums, ließ sich diese Steilvorlage nicht entgehen. „Ein gravierendes Verbrechen“ als der angeblich illegale Grenzübertritt der beiden anderen RAI-Beschäftigten liege hier vor, deklarierte sie in einem Telegramm-Post und setzte nach, „die westlichen Medien setzen sich weiter für die gezielte Rehabilitierung der ukrainischen Neonazis und für die Revision der Beschlüsse des Nürnberger Tribunals ein“. Ja mehr noch, „die italienischen Medien erinnern immer stärker an den *Völkischen Beobachter*“. Moskau warte jetzt auf „die offizielle Reaktion Roms“.

Die blieb zwar aus, dafür aber lieferte Piagnerelli seine ganz persönliche Reaktion. „Ich bedaure zutiefst, dass ich, wenn auch nur für wenige Sekunden, einen ukrainischen Soldaten zu Wort kommen ließ, der, wie ich erst nach Ausstrahlung der Reportage bemerkte, ein Nazisymbol trug“, ließ er wissen. „Ich bin mit einem Opa aufgewachsen, der Partisan war, einer jener echten Partisanen, die heute keinerlei Zweifel bei der Unterscheidung zwischen Invasoren und von der Invasion Betroffenen, zwischen den Widerstand Leistenden und den Besatzern hätten“, fügte er hinzu.

In der italienischen Politik mehren sich jetzt die Stimmen, die Regierung in Rom solle ihrerseits den russischen Botschafter einbestellen, um formalen Protest gegen Moskaus Kampagne gegen die RAI einzulegen. Vorerst aber hat nur die Senderspitze reagiert. Sie beorderte Stefania Battistini und Simone Traini aus der Ukraine zurück nach Rom, „zu ihrer Sicherheit und ihrem persönlichen Schutz“, wie der Senderchef Roberto Sergio wissen ließ.

16. August, Russland, Sudscha. Von dort hatte das italienische TV-Team der RAI berichtet. Foto: Uncredited/ap/dpa



ARD

- 12.00 Tagesschau
- 12.10 Mittagmagazin
- 14.00 Tagesschau
- 14.10 Rote Rosen
- 15.00 Tagesschau
- 15.10 Sturm der Liebe
- 16.00 Tagesschau
- 16.15 Nachtstreife (4/6)
- 17.00 Tagesschau
- 17.15 Brisant
- 18.00 Gefragt – Gejagt
- 18.50 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Der Usedom-Krimi
- 21.45 Das Klima im Kohleland
- 22.15 Tagesthemen
- 22.50 extra 3
- 23.35 Inas Nacht
- 0.35 Tagesschau
- 0.45 Der Usedom-Krimi
- 2.20 Kommissar Pascha

ZDF

- 12.00 heute
- 12.10 Mittagmagazin
- 14.00 heute – in Deutschland
- 14.15 Die Küchenschlacht
- 15.05 Radsport: Deutschland-Tour
- 17.00 heute
- 17.10 hallo deutschland
- 18.00 SOKO Stuttgart: Vater gesucht. D 2022
- 19.00 heute
- 19.25 Notruf Hafenkante
- 20.15 Wuff – Folge dem Hund. Romantikkomödie, D 2018. Regie: Detlev Buck. Mit Emily Cox, Johanna Wokalek
- 22.00 heute-journal
- 22.30 Am Puls
- 23.15 Signora Volpe (3/3): Trug & Trüffel. GB 2022
- 0.40 heute journal update
- 0.55 Mit Harpunen schießt man nicht
- 2.25 Merz gegen Merz – Hochzeiten

RTL

- 12.00 Punkt 12
- 15.00 Barbara Salesch
- Strafgericht

- 16.00 Ulrich Wetzler Strafgericht
- 17.00 Verlag mich doch!
- 17.30 Unter uns
- 18.00 Explosiv – Magazin
- 18.30 Exklusiv – Star-Magazin
- 18.45 RTL Aktuell
- 19.05 Alles was zählt
- 19.40 Gute Zeiten, schlechte Zeiten
- 20.15 Ich bin ein Star – Showdown der Dschungel-Legenden
- 22.30 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach
- 22.45 RTL Direkt
- 22.55 Ich bin ein Star – Die legendäre Stunde danach
- 23.20 stern TV Spezial
- 0.05 RTL Nachtjournal
- 0.40 Ich bin ein Star

SAT.1

- 16.00 Auf Streife
- 17.00 Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt
- 18.00 Notruf
- 19.00 Die Landarztpraxis
- 19.45 SAT.1: newstime
- 20.15 99 – Wer schlägt sie alle? (2/7)
- 23.00 Das große Allgemeinwissenquiz (2/5)
- 1.25 99 – Wer schlägt sie alle?

Pro 7

- 12.20 Two and a Half Men
- 14.10 The Middle
- 15.05 The Big Bang Theory
- 17.00 taff
- 18.00 ProSieben: newstime
- 18.10 Die Simpsons
- 19.05 Galileo
- 20.15 Beauty and the Nerd
- 22.50 Forsthaus Rampensau
- 1.30 Beauty and the Nerd

KI.KA

- 8.10 Zacki und die Zoobande
- 8.30 Die Biene Maja
- 9.00 Heidi
- 9.45 Wir sind die Dorfbande
- 10.20 Belle und Sebastian
- 11.10 Lassie

tagestipp

Western waren nie ganz weg beziehungsweise kommen immer wieder, seit einiger Zeit heißen sie nun Neo-Western, früher auch Spaghetti- oder Spät-Western. Dieser hier mit Tommy Lee Jones und Cate Blanchett als resolute Maggie, die extra für die Rolle reiten lernte, ist wichtig und sehenswert.

„The Missing“, ZDF Neo, 23.25 Uhr



- 12.15 H2O – Abenteuer Meerjungfrau
- 13.05 krass nass! Die Tigerenten Club Sommerspiele
- 13.30 logo!
- 13.40 Tiere bis unters Dach
- 14.10 Schloss Einstein
- 15.00 H2O – Plötzlich Meerjungfrau
- 15.45 Mia and me – Abenteuer in Centopia
- 16.35 Der kleine Prinz
- 17.00 Simsalagrinn
- 17.25 Yakari
- 17.50 Pinocchio im Zauberdorf

- 18.15 Feuerwehrmann Sam
- 18.35 Löwenzähnen – Eine Schnüffelnause auf Entdeckungstour (8/9)
- 18.50 Unser Sandmännchen
- 19.00 Die Schlümpfe
- 19.25 Löwenzahn
- 19.50 logo!
- 20.00 KiKA Live
- 20.10 Checkpoint
- 20.35 Ansage!

ARTE

- 8.10 Stadt Land Kunst
- 9.00 Leben aus dem All!

- 11.50 Geschichte schreiben
- 12.10 Büffelmozzarella aus Italien – Die dunkle Seite der Delikatesse
- 12.40 Stadt Land Kunst
- 14.15 Mord im Mittsommer (1/3): Heute Nacht bist du tot. S 2014
- 15.00 Mord im Mittsommer (2/3): Heute Nacht bist du tot. S 2014
- 15.45 Mord im Mittsommer (3/3): Heute Nacht bist du tot. S 2014
- 16.30 Mord im Mittsommer: Scheinwelten. S 2020
- 18.05 Chinesen in aller Welt
- 18.35 Mikrosen – Die wahren Herrscher der Erde (2/2)
- 19.20 Arte Journal
- 19.40 Hype ums Baby – Schwangerschaft als Business
- 20.15 Schulgeschichten (1–2)
- 21.45 Ehrliche Leute (1–6/6)
- 2.45 Ground Control

3SAT

- 18.15 Faszination Afrika (5/5)
- 19.00 heute
- 19.20 Mein Edinburgh
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Glücksfall Sonne – Leben aus Licht und Energie
- 21.00 scobel
- 22.00 ZIB 2
- 22.25 Anon. Mysterythriller, GB/CDN/USA/D 2018. Regie: Andrew Niccol. Mit Clive Owen, Amanda Seyfried
- 23.55 Mein Neapel
- 0.25 10vor10
- 0.55 Das Dorf der Islandpferde
- 1.25 Faszination Afrika (1/5)
- 2.10 Faszination Afrika (2/5)
- 2.55 Faszination Afrika (3/5)
- 3.35 Faszination Afrika (4/5)

BAYERN

- 18.00 Abendschau – Das bewegt Bayern heute
- 18.30 BR24
- 19.00 mehr/wert
- 19.30 Dahoam is Dahoam
- 20.00 Tagesschau

- 20.15 Gipfeltreffen (4/6)
- 21.00 dreizeins
- 21.45 BR24
- 22.00 Vereinsheim Schwabing
- 22.45 Z'am rocken
- 23.45 Wo bist Du, João Gilberto?
- 1.30 Startrampe COVERED
- 2.00 MODULAR Festival 2024

SWR

- 18.00 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 18.15 SWR Landesschau Rheinland-Pfalz
- 19.30 SWR Aktuell Rheinland-Pfalz
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wer weiß denn sowas XXL
- 23.25 Vogelperspektiven
- 0.55 Die härtesten Jobs von damals – Florian Weber schufft sich durch die Geschichte (3/3)
- 1.40 Treffpunkt
- 2.10 Reisetipp Südwest
- 2.25 Kaffee oder Tee

HESSEN

- 18.00 Maintower – News & Boulevard
- 18.25 Brisant
- 18.45 Die Ratgeber
- 19.15 alle wetter
- 19.30 hessenschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Europa Open Air des hr-Sinfonieorchesters und der Europäischen Zentralbank
- 22.15 „Divi“ – Shéléa & hr-Bigband – Europa Open Air 2024
- 23.15 hessenschau
- 23.30 Wolfgang Nieddeckens BAP: Zeitreise – Live im Sartory
- 1.00 Ein Hauptgewinn für Papa
- 2.30 Sexuell verfügbar (3/5)

WDR

- 18.00 WDR aktuell / Lokalzeit
- 18.15 Servicezeit
- 18.45 Aktuelle Stunde

- 19.30 Lokalzeit
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Wunderschönl
- 21.45 WDR aktuell
- 22.15 Nord bei Nordwest: Dinge des Lebens. D 2020
- 23.45 Nord bei Nordwest: Ein Killer und ein Halber. D 2019
- 1.15 Morden im Norden: Der Pudelkaiser. D 2013
- 2.00 Lokalzeit aus Köln
- 2.30 Lokalzeit

NDR

- 18.00 Ländermagazine
- 18.15 Fritten, Fische, frische Brise: Hochsaison an der Nordseeküste
- 18.45 DAS!
- 19.30 Ländermagazine
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Syllt, das Blumenmädchen und der Damm
- 21.45 NDR Info
- 22.00 Der Bozen-Krimi: Verspieltes Glück. D 2022
- 23.30 Großstadtrevier: Der Master. D 2017
- 0.20 Hamburg Transit: Blondinen im Schussfeld. D 1971
- 0.45 Hamburg Transit: Der tolle Erno. D 1971
- 1.10 Der Bozen-Krimi: Verspieltes Glück. D 2022

RBB

- 18.00 DER TAG in Berlin & Brandenburg – mit rbb24, Sport und Wetter
- 19.30 rbb24 Abendschau
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 Bezaubernde Lügen. Komödie, F 2010. Regie: Pierre Salvadori. Mit Audrey Tautou, Nathalie Baye
- 21.55 rbb24
- 22.10 Die Heiland – Wir sind Anwalt
- 23.00 Die Heiland – Wir sind Anwalt
- 23.50 Concerned Citizen. Sozialdrama, ISR 2022. Regie: Idan Hageul. Mit Shlomi Bertonov, Ariel Wolf
- 1.10 Schätzen, bieten, bangen

MDR

- 18.10 Brisant
- 19.00 MDR Regional
- 19.30 MDR aktuell
- 19.50 Der schönste Sommer meiner Kindheit (4/5)
- 20.15 Lebensretter
- 21.00 Visite
- 21.45 MDR aktuell unterwegs
- 22.10 artour – Das Kulturmagazin des MDR
- 22.40 Kirche und die AfD
- Zwischen Glaube und Politik
- 23.10 The Unanswered Ives
- 0.05 Gleich fassen wir die ganze Welt! – Musik vom Beginn des Radiozeitalters
- 1.15 Lebensretter
- 1.55 Visite

PHOENIX

- 12.30 phoenix plus
- 14.00 phoenix vor ort
- 14.15 Wie Sachsen zerreißt Eva Schulz über Sachsens zwei Gesichter (2/3)
- 14.45 Ich mache mich bereit Michael wird Reservist bei der Bundeswehr
- 15.00 Hart an der Grenze – Geschichten aus Zittau
- 16.30 Wut. Eine Reportage aus dem zornigen Osten
- 17.15 Schmelztiegel Spitzbergen – Wie viel Freiheit ist erlaubt?
- 17.30 phoenix der tag
- 18.00 Altbau Mieten – Wohnung verzweifelt gesucht
- 18.30 Ständige Vertreter – Die Bonner Kanzler und wie sie uns bis heute prägen
- 19.15 Geheimnis Bonner Regierungsviertel
- 20.00 Tagesschau
- 20.15 iHuman – Fluch und Segen von KI
- 21.00 Dokumentation
- 22.15 Die Windsors – Geschichte einer Dynastie (2/6)
- 23.00 phoenix der tag
- 0.00 Dokumentation
- 2.00 Leben unter Bäumen
- Ein Jahr im Wald (2/3)



Vorsicht, Pokal könnte kontaminiert sein!
Jannik Sinner in Cincinnati
Foto: dpa

Sünder mit Clostebol

Die Nummer 1 der Tennis-Weltrangliste der Männer, Jannik Sinner, wurde zweimal positiv auf Doping getestet und doch freigesprochen. Wie kann das sein?

Von Jörg Allmeroth

Als Jannik Sinner am Sonntag das Masters-Turnier in Cincinnati gewann, feierten die PR-Bataillone der Tennistour und Grand-Slam-Veranstalter den Südtiroler mit einem Feuerwerk. „Sin-sational“ sei der Triumph des Weltranglistenersten gegen den US-amerikanischen Lokalmatador Francis Tiafoe gewesen, rechtzeitig vor dem letzten Grand-Slam-Turnier der Saison, den kommende Woche beginnenden US Open.

48 Stunden später sah die Tenniswelt ganz anders aus. Wer den Namen des 23-jährigen Frontmannes des Herrentennis googelte, bekam nun „Sinner Doping“ oder „Sinner gedopt“ oder „Sinner Dopingtest“ serviert. Und wie immer im Tennis hatten diese Schlagworte nichts mit Vorgängen zu tun, die ein paar Tage oder Wochen zurücklagen, sondern viele Monate. Genau: fast ein halbes Jahr. Damals war Sinner bei zwei Dopingtests durchgefallen, einmal während des Megaturniers in Indian Wells, einmal bei einer Kontrolle außerhalb eines ATP-Wettbewerbs.

Niemand erfuhr von den beiden Fällen, in denen Spuren des Steroids Clostebol entdeckt wurden. Nichts von den Einsprüchen, nicht von zwei vorübergehenden Suspensionen, nicht von einem langen Untersuchungsprozess. Erst als Mitte August eine unabhän-

gige Schiedsstelle Sinner freisprach, geriet die Affäre an die Öffentlichkeit. Und damit eine eigenwillig anmutende, abenteuerliche Geschichte. Denn zur Rechtfertigung trugen Sinners Beauftragte dies vor: Sein Fitnesstrainer Umberto Ferrara habe in Italien Trofodermin eingekauft, eine Creme zur Behandlung von Schnittwunden. Dann habe Sinners Physiotherapeut

„Du bist zweimal mit einer verbotenen Substanz erwischt worden, du solltest zwei Jahre raus sein“

Nick Kyrgios

Giacomo Naldi sich seinerseits eine Schnittwunde zugezogen und sich mit der Creme behandelt. Schließlich habe Naldi Sinner ohne Handschuhe mehrfach massiert und dabei mit Clostebol kontaminiert, das in der Salbe enthalten ist.

Sinner wurde nach den Dopingtests zweimal für sehr kurze Zeit vom Wettkampfgeschehen ausgeschlossen (4. und 5. April, 17. bis 20. April), aber nach Einsprüchen und Anhörungen vorerst wieder zugelassen – so wie es die nicht unumstrittenen Regularien im Tennis vorsehen. Während die International Tennis Integrity Agency (ITIA) das Verfahren vorantrieb, spielte Sin-

ner weiter. Allerdings pausierte er wegen körperlicher Probleme mehrfach, auch bei den Olympischen Spielen trat er nicht an.

Ein von der ITIA beauftragtes Expertengremium fand zuletzt Sinners Erklärungen glaubhaft. Nick Kyrgios, der streitbare Australier, sieht das allerdings nicht so: „Lächerlich. Du bist zweimal mit einer verbotenen Substanz erwischt worden, du solltest zwei Jahre raus sein.“ In der Tat sieht vieles nach einer Sonderbehandlung der Nummer eins aus.

Die Spielerorganisation ATP, geleitet von dem Italiener Andrea Gaudenzi, teilte derweil mit, es sei „ermutigend, dass Jannik Sinner weder Verschulden noch Fahrlässigkeit nachgewiesen werden konnte“. Man würdige die „unabhängige Bewertung der Fakten im Rahmen des Antidoping-Programms“, die es Sinner erlaubt hätten, weiter an Wettkämpfen teilzunehmen.

Amerikas führender Tennisjournalist, Jon Wertheim, wies auf die typischen Ungereimtheiten und dubiosen Verfahrensabläufe hin – ein monatlanges Versteckspiel, Intransparenz und „Ungleichbehandlung“ von angeklagten Spielern. Der deutsche Dopingexperte Fritz Sörngel zeigte sich skeptisch über die Erklärungen des Sinner-Lagers: „Ich halte es für unwahrscheinlich, dass das Clostebol in solchen Mengen durch die Haut eindringt, dass es im Dopingtest auffällt.“ Andere wiesen da-

raufhin, dass es im italienischen Sport ein großes Clostebol-Problem gebe, etwa im Basketball. Die weltweite Antidoping-Agentur WADA kündigte an, man werde genau prüfen, ob Einspruch eingelegt werde.

Für den Tenniskosmos ist die Causa Sinner trotz Freispruchs ein Imageschadensfall, der an die Affäre Marija Scharapowa erinnert. Die Russin war vor acht Jahren wegen Dopings mit Melodion erwischt und nach Geständnis gesperrt worden, erst kürzlich machte sie ihren früheren Manager verantwortlich.

Während Scharapowa damals am Ende ihrer Karriere stand, rückt mit Sinner ausgerechnet der Spieler in den kritischen Fokus, dem zugetraut wird, gemeinsam mit dem Spanier Carlos Alcaraz das Erbe der Großen Drei in seinem Sport anzutreten, das Erbe von Djokovic, Federer und Nadal. Anfang des Jahres hatte Sinner seinen bisher größten Coup mit dem Sieg bei den Australian Open gelandet, zuvor war er Ende 2023 mit dem italienischen Team Davis-Cup-Gewinner geworden. Sinner, der Naturbursche aus dem Pustertal, galt stets als bodenständig, unpräzise, natürlich – ein junger Mann mit einnehmendem Wesen, frei von jeder Arroganz oder Dünkelhaftigkeit. Nun allerdings wird er sich neuen Herausforderungen stellen müssen, etwa dem Kampf gegen latentes Misstrauen, gegen Zweifel von Fans und Beobachtern.



Elke Wittich
Erste Frauen

Toni Stone, die katholische Pitcherin

So hatten sich die Eltern der im Jahr 1933 zwölfjährigen Marcenia Lyle „Toni“ Stone das Ergebnis ihrer Konsultation mit dem Priester ihrer Kirchengemeinde sicher nicht vorgestellt: Statt dem Mädchen wie erhofft das Baseballspielen auszureden, stellte der Geistliche fest, dass es eine sehr talentierte Pitcherin war und empfahl ihr, beim gemeindeeigenen, in der katholischen Liga spielenden Jungsteam vorzusprechen. Toni wurde aufgenommen, aber der Trainer machte keine Anstalten, dabei zu helfen, ihre Fähigkeiten zu vervollkommen. Und so war sie wieder auf sich allein gestellt und versuchte zunächst, aus Büchern alles über ihren Lieblingssport zu lernen.

Mit 16 schaffte es Toni 1937 schließlich, bei einem semi-professionellen Team unterzukommen. Die Twin Cities Colored Giants waren allerdings nicht in einer Liga aktiv, sondern betrieben sogenanntes barnstorming, spielten also in eher abgelegeneren Städten Showkämpfe. Zwischen 2 und 3 Dollar verdiente Stone damals pro Auftritt, in der Hoffnung auf eine professionelle Baseballkarriere beendete sie schließlich ihre Schulausbildung vorzeitig.

Viel ist über ihr Leben während der nächsten Jahre nicht bekannt. 1946 zog Toni nach San Francisco, um sich um ihre kranke Schwester zu kümmern. Und spielte weiterhin in verschiedenen Teams Baseball. 1947 durchbrach Jack Robinson als erster schwarzer Spieler die „color line“, die seit den 1880er Jahren gegolten und Schwarze daran gehindert hatte, in der Major League Baseball zu spielen. Toni konnte davon allerdings nicht profitieren: Die All American Girls Professional Baseball League blieb weiterhin weißen Spielerinnen vorbehalten, offiziell mit dem Argument, dass Schwarze Frauen die geltenden Schönheitsstandards nicht erfüllten.

Im Jahr 1950 heiratete Stone den 40 Jahre älteren Aurelius Alberga, der als erster Schwarzer im Jahr 1919 eine Offiziersausbildung absolviert hatte. Er war nicht begeistert von der Baseball-Leidenschaft seiner Frau, hinderte sie aber auch nicht daran, 1953 als erste Frau einen Vertrag mit den Indianapolis Clowns, einem Team der sogenannten Negro League, zu unterschreiben.

Mit offenen Armen wurde sie aber auch dort nicht emp-

fangen: Der Teammanager empfahl ihr, sich besser aufs Kochen und Stricken zu konzentrieren, ein Gegenspieler verletzte sie einmal absichtlich mit seinen Spikes. Anfangs wurde ihr nahegelegt, statt der Teamuniform ein hübsches Kleid in den Vereinsfarben zu tragen, aber das lehnte sie rundheraus ab.

Dagegen, dass die Clowns sie aus Marketinggründen zehn Jahre jünger machten, hatte sie nichts, denn ihr ging es nur darum, endlich ihr Können zu präsentieren. Und sich den Respekt der Baseballwelt zu verschaffen: Ihre jahrelangen Erfahrungen mit „barnstorming“-Teams seien ihr im Umgang mit Machos schließlich zugutegekommen, erinnerte sie sich später.

Zu denen gehörten neben Hoteliers, die sie bei Auswärtsfahrten für eine im Bus mitreisende Prostituierte hielten, auch Journalisten. In der Zeitung *Jackson Advocate* hieß es über die Neuverpflichtung Stone: „Das jüngste masku-

„Das jüngste Unterfangen, das dem Vormarsch von Röcken zum Opfer fällt, ist das Baseballfeld“

„Jackson Advocate“, Zeitung

line Unterfangen, das dem Vormarsch der Trägerinnen von Röcken und Höschchen zum Opfer fällt, ist das Baseballfeld.“ Etwas später erkannte dagegen der *Miami Herald* an: „Sie gibt keinen Zentimeter nach, während sie Double Plays mit der Finesse von Jackie Robinson ausführt. Sie ist wendig und hat einen guten Baseball-Instinkt.“

Lange dauerte die Profikarriere der Baseballpionierin nicht, 1954 wurde ihr Vertrag an die Kansas City Monarchs verkauft, wo sie jedoch kaum zum Einsatz kam. Ein Jahr später zog Toni Stone zurück nach Kalifornien, wo sie als Krankenschwester arbeitete und ihren kranken Mann pflegte, bis er 1987 mit 103 Jahren verstarb. Nebenbei spielte sie in ihrer Freizeit weiter Baseball. Und sagte 1991 in einem Interview anlässlich ihrer Aufnahme in die Baseball Hall of Fame: „Auch Frauen haben Träume.“ Toni Stone starb 1996 im Alter von 75 Jahren.

Der Alte und sein Lieblingsrennen

Erste Woche der spanischen Radrundfahrt Vuelta: Primož Roglic scheint noch einmal auf

Aus Spanien Tom Mustroph

Dreimal hat Primož Roglic die Spanienrundfahrt bisher gewonnen, 38-mal trug er das Führungstrikot. Und auch bei dieser Ausgabe der Rundfahrt setzte sich der Slowene auf der ersten Bergetappe erneut an die Spitze. „Ich weiß auch nicht, warum das so ist, aber die Vuelta liegt mir einfach“, flachste er vor dem Start. In der Tat scheint es eine besondere Beziehung zu sein. Denn der Sieg des Kapitäns von Red Bull-Bora-hansgrohe verdankte sich nicht nur der eigenen Stärke. Die brauchte es natürlich, um auf der bis zu 20 Prozent steilen Rampe vom Pico Villuercas überhaupt mit vorn zu sein. Der Slowene profitierte aber auch vom Belgier Lennert van Eetvelt, der ein paar Meter vor dem Zielstrich im Glau-

ben, gewonnen zu haben schon einen Arm jubelnd hochriss. Dann schnellte aber noch Roglic vorbei. „Ein Anfängerfehler, ich ärgere mich auch darüber. Aber ich habe Roglic nicht kommen hören“, kommentierte der Belgier das Geschehen.

Roglic indes kann konstatieren, dass bei diesem Rennen das Glück auf seiner Seite ist. Das ist das starke Kontrastbild zur eminent unglücklichen Beziehung des Slowenen mit der Tour de France. Dort schied er in diesem Jahr früh aus wegen eines Sturzes. Auch 2021 und 2022 war das der Fall. 2020 schnappte ihm am vorletzten Tag Tadej Pogacar den Gesamtsieg weg. 2018 verdrängte ihn im Zeitfahren am vorletzten Tag Chris Froome vom Podium. Umso glücklicher ist Roglic jetzt, dass die Form nach dem Tour-Aus stimmt.

So ganz lassen sich Roglics Ambitionen und realistischen Erwartungen an sich selbst bei dieser Vuelta nicht einschätzen. Aufgrund der Sturzverletzungen bei der Tour ist er verbal nur bedingt optimistisch. „Ich hoffe, dass die Schmerzen im Verlauf der Rundfahrt weniger werden und die Form am Ende besser wird“, sagte er. Andererseits ließ er auf der 4. Etappe, der ersten Bergetappe dieser Rundfahrt, sein Team Tempo bolzen, als wolle er seine Rivalen zermalmen. Auf dem Gipfel wurde es dann aber knapp. Und Roglic gab zu Protokoll, dass es ihm ursprünglich gar nicht um den Etappensieg gegangen sei. „Das war nicht unser Hauptziel. Aber wenn man seine Jungs in der Hitze so hart arbeiten sieht, dann ist man froh, wenn man das vollenden kann“, meinte er.

Mit Glück und Können hat der 34-Jährige also die Teilpläne übererfüllt. Als besonders wertvoll durfte er verbuchen, dass sein mutmaßlicher Haupttrivale Sepp Kuss aus Colorado 28 Sekunden verlor und dass auch die starke UAE-Abteilung schwer durcheinander gewirbelt wurde. Aus dem Aufgebot der in Spanien ohne ihren Kapitän antretenden Pogačar-Helfer hielt lediglich der Portugiese Joao Almeida mit. Co-Kapitän Adam Yates verlor fast anderthalb Minuten und der als neues Radsport-„Wunderkind“ gefeierte Mexikaner Isaac Del Toro fast eine Minute.

Sein Lieblingsrennen ist Roglic also weiterhin zugeneigt. Die nächste Bergetappe gibt es am Sonntag. Nach drei Bergen der ersten Kategorie liegt das Ziel aber im Tal in Granada.

was alles nicht fehlt

Sportförderung Paris: Athleten, die bei den Paralympics in Paris für Deutschland antreten, werden ausnahmslos von der Deutschen Sporthilfe unterstützt. Im Schnitt sind die Sportlerinnen seit acht Jahren Teil des Förderprogramms. Insgesamt wurden die Athletinnen mit 8,4 Millionen Euro unterstützt. Das Geld wird von der Stiftung privat und ohne öffentliche Mittel finanziert.

Ersatz für Magdeburg: Manuel Zehnder – Torschützenkönig der Deutschen Handballliga – wechselt vom HC Erlangen zum deutschen Meister nach Magdeburg. Der 24-Jährige erhält einen Vertrag bis 2026. Bei den Olympischen Spielen in Paris hatte sich Magdeburgs Angriffsspieler Felix Claar verletzt und fällt für mehrere Monate aus. Zehnder sollte ein adäquater Ersatz sein.

Unverfälschte Urlaubsidylle

Von Jürgen Miedl

Ein alter Stall stand auf der Weide,
die saftgrün schien im Blütenkleide
gewebt aus feinsten Blumenseide.

Ringsum sah ich die Kühe grasen.
Im Felde saßen Hoppelhasen,
die Nasen rümpfend Möhren fraßen.

Ein Bauernpaar mit Sensen mähte,
als lauer Wind das Heu verdrehte
und ich im Hain ein Reh erspähte.

Ihr fragt: „Woher weißt du Tourist,
ob das nicht bloß Kulisse ist?“
Es roch authentisch: voll nach Mist.

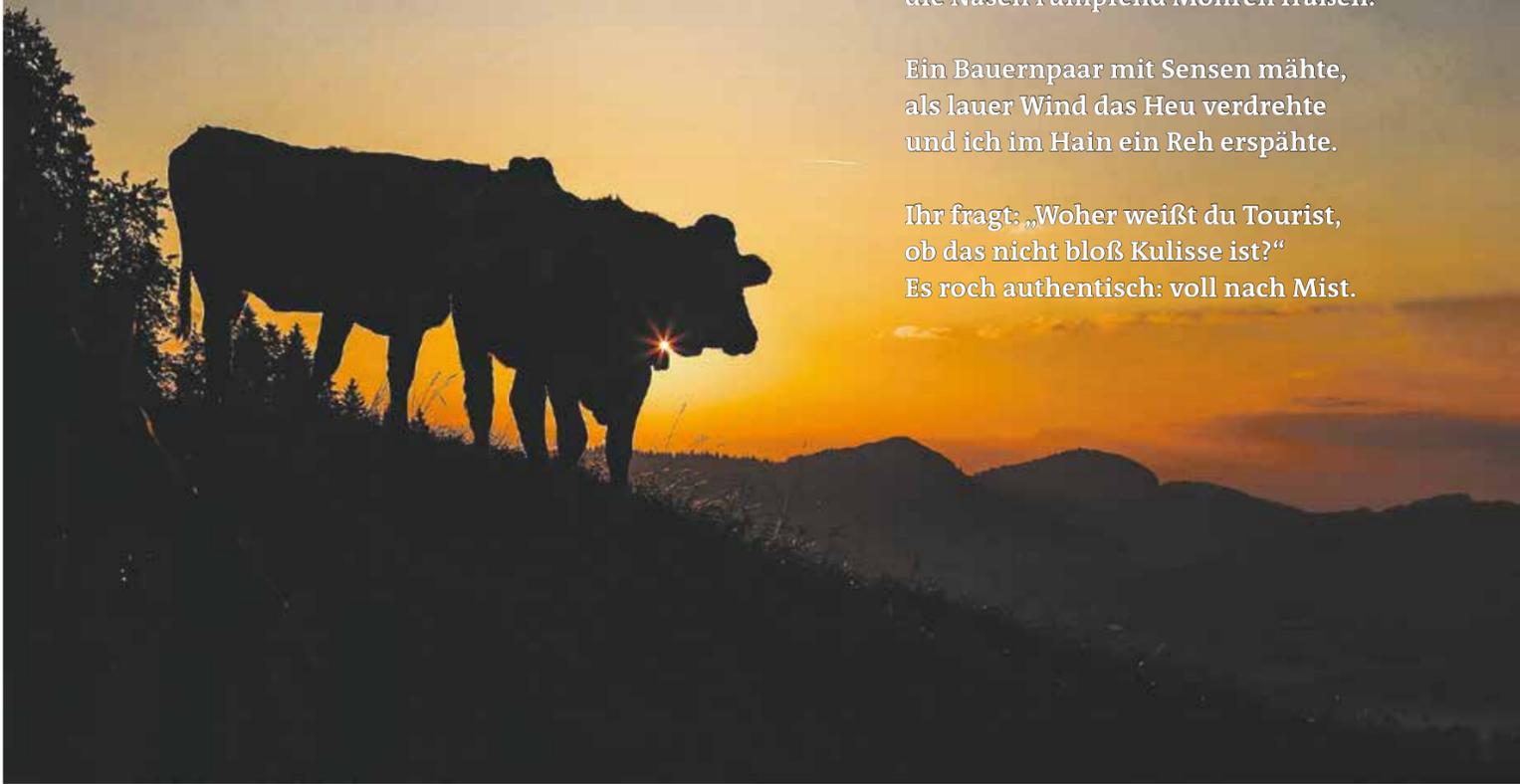


Foto: dpa



das wetter

Trick 17

Blütenweiß war ihre Wäsche, schlohweiß ihr Haar. Frau Antje fegte beglückt ihre Kemenate aus, so wie sie es einst von ihrer Frau Mutter gelernt hatte und die wiederum von ihrer Frau Mutter darin unterwiesen worden ward. Einzig ein winziger Wermutstropfen trübte das holde Glück Frau Antjes. Ihr war Trick 17 abhanden gekommen und nicht wieder aufgetaucht. Wo sie auch kramte und kuckte in ihrer Kemenate: Der Trick 17 entzog sich ihrer Kenntnis, ja, der Trick 17 zog es vor, unentdeckt zu bleiben. So ein Mist.

gurke des tages

„Lebenserwartung legt wieder zu – mit viel Luft nach oben“, meldete gestern die Ewigkeitsagentur dpa. Aber was ist das denn für eine flapsige Bemerkung? Das hätten wir nicht erwartet von einer seriösen Agentur wie dpa. Schließlich geht es um ein ernstes Thema: **Leben und Sterben**. Und wie hoch ist eigentlich „oben“? Bis in den Himmel? Reichen **500 Jahre**? Und was sagt der Sensenmann dazu? Soll er arbeitslos werden? Das Leben ist doch **keine Luftnummer!**

Renn, Björn, renn!

Schießwütige Skandinavier unterwegs

„Endlich wieder eine Bärenmeldung!“, hallte es gestern kurz vor Redaktionsschluss durch die weiten Hallen der Wahrheit-Redaktion. Allerdings blieb uns der erste Jubel schnell im pelzigen Hals stecken, handelte es sich doch um eine zutiefst traurige und hochgefährliche Nachricht: „Bärenjagd in Schweden beginnt“, meldete am Mittwoch die Flinten-und-Büchsen-Agentur dpa. Demnach dürfen bis zum 15. Oktober 2024 in Schweden 486 Bären ermordet werden, wie die schwedische Umweltschutzbehörde Naturvårdsverket mitteilte. Seit gestern wurden bereits in den ersten Stunden mehr als 70 Petze getötet. Diesen Schock muss-

ten wir alten Bärenfreunde erst einmal verdauen, um dann umso lauter und eindringlicher „Björn“, wie der Bär auf Schwedisch heißt, vor den mordlüsternen Gesellen mit ihren Bärenhörnern zu warnen: Renn, Björn, renn! Und bring dich notfalls in Richtung Süden in Sicherheit. Nimm die Fähre nach Travemünde oder Rostock. Halt am besten den dicken Daumen auf der Autobahn raus und fahr als Anhalter weiter, denn leider ist auf die Deutsche Bahn wenig Verlass. Komm schleunigst nach Berlin ins Wahrheit-Kontor. Hier, Björn, bist du garantiert sicher. Zur Begrüßung gibt es auch ein herrlich süßes Honigbier. Bear-Refugees welcome.

Hamstern bis ultimo

Niedersachsen machen ganz dollen Sachen

Bevor wir zur Nachricht des Tages aus der niedersächsischen Steppe kommen, hier eine letzte Durchsage: Achtung, Achtung, falls Sie Interesse gehabt hätten – der „Tierpfleger-Job für Mini-Hippo Toni“ im Zoo ist wohl schon vergeben, wie wir dpa aus Berlin am Mittwoch entnehmen. Grund: Der Bewerberandrang für den „Bademeister des Zwergflusspferds“ ist jetzt schon riesig. Macht nichts, weil Sie könnten doch noch mit Hamstern arbeiten, denn: „Endlich, endlich wieder eine Hamstermeldung!“, schallte es kurz vor knapp durch die luftigen Wahrheit-Hallen. Wenn auch nur eine Feldhamster- und keine Goldhamstermeldung, aber lesen Sie selbst: „Erstes Projekt zur Wiederansiedlung von Feldhamstern in Niedersachsen“, teilte der Göttinger epd mit. Demnach sind „24 Tiere auf einer vorbereiteten Fläche zunächst noch unter großen Schutzkäfigen ausgesetzt worden“, so die Heinz-Sielmann-Stiftung zum Auftakt einer „langfristigen Wiederansiedlungsaktion für die vom Aussterben bedrohten Tiere“. Die nagenden Racker „erhalten zum Start vorgebohrte Löcher im Boden, Einstreu in die Baue, Wasserterschüsseln und Gemüse“. Fazit: Hamstern doch nicht nötig!



Feldhamsterackerfoto: imago



Bernd Giesecking

Übers Wasser gehen

Ich bin Ruderer. Ich sitze zwar inzwischen nur noch selten im Boot, aber früher war ich tatsächlich mal Leistungssportler, nicht sehr erfolgreich, aber begeistert.

Ich verdanke dem Rudern so viel, auch eine sehr frühe Alkoholpause, weil ich dachte, wir würden im Folgejahr Deutscher Meister werden, wenn ich das gesamte Wintertraining lang kein Bier und keinen Apfelkorn tränke. Dann verloren wir mit unserem Vierer das erste Rennen der Saison in Essen gegen irgendwelche Hünen aus dem Ruhrgebiet so haushoch, dass ich, kaum hatten wir die Zielinie durchfahren, wieder mit dem Trinken begann.

Seither gab es keine nennenswerten Trinkpausen, aber eben auch nie wieder die Illusion großer sportlicher Erfolge, sieht man vom Besteigen der Zugspitze vor drei Jahren mal ab, was mir aber tatsächlich gelang.

Rudern ist ein faszinierender Sport. Man sitzt in einem wackeligen, sehr schmalen Boot, rollt mit dem Sitz hin und her, hebt dabei nach dem Zug die Ru-

der aus dem Wasser, rollt wieder nach vorn, führt die Ruder über das Wasser zurück, setzt sie wieder ein, zieht durch, hebt aus und rollt wieder zum nächsten Schlag nach vorn.

Angefeuert vom Steuermann müssen die zwei oder vier oder acht Ruderer das absolut synchron durchführen, ohne dass das Boot wackelt oder ins Wasser hängen bleibt („Krebs gefangen“) – und das mit viel Kraft und gleichzeitig Eleganz. Eigentlich müsste es beim Rudern neben der Zeitmessung eine zweite technische Bewertungskategorie geben, ähnlich wie beim Synchronspringen.

Den ersten Ruderer meines Lebens sah ich im Vorspann der Kultserie „Die Zwei“. Zur Titelmelodie gab es eine kurze Szene, bei der Lord Brett Sinclair im Traditionsrennen Oxford gegen Cambridge mitfährt. Mein Idol war zwar der proletarische Tony Curtis als Danny Wilde, aber seither eiferte ich seiner Lordschaft nach. Und es lohnte sich. Ich war zuerst Steuermann eines Achters und kam bis zu

einer Regatta in Paris. Meine Freunde im Fußballverein fuhren nur durchs Kreisgebiet.

Nun trat mein alter Verein, der Bessel-Ruder-Club in Minden, vorigen Samstag auf dem Mittellandkanal in der Ruderbundesliga an. Motto: „Stark. Schnell. Gut.“ Auf einer Kanalinsel in der Mitte war das Ruderlager und ein VIP-Zelt. Und ich, der Ex-Steuermann und Vierer-Verlierer wurde zum VIP. Nach Ende der Rennen wurde die temporär installierte Steganlage quer über den Kanal gezogen. Schwimmelemente, „Jetfloat“ genannt, die aussahen wie die „Floating Piers“ der Verhüllungskünstler Christo und Jeanne-Claude im Jahr 2016. Hier und jetzt war das der Arbeitsweg für den Abbau.

Nach den Getränken des Nachmittags sah ich meinen ganz persönlichen Jesus-Moment vor mir. Ich schritt auf dem Steg von der Insel zum Ufer. Ich ging über Wasser. Über jenes Element, auf dem ich jahrelang im Boot schweißgebadet das Gleichgewicht gesucht hatte – wie nun wieder zu Fuß.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag.
Herausgeb.: taz die tageszeitung.
Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift:
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift:
Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23,
22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7,
28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21,
10969 Berlin, 030 | 25 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes:
Barbara Junge
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen: Sönke Tümmler
Berliner Lokalteil: Marie Frank | alle Berlin
Regionalteil Nord: Jan Kahlcke | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf:
taz-Anzeigenabteilung,
Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen:
Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter:
taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand:
Pascal Beucker, Redakteur |
Anne Fromm, Redakteurin |
Aline Lüllmann, Kauffrau |
Andreas Marggraf, Kaufmann |
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin
Aufsichtsrat:
Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld |
Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin |
Nina Schoenian, Kauffrau, Berlin

Druck: auf PALM Recyclingpapier: A. Beig
Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG,
25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck
Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg |
MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Aboservice: 030 | 25 902 590
9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr.
Fax: 030 | 25 902 680
E-Mail: abo@taz.de
Aboservice nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär
42,80 €



bundes **talk** 



bundestalk

Wendepunkt im Ukrainekrieg?

Mit dem Angriff auf Kursk wird der Krieg ins russische Territorium verlagert. Verändert das die Debatte in Deutschland? Darüber diskutieren **Bernd Pickert, Barbara Oertel, Anne Fromm** und **Stefan Reinecke**.

Jetzt hören!



Viel liegt im Dunkeln im Ankunftszentrum Tegel. Foto: Carsten Koall/dpa/picture alliance

IS-Freunde prügeln in Tegel? Egal!

Bei einem Massenangriff auf Kurden im Ankunftszentrum Tegel waren auch Sicherheitsleute dabei, sagen Betroffene. Die Strafverfolgungsbehörden wissen von nichts

Von **Susanne Memarnia**

Die Strafverfolgungsbehörden lassen keinen großen Eifer erkennen, einen offenbar islamistisch motivierten Massenangriff im Ankunftszentrum Tegel aufzuklären. Fast neun Monate nach dem Vorfall, bei dem arabische Flüchtlinge und Sicherheitsleute kurdische Bewohner bedroht und verprügelt haben, ist ein Ermittlungsverfahren wegen schweren Landfriedensbruchs eingeleitet, weil angeblich keine Täter ermittelt werden konnten. In einem weiteren Verfahren hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen einen Bewohner wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung abgeschlossen, erklärt ein Sprecher auf taz-Anfrage. Gegen ihn wird voraussichtlich bald Anklage erhoben.

Dass nach so langer Zeit nur ein Angreifer ermittelt werden konnte und dieser kein Sicherheitsmitarbeiter sondern ein Bewohner ist, verwundert. Drei der Opfer, mit denen die taz gesprochen hat, sagen, sie könnten auf jeden Fall mehrere Angreifer, auch unter den Sicherheitsleuten, identifizieren, wenn man ihnen Fotos zeige. Dies sei jedoch bis heute nicht geschehen, die Polizei habe sie nur einmal schriftlich befragt, danach nicht wieder. „Ich würde sie erkennen, wir kannten die Männer ja“, sagt Ramazan Akdeniz, einer der Angegriffenen.

In der Nacht vom 26. auf 27. November 2023 kam es in einem der Großzelte, wo bis zu 360 Menschen auf engstem Raum untergebracht sind, zu einem Angriff auf kurdische Bewohner. Anlass war wohl die Beschwerde eines Kurden wegen nächtlicher Ruhestörung. Daraufhin gingen die Ruhestörer auf ihn los, kurdische Freunde kamen ihm zu Hilfe, doch die Angreifer wa-

ren viel mehr. Die drei Kurden, mit denen die taz sprach, sagen, die Angreifer seien Syrer gewesen, sie schätzen ihre Zahl auf 40 bis 60.

Diese hätten – teils mit Messern bewaffnet – die Schlafbereiche des Zeltes K1 sowie der Nachbarzelte durchsucht und kurdische Bewohnerinnen, auch Frauen und Kinder, heraus- und zusammengetrieben. Sie selbst und andere kurdische Männer hätten versucht, einen Schutzring um die Frauen und Kinder zu bilden. Die Angreifer hätten geschrien: „Was der IS nicht geschafft hat, machen wir jetzt!“ und „Wir reißen euch die Köpfe ab“, erzählt Akdeniz, seine Freunde Zana Aksu und Evren Çiçek bestätigen die Darstellung.

Alle drei sagen, dass anwesende Sicherheitsleute nicht eingegriffen hätten. Im Gegenteil: Etwa 20 von ihnen hätten ihre Westen ausgezogen – die Security in Tegel trägt zur Erkennung gelbe Warnwesten – und sich den Angreifern angeschlossen. Es habe mehrere Verletzte gegeben, eine Frau habe in Folge des Angriffs ihre ungeborenen Zwillinge verloren, berichtet Akdeniz.

Dass weder Polizei noch Staatsanwaltschaft davon wissen, dass Securitys mitgeprügelt haben, ist auch deshalb verwunderlich, als die Sicherheitsfirma infolge des Vorfalls drei Mitarbeiter entlassen hat. Dies erklärt ein Sprecher der Messe Berlin, die für die Bestellung der Security im Ankunftszentrum Tegel zuständig ist, auf taz-Anfrage.

Merkwürdig sei zudem, sagt Rechtsanwalt Yasar Ohle, der die drei hier zitierten Zeugen und weitere Opfer vertritt, dass weder Polizei noch Staatsanwaltschaft etwas davon gehört haben wollen, dass eine Frau infolge des Angriffs eine Fehlgeburt gehabt haben soll. Dies steht laut Ohle

in der Akte zum Verfahren gegen den einen Bewohner. Die Betroffene ist eine Freundin von Ramazan Akdeniz. Laut seiner Aussage leidet sie immer noch unter den Folgen.

Eine gründliche juristische Aufarbeitung des Falls wäre auch für die anderen Betroffenen wichtig, erklärt Rechtsanwältin Ohle. „Es sind ja die Kurden, die in Syrien gegen den IS gekämpft haben. Dass sie nun als Flüchtlinge in Berlin mit Sicherheitsleuten konfrontiert sind, die ideologisch dieser Gruppe nahe stehen, darf nicht sein.“

„Was der IS nicht geschafft hat, machen wir jetzt!“

Ramazan Akdeniz
über Drohungen der Angreifer

Auch Akdeniz, Zana Aksu und Evren Çiçek wollen nicht hinnehmen, dass der Angriff folgenlos bleibt. Zurzeit arbeiten sie an einem umfassenden Beschwerdebrief an das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten, in dem sie Konsequenzen aus dem Vorfall fordern. Dafür versuchen sie, weitere betroffene Tegel-Bewohner für eine Unterschrift zu gewinnen. Dies sei jedoch nicht einfach, sagt Aksu, der in der Türkei ein bekannter Journalist und Menschenrechtsaktivist ist, denn „einige Betroffene sind aufgrund der Aussichtslosigkeit ihrer Situation inzwischen in die Heimat zurückgekehrt“.

Akdeniz, Aksu und Çiçek wohnen inzwischen in anderen LAF-Heimen, dort sei es zumindest etwas besser als in Tegel. Über Tegel sagt Aksu: „Die Zustände sind schrecklich, nicht nur das

Essen ist grauenhaft. Es gibt sexuellen Missbrauch, sogar von Kindern, es gibt Drogenhandel – und die Security toleriert das alles oder macht mit.“

Die Missstände haben die drei Kurden so entsetzt, dass sie eine Gruppe gegründet haben, die sich für die Schließung des Ankunftszentrums einsetzt. Die Gruppe aus ehemaligen und aktuellen Tegel-Bewohnern sowie linken Aktivisten tagt monatlich. Bald soll es erste Aktionen geben, erklärt Akdeniz, der auch in der Türkei politisch aktiv war und deswegen – wie Aksu und Çiçek – fliehen musste.

Beschwerden über Missstände in Tegel gibt es, seit die Unterkunft auf dem alten Flughafengelände zu Beginn des Ukrainekrieges eingerichtet wurde. Aktuell leben dort 4.112 Ukrainer und 860 Asylbewerber, durchschnittlich für ein halbes Jahr. Über Übergriffe und Machtmissbrauch der Sicherheitsleute beklagen sich Bewohner immer wieder, so schrieben etwa im September 2023 130 Frauen aus der Ukraine einen Beschwerdebrief.

Auch der Zoll als zuständige Stelle für Schwarzarbeit wurde schon auf das Thema aufmerksam. Kurz nach dem Gewaltvorfall von Ende November und womöglich damit in Zusammenhang gab es eine Razzia bei der Sicherheitsfirma im Ankunftszentrum. Danach mussten 55 von 183 anwesenden Mitarbeiter ihren Dienst sofort beenden, weil ihnen die nötigen Qualifikationen fehlten. Die für die Sicherheit in Tegel zuständige Messe Berlin betont jedoch, die Zusammenarbeit mit der Firma Teamflex sei gut, man arbeite stetig an einer Verbesserung der Qualifikation der Mitarbeiter. Dessen ungeachtet laufe derzeit eine EU-weite Neuausschreibung der Sicherheitsdienstleistung.

Jonas Wahmkow schaut sich Bilder von Zeitungsleser:innen an

Ein Display aus Papier und Tinte

Das Smartphone ist im öffentlichen Raum allgegenwärtig. Ob in der U-Bahn, beim Warten, beim Essen, beim Gehen oder sogar in der Kneipe – überall sind Menschen in ihre Handydisplays vertieft, mit Kopfhörern im Ohr perfekt abgekapselt von der Außenwelt. Ach, wie schön war es im analogen Zeitalter, als Menschen ausgelassen in den Offis plauderten und ständig neue Freundschaften an der Bushaltestelle schließen. Oder?

Die Foto-Ausstellung „Zeitungsleser:innen“, die ab Mittwoch im Museum für Kommunikation zu sehen ist, zeigt: Das Bedürfnis, sich im Trubel der Großstadt für einige Minuten in eine andere, medienvermittelte Welt zurückzuziehen, gab es schon lange vor dem Smartphone. Drei Männer warten an einer Bushaltestelle; obwohl sie dicht beieinanderstehen, nehmen sie kaum Notiz voneinander und sind völlig in ihre Zeitungen vertieft. Diese 1985 in Westberlin aufgenommene Szene könnte auch von heute sein, wenn man die Zeitungen durch Smartphones ersetzen würde.

Rund 80 Fotografien des 2021 verstorbenen niederländischen Fotojournalisten Eddy Posthuma de Boer stellt das Museum in Mitte noch bis zum Januar aus. Über die Jahrzehnte fotografierte Posthuma de Boer Menschen beim Zeitunglesen. Die über fast alle Kontinente hinweg entstandenen Aufnahmen zeichnen ein gefühlvolles Bild einer ständig an Bedeutung verlierenden Medienpraktik.

Beim Betrachten der Bilder wird deutlich, warum das Smartphone die gedruckte Zeitung so einfach ersetzen konnte. Taxifahrer in New York, die mit geöffneter Fahrertür zeitunglesend auf Kunden warten. Ein Gondoliere in Venedig, der sich langgefläzt in seinem Boot eine Pause gönnt. Ein Geschäftsmann, der in einem verlassenen Fahrgeschäft hockend auf dem Dach eines Tokioter Hochhauses vermutlich dem Stress des Alltags entfliehen will, indem er ein paar Seiten durchblättert: Kurze, leicht verdauliche Informationshappen, die sich auch in eine Raucherpause quetschen lassen, und die allgegenwärtige Verfügbarkeit sind Qualitäten, mit der die Tageszeitung schon im Analogen hervorstach und die nun vom Smartphone perfektioniert wurden.

Doch das Zeitunglesen, auch das wird in der Ausstellung deutlich, hat ganz eine ganz eigene soziale Dimension. Es sind bis auf wenige Ausnahmen Männer, die Posthuma de Boer abgelichtet hat. Kein Zufall, denn zum Selbstbild des modernen Mannes gehört, über das politische Tagesgeschehen informiert zu sein. Wer am Stammtisch mitreden will, muss Zeitung lesen. Wer Zeitung liest, zeigt anderen, dass er mitreden kann.

Frauen hingegen müssen damals wie heute den überwiegenden Teil der Sorgearbeit, wie Kindererziehung oder Hausarbeit übernehmen. Für eine genüssliche Zeitungspause bleibt da häufig keine Zeit. Eine Aufnahme aus einem thailändischen Ladengeschäft aus den 1980er Jahren verdeutlicht diese Ungerechtigkeit: Während der Mann in die Lektüre vertieft ist, stillt die Frau das Baby.

Ob dem öffentlichen Zeitunglesen nachzutrauern ist, bleibt dabei jedem selbst zu überlassen. Wer weiß, vielleicht sehen wir in 30 Jahren eine Ausstellung über Smartphone-Zombies in U-Bahnen.

„Zeitungsleser:innen“, Ausstellung im Museum für Kommunikation, Leipziger Straße 16.

Anzeige

Rassismus führt zu Wahrnehmungsstörungen und verursacht Inkompetenz.



PRO ASYL
www.proasyl.de | DER EINZELFALL ZÄHLT.

Wegner: „Keine Denkverbote“

Sparkurs des Senats könnte auch zur Schließung der Komischen Oper führen

Von **Rainer Rutz**

Kai Wegner will nicht ausschließen, dass sich das Land Berlin von der Komischen Oper trennt. „Wir haben eine Situation im Landeshaushalt, die keine Denkverbote zulässt“, sagt der Regierende Bürgermeister am Mittwoch bei seiner Sommerpressekonferenz auf eine Nachfrage zur Zukunft des Opernhauses. Die schwarz-rote Koalition werde wie bei vielen anderen Posten im Haushalt auch hier schauen, „welche Einsparmöglichkeiten uns das bringt“. Es werde darauf, „zu gegebener Zeit Antworten geben“, so der CDU-Politiker.

Das Gebäude der Komischen Oper in Mitte ist ein Großsanierungsfall mit geschätzten Gesamtkosten von rund 450 Millionen Euro. Derzeit ist das Haus im Schillertheater in Charlottenburg untergebracht. Öffentlich kursierte bislang nur die Idee, angesichts des über 3 Milliarden Euro großen Haushaltsdefizits die bereits laufenden Arbeiten an der Oper zu stoppen. Die ebenfalls unter der Hand verbreitete Überlegung, gleich das komplette Haus abzustossen, schien eher indiskutabel. Nun also das Nicht-Dementi des Senatschefs.

„Allein eine solche Diskussion zu provozieren ist ein verheerendes Zeichen“, sagt Daniel Wesener, der Sprecher für Kulturfinanzierung der Grünen-Fraktion, zur taz. Die Idee kranke nicht nur daran, dass fraglich sei, „dass überhaupt jemand das Gebäude kaufen will, dann auch noch im unsanierten Zustand“. Ein Verkauf des Opernhauses Unter den Linden „ergäbe jenseits des damit verbundenen kulturpolitischen Desasters auch finanzpolitisch keinen Sinn“, so Wesener. Selbst wenn sich ein Käufer finde, werde damit allenfalls ein Einmaleffekt erzielt, der nicht zur dauerhaften Konsolidierung der Landesfinanzen beitrage.

Gleiches gelte für eine Verschiebung der Sanierung des Hauses auf den Sankt-Nimmerleins-Tag, so der Grünen-Politiker. Auch das bringe herzlich wenig. Zumal die Maßnahmen im kommenden Jahr ohnehin nur mit vergleichsweise geringen 10 Millionen Euro im Haushalt stehen. Richtig ins Geld geht die Sanierung erst in den Jahren nach 2027. „Aber man kennt das vom BER“, sagt Wesener. „Wenn man jetzt anfängt, die Maßnahmen zu strecken, dann wird es nach hinten raus nur noch teurer.“

Schauen und reden

Der Regierende selbst ist auf seiner Senatspressekonferenz bemüht, möglichst viel Optimismus zu verbreiten. Er starte jetzt „voller Elan in die nächsten Monate“, sagt Kai Wegner. Und bleibt dabei dann über weite Strecken unkonzert. Über Einsparungen beim kostenlosen Mittagessen für Grundschüler:innen will er mit der widerspenstigen SPD-Fraktion reden, über die Senkung von Standards bei Schulneubauten im XL-Maßstab werde es Gespräche mit der für den Bau zuständigen landeseigenen Howoge geben. Und bei den 3.000 Beratungsangeboten im Sozialbereich werde er sich mal anschauen, welche davon die Berliner:innen erreichen und welche vielleicht gestrichen werden könnten.

Deutlich wird Wegner nur bei dem Bereich, an den auch der Koalitionspartner SPD erklärtermaßen ranwill: die Verkehrsverträge, also vor allen Dingen die Zuwendungen für den Landesbetrieb BVG. Die Koalition, so Wegner, werde nun die Frage beantworten: „Was brauchen wir in den Verkehrsverträgen, um den Verkehrsfluss zu gewährleisten, um einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr zu haben?“ Verkehrsexpert:innen befürchten freilich, dass Wegners „Reingehen“ beim ÖPNV dem inzwischen ohnehin weniger attraktiven denn kaputten System den Todesstoß versetzen wird.

Getrübt Badepaß

Blualgen im Wannsee und Fäkalbakterien im Teufelssee: Für 11 Badestellen hat das Lageso Badewarnungen ausgesprochen. Was führt zu den Verunreinigungen?



Blualgen im stehenden Wasser am Berliner Wannsee
Foto: Peter Meißner/imagoo

Von **Martha Blumenthaler**

Verhältnismäßig ruhig war es am Dienstagabend im Strandbad Wannsee. Grund für die geringe Auslastung der sonst gut besuchten Badestelle ist eine Badewarnung wegen Blualgen. Überall sei darüber berichtet worden und man merke, dass jetzt weniger Leute kommen, sagt ein Mitarbeiter des Strandbads der taz. Es ist wie jedes Jahr: Spätestens Mitte August gibt es Warnungen wegen schlechter Wasserqualität. Denn bei hohen Temperaturen breiten sich Blualgen aus und produzieren Giftstoffe, die beispielsweise Übelkeit hervorrufen.

Ob ein See betroffen ist, hat mit seiner Anbindung zu tun, sagt Markus Venohr vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei. Der Wannsee etwa liegt am unteren Ende Berlins und bekommt sein Wasser aus dem gesamten Einzugsgebiet der Spree und so auch aus Kläranlagen und der Kanalisation. Die würden laut Venohr zwar in der Regel gut funktionieren, aber es ließe sich nicht vermeiden, dass gereinigtes Abwasser Phosphor und Stickstoff enthält. „Giftstoffe sind das nicht, aber sie liefern Nährstoffe für das starke Wachstum von Blualgen“, sagt der Experte.

Auf dem Weg bis in den Wannsee nimmt das Wasser von Spree und Havel zudem viel Stickstoff aus der Landwirtschaft auf. Dazu kommt Phosphor aus urbanen Quellen. Die Badegäste selbst

tragen mit ihren Ausscheidungen nur einen geringen Teil zu der Belastung bei, so Venohr.

Dagegen ist der Schlachtensee nicht an Spree und Havel angebunden, sondern wird vor allem vom Grundwasser gespeist. Das erklärt laut Venohr, warum es dort anders als beim nahegelegenen Wannsee keine Blualgen gibt. Denn der Boden, durch den das Grundwasser fließt, funktioniert wie ein Filter, wodurch weniger Nährstoffe ins Seewasser gelangen.

„Die Blualgenblüte ist zwar stark, aber nicht exorbitant“

Silvia Kostner, Lageso

Insgesamt sei die „Blualgenblüte“ dieses Jahr an den betroffenen Badestellen zwar stark, aber nicht exorbitant, sagt Silvia Kostner vom Landesamt für Gesundheit und Soziales, dem Amt, das die Badewarnungen herausgibt. Der zweite Grund für Warnungen ist ein erhöhter Gehalt von E-Coli-Bakterien. Die Fäkalbakterien kommen seltener vor als Blualgen. Derzeit gibt es sie im Teufelssee, bis vor Kurzem auch im Müggelsee.

Laut Venohr gelangt das Bakterium, das im menschlichen wie tierischen Darmtrakt lebt, über Starkregenniederschläge und das Überlaufen von Mischkanalisationen ins Wasser. In ei-

ner Mischkanalisation werden sowohl häusliches und gewerbliches Abwasser als auch Regenwasser von den Straßen gesammelt. Bei Starkregen fließt das ungereinigte Wasser in den Landwehrkanal oder die Spree. Das passiert in Berlin höchstens 20 Mal pro Jahr, auch wenn Messungen darauf hindeuten, dass die Starkregenniederschläge in den letzten Jahren durch den Klimawandel zugenommen haben, so der Wissenschaftler. Mischkanalisationen gibt es vor allem im alten Teil von Berlin, weshalb „die Seen im nördlichen Berlin, die nicht von der Spree durchflossen werden, häufig eine bessere Wasserqualität haben.“

Lageso-Sprecherin Küstner sagt dagegen, dass sich die gesundheitsschädlichen Fäkalbakterien im Teufelssee wegen der vielen Badegäste ausgebreitet haben. Dass die Nutzung einen Einfluss hat, bestätigt auch Venohr: „Jeder Mensch, der ins Wasser geht, hat noch minimale Kotreste an sich und das sind E.-coli-Bakterien enthalten. Jede Schwimmer*in gibt etwas ab, und, wenn extrem viele Leute schwimmen, dann kann es dazu kommen.“

Aktuell sind 11 Badestellen von Badewarnungen betroffen. Die „Bade-Ampel“ steht dort auf Gelb. Das bedeutet, dass das Lageso dort vom Baden abrät, verboten ist es nicht. Sicher vor Algen und Bakterien ist man laut Venohr in Seen außerhalb, die nicht direkt an der Spree oder Havel liegen.

Nach Demo-Video

Ermittlungen gegen Polizisten

Die Berliner Polizei ermittelt gegen einen Beamten der 36. Einsatzhundertschaft, der eine Frau am Rande einer propalästinensischen Demonstration am Samstag unvermittelt von hinten zu Boden gestoßen haben soll. Ein Video der Szene hatte sich am Wochenende in den sozialen Netzwerken verbreitet, inzwischen haben es mehr als 2 Millionen Nutzer*innen angeschaut. Es zeigt, wie sich der Polizist auf dem Gehweg der Leipziger Straße in Mitte von hinten der Frau nähert und ihr ohne Vorwarnung einen Stoß zwischen die Schultern versetzt, woraufhin sie zu Boden fällt. Anschließend wird sie abgeführt und gefesselt. Weshalb sie festgenommen wurde, ist unklar. Mutmaßlich hatte sie an der Demonstration teilgenommen, die kurz zuvor beendet worden war. Während und nach der Demo war es zu mutmaßlichen Straftaten durch Teilnehmende sowie gewaltsamen Festnahmen durch die Polizei gekommen. (taz)

Kita-Krise

Dauerkranke Erzieher:innen

Angesichts der Ergebnisse der diese Woche veröffentlichten Bertelsmann-Studie fordert die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi den Senat zu Verhandlungen über einen Entlastungstarifvertrag auf. Erzieher:innen in Berlin sind im bundesweiten Vergleich am häufigsten krank. Im Durchschnitt fallen Kita-Beschäftigte 36 Tage im Jahr aus, bundesweit sind es 30. „Es wird Zeit, dass sich die Politik endlich gesprächsbereit zeigt, damit Berlin nicht mehr das Schlusslicht der Krankenstände bildet“, sagt die Landesbezirksleiterin Andrea Kühnemann. Kernforderung ist ein tariflich festgelegter, deutlich verbesserter Personalschlüssel. Doch der Senat lehnte Verhandlungen mit der Begründung ab, Berlin würde aus der Tarifgemeinschaft der Länder fliegen. Die Untätigkeit des Senats „verheizt die noch arbeitsfähigen Erzieher:innen und produziert noch höhere Krankenstände“, kritisiert Gewerkschaftssekretärin Josephine Roscher. (taz)

was macht die bewegung?

Antifa, weil Staatsversagen

„Wer gegen die Nazis kämpft, kann sich auf den Staat nicht verlassen“, wusste schon Esther Bejarano. Die als „Baseballschlägerjahre“ bekannten 1990er Jahre sind ein Musterbeispiel dafür. Neonazis wüteten und die bürgerliche Politik baute das Asylrecht ab. Am Donnerstag feiert der Leftvision-Film „Schulter an Schulter, wo der Staat versagte“ Premiere, der sich mit der Antifabewegung dieser Zeit beschäftigt.

Donnerstag, 22. August, Freiluftkino Friedrichshain, Ernst-Zinna-Weg, 20.15 Uhr

100 Jahre Rote Hilfe

In der Klassengesellschaft wird immer dasselbe Spiel gespielt. Junge Menschen haben keinen Bock auf eine Welt der Ausbeutung und Unterdrückung – und dann kommt die Polizei und sperrt sie ein. Immerhin weiß jede:r linke Aktivist:in: Die Rote Hilfe wird zur Stelle sein. Um den Hundertsten zu feiern, gibt es Freitag (23. 8.) und Samstag (24. 8.) ein Festival mit Konzerten, einem Straßenfest und einer Ausstellung und Filmvorführung.

Konzerte: Fr. & Sa., SO36, Oranienstr. 190, 19 Uhr, Straßenfest: Sa., Rio-Reiser-Platz, 14 Uhr, Aus-

stellung/Film: Sa., Aquarium, Admiralstraße 1–2, 14 Uhr

Nordkiez in die Offensive

Die Gegend rund die Kreuzung Rigaer Straße und Liebigstraße ist im Fokus kapitalistischer Verdrängung. Das wollen sich die Bewohner:innen nicht gefallen lassen. Auf der Kundgebung „Reclaim Dorfplatz – gegen Kriminalisierung und Verdrängung“ wird es Redebeiträge zu aktuellen Fällen geben, anschließend wird der Film „Varieté Utopolis – Oder einige Meter Autobahn“ von Matthias Coers gezeigt.

Samstag, 24. August, Rigaer Str./Liebigstr., 20.30 Uhr



100 Jahre Rotfrontkämpferbund

1924 wurde der militante Wehrverband der KPD gegründet. Der Geschichte dieser antifaschistischen Organisation auf den Grund gehen wird ein Spaziergang und Vortrag mit dem Autor Bernd Langer. Nach einem Spaziergang entlang authentischer Schauplätze von der Volksbühne zum BAIZ gibt es einen Vortrag und Kaltgetränke.

Dienstag, 27. August, Volksbühne, Rosa-Luxemburg-Platz, 19 Uhr

Anzeige

steal you for a moment
Francisco Camacho & Meg Stuart

22.08.2024
23.08.2024
24.08.2024

radialsystem.de

Von Ulrike Wagener

Bei aller Freude über die Umbenennung der Petersallee im Wedding an diesem Freitag macht sich Mnyaka Sururu Mboro auch Sorgen. Der 72-jährige Aktivist bei Berlin Postkolonial rechnet damit, dass die Feierlichkeiten gestört werden. „Wenn ich die Rundgänge im Afrikanischen Viertel mache, kommen bis heute Leute zu mir und schreien mich an und beleidigen mich“, erzählt er.

Seit 40 Jahren setzt sich Mboro nach eigenen Angaben für die Umbenennung von Straßennamen ein, die Kolonialverbrecher ehren. „Als vor zwei Jahren die anderen Straßen im Afrikanischen Viertel umbenannt wurden und die Petersallee geblieben ist, war ich wirklich fertig“, sagt er. Doch nun ist es soweit: Am Freitag um 15 Uhr werden die Maji-Maji-Allee und die Anna-Mungunda-Allee eingeweiht. Zwei Stunden vorher findet ein Gedenkmarsch in Erinnerung an die gefallenen Widerstandskämpfer*innen im Maji-Maji-Krieg statt. Der Tag ist bewusst gewählt, der 23. August ist der Internationale Tag der Erinnerung an den Sklavenhandel und seine Abschaffung.

In den vergangenen Jahren haben Aktivist*innen diesen Tag für eine symbolische Umbenennung der M*Straße in Mitte genutzt. „Dass es in diesem Jahr wirklich eine Umbenennung gibt, ist toll“, sagt Anna Yeboah, Gesamtkoordinatorin des Projekts „Dekoloniale – Erinnerungskultur in der Stadt“ zur taz. Für sie ist damit eine große Transformation geschafft. „Das Afrikanische Viertel ist von einem kolonialen zu einem anticolonialen Viertel geworden.“

Ein Abschnitt der ehemaligen Petersallee wird nun an Anna Mugunda erinnern, eine Herero aus dem Widerstand gegen die Apartheid in Namibia. Der zweite Abschnitt ist nach Maji-Maji benannt, dem großen Widerstandskampf gegen die deutsche Kolonialherrschaft im damaligen Deutsch-Ostafrika (heute: Tansania ohne Sansibar, Ruanda, Burundi).

Dass im Wedding nun an den Widerstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft erinnert wird und nicht etwa an Nelson Mandela, ist in erster Linie dem langen Atem von Aktivist*innen und Initiativen wie der Dekoloniale, der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD), Each One Teach One (EOTO) und Berlin Postkolonial zu verdanken. „Straßennamen sind Stein gewordene Erinnerungskultur. Sie zeigen ganz klar, wen wir als Gesellschaft würdigen und wen wir außen vor lassen“, sagt Anna Yeboah.

Bezirksbürgermeisterin Stefanie Remlinger findet es „gut und richtig“, dass der Name Peters aus dem Berliner Straßenschild verschwindet. Das Thema Kolonialismus erfahre mit den neuen Namen einen Perspektivwechsel, so die Grünen-Politikerin. Sie dankt den zivilgesellschaftlichen Initiativen und bedauert „wirklich sehr, dass es so lange dauern musste“.

Anders als Neukölln wartete der Bezirk Mitte mit der Umbenennung, bis alle Gerichtsverfahren gegen eine Umbenennung abgeschlossen waren. Der Nachtigalplatz und die Lüderitzstraße wurden schon vor zwei Jahren in Cornelius-Fredericks-Straße und Manga-Bell-Platz umbenannt. Die letzte Klage gegen einen Abschnitt der Petersallee wurde im April abgewiesen.

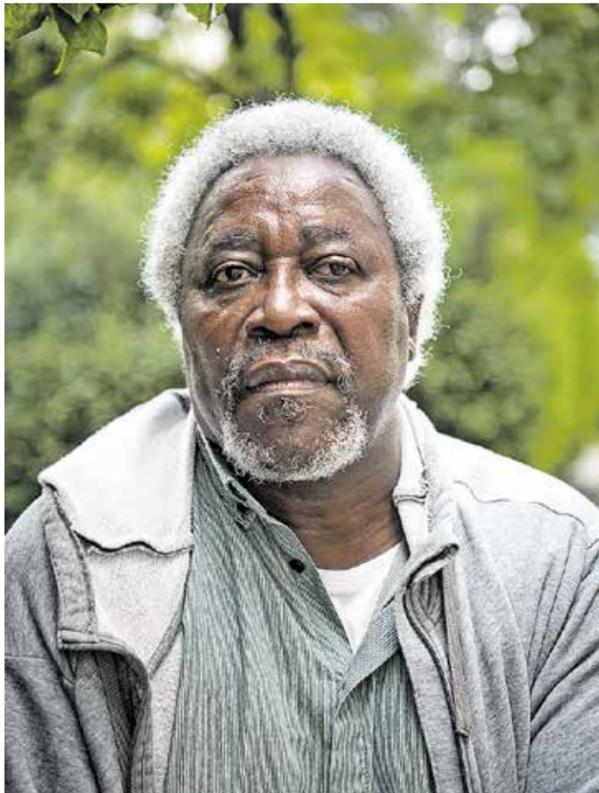
Auch für Mnyaka Sururu Mboro von Berlin Postkolonial ist die Umbenennung ein Erfolg.



Der Nachtigalplatz wurde schon umbenannt, nun folgt die Petersallee Foto: Sascha Steinach/imago

Ein antikoloniales Viertel

Am Freitag werden im Wedding die Maji-Maji-Allee und die Anna-Mungunda-Allee eingeweiht, ein Kolonialverbrecher muss weichen. Es ist die 8. von 11 Berliner Straßen, deren Umbenennung gefordert wurde



Seit 40 Jahren Aktivist: Mnyaka Sururu Mboro Foto: Stefanie Loos

„Aber ich bin nicht zufrieden. Es gibt überall in Deutschland immer noch Straßen, die die Namen von Kolonialisten tragen“, sagt er.

Mboro hat 1984 zum ersten Mal vom Afrikanischen Viertel im Wedding gehört, anlässlich eines Gedenkens an den 100. Jahrestag der Afrika-Konferenz. „Als ich gehört habe, wer da geehrt wird, war ich wirklich erschüttert“, sagt Mboro, der in Tansania geboren ist und 1978 zum Studium nach Deutschland kam.

Geehrt wurde Carl Peters, der 1884 die Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ durch Betrug und Zwang „begründete“. Unter Zeitgenoss*innen war er als „Hänge-Peters“ und „Blutige Hand“ bekannt. Wegen seiner grausamen Behandlung der Zivilbevölkerung wurde er 1897 seines Amtes enthoben. Das bedeutete al-

lerdings keineswegs eine Ablehnung seiner rassistischen und kolonialen Grundeinstellung. 1914 wurde er dann von Kaiser Wilhelm II. rehabilitiert und später von den Nazis glorifiziert. 1939 wurde die Straße im Wedding – wie viele andere im Deutschen Reich – nach ihm benannt. „Er wurde dort wegen seiner Brutalität geehrt“, sagt Mboro.

Schon 1984 forderte eine Schwarze Community in Berlin die Umbenennung der Straße. Unterstützt wurde sie damals von der Vorgängerorganisation der Grünen, der Alternativen Liste. Doch statt den Namen Peters aus dem Stadtbild zu tilgen, wurde die Straße 1986 lediglich umgewidmet. Sie sollte nun den CDU-Politiker Hans Peters ehren, der im Nationalsozialismus der Widerstandsgruppe Kreisauer Kreis angehört hatte. Die

Umwidmung wurde allerdings nie rechtskräftig.

Für Mboro und seine Mitstreiter*innen war das ohnehin keine gute Lösung. Anlässlich des Maji-Maji-Trauermarsches im Jahr 2005 nahmen sie den Kampf für die Umbenennung wieder auf. Doch es dauerte noch mehr als zehn Jahre, bis die Bezirksverordnetenversammlung in Mitte die Umbenennung 2016 beschließen sollte.

Eine Jury wählte damals aus 190 eingereichten Namensvorschlägen 6 zur weiteren Beratung aus. Darunter war auch Ana Nzinga, die einerseits Widerstand gegen die portugiesische Kolonialherrschaft leistete, als Königin des heutigen Angola jedoch am Sklavenhandel beteiligt war. Nach heftiger öffentlicher Kritik beschloss das Bezirksamt, eine wissenschaftliche Beratung hinzuzuziehen. Anfang 2018 wurden dann neue Vorschläge präsentiert.

Doch Maji-Maji wurde zunächst als „zu abstrakt“ verworfen. Die Widerstandsbewegung, die von 1905 bis 1907 gegen die deutsche Kolonialherrschaft kämpfte, ist nach einem „Zauberwasser“ benannt, das die Kämpfer*innen unverwundbar machen sollte. Deutsche Truppen nutzten damals die Politik der verbrannten Erde, zerstörten ganze Dörfer, Felder und Lebensmittelvorräte. Schätzungen zufolge wurden 250.000 bis 300.000 Menschen getötet, fast ein Drittel der Bevölkerung. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) bat im November vergangenen Jahres bei einem Besuch in Tansania um Verzeihung für die Gewalttaten der deutschen Kolonialherren. Als Genozid hat Deutschland diese bisher jedoch nicht anerkannt.

Viele Anwohner*innen waren mit den Umbenennungen im Afrikanischen Viertel nicht einverstanden. Es kam zu rund 1.200 Widersprüchen von 400 Einzelpersonen. „Viele versuchen so zu tun, als wäre die Kolonialgeschichte nicht passiert“, sagt Mboro. Aber es ist passiert,

also müsse darüber gesprochen werden. „Ich möchte, dass die jungen Generationen hier und in Tansania miteinander zu Frieden kommen.“

Anna Yeboah arbeitet gerade an einer dezentralen Ausstellung, die am 14. November er-

„Straßennamen sind Stein gewordene Erinnerungskultur“

Anna Yeboah, Projekt Dekoloniale

öffnet werden soll. Das Afrikanische Viertel soll dabei als Lern- und Erinnerungsort eine große Rolle spielen. „Wir wollen Wissen vermitteln zu den neuen Namensgebern, aber auch zu den alten“, sagt sie. Damit stellt sich das Projekt den Vorwürfen entgegen, mit den Umbenennungen werde „Geschichte getilgt“.

Ende des Jahres endet das Projekt „Dekoloniale – Erinnerungskultur in der Stadt“. Die Förderung durch den Senat wird nicht verlängert. Dass die Strukturen, die über einen langen Zeitraum aufgebaut wurden, nicht fortgeführt werden, können die Aktivist*innen nicht verstehen. Zwar wolle sich der Senat laut eigenen Angaben weiter mit dem Thema Kolonialismus in Berlin beschäftigen, sagt Yeboah. „Uns ist aber nicht klar, wie.“

Mboro und die anderen Aktivist*innen der Initiativen werden bleiben – und damit auch die Auseinandersetzung mit Rassismus und Kolonialismus. Von den elf Straßen, deren Umbenennung sie gefordert haben, wurden acht bereits umbenannt oder die Umbenennung zumindest beschlossen.

Für Christian Kopp von Berlin Postkolonial ist das eine „mutmachende Bilanz zivilgesellschaftlich-diasporischen Engagements“. Drei Straßen sind noch offen: Die Woermannkehe, die Ilitsstraße und die Lansstraße.

Anzeige

Staatliche Museen zu Berlin
Preußischer Kulturbesitz

Y

**Sommer
Kino**

→ Kulturforum am
Potsdamer Platz

taz Tickets und Programm **yorck.de**

berliner szenen

So ein Dreirad ist sicherer

Eine ältere Frau auf einem Elektro-Dreirad mit Helm fährt rasant an mir vorbei und parkt am Radständer vor dem Drogeriemarkt. Sie trägt einen Rock, darunter dicke Stützstrümpfe. Die Arme, solche Strümpfe in der Hitze, denke ich. Als sie absteigt, begegnen sich unsere Blicke. Sie nimmt den Helm ab und lächelt mich an. „Ist gut, was?“, fragt sie. Ich nicke und bleibe stehen.

„Das hat mir mein Sohn geschenkt. Weil ich nicht mehr Motorrad fahren soll. Ich dachte erst, dem geht's wohl nicht mehr gut, schenkt mir 'n Dreirad wie einem Kind. Aber dann – das fetzt ganz schön.“

Ich muss lachen, weil sie den Ausdruck „das fetzt“ verwendet wie aus den 80er Jahren. „Das glaube ich“, sage ich, „und es ist schon sicherer als ein Motorrad.“

„Na ja“, sagt die Frau. „Man wird eben alt. Es ist nicht das Gleiche wie auf dem Motorrad. Den Wind um die Nase spüren, sich in die Kurven legen – das war Freiheit. Ich habe erst mit 50 Jahren den Führerschein gemacht, wissen Sie, und dann bin ich nach meiner Trennung durch ganz Europa gefahren. Auf dem Motorrad.“ Sie hebt einen Zeigefinger. „Ganz allein.“

„Wie toll und sehr mutig“, sage ich ehrfurchtsvoll. Sie lacht. „Ja, das war eine schöne Zeit. Nur zuletzt hat's mich hier um die Ecke aus der Kurve gerissen und ich hab die Maschine nicht mehr hochbekommen. Ich bin zu dünn geworden.“ Sie hält mir ihren Bizeps hin und sagt: „Fassen Sie mal an, da ist nichts dran. Wie bei einem Hühnchen.“ Sie lässt den Arm sinken. „Jetzt fahre ich deswegen Dreirad.“ Sie zieht die Nase kraus, lacht und ich denke, dass ich diese Geschichte aufschreiben möchte. Ich erkläre ihr, was ich mache, und frage um Erlaubnis. „Schreiben Sie“, sagt sie. „Schreiben Sie das auf, damit alle Frauen aufs Motorrad wollen. Muss jede mal probieren.“ Isobel Markus

verweis

Tanz trifft auf Archäologie

Für „steal you for a moment“ stehen Meg Stuart und Francisco Camacho wieder gemeinsam auf der Bühne: bei „Tanz im August“ im Radialsystem. Ausgangspunkt ihrer neuen Arbeit sind die Nuraghen-Ruinen auf Sardinien – vergessene Überreste einer einst blühenden Kultur. In einer zeitlosen Landschaft bergen die Künstler*innen Gefühlsartefakte aus den Lücken der Überlieferung. Ihre Stimmen beschwören eine verlorene Sprache herauf, Rhythmus und Wiederholung schaffen Momente der Begegnung. Aus den Scherben der Vergangenheit entsteht eine Archäologie der Gegenwart, die Mystisches und Profanes gleichermaßen vereint. Heute und morgen, 18 Uhr.

Die komplexen Klanglandschaften von Nkisi sind am Samstag bei Openless zu hören
Foto: Clara Wildberger



Die Zukunft des Trommelns

Nkisi verbindet kongolesische Musik mit Industrial zu polyrhythmischen Arrangements. Am Samstag performt sie beim Festival Openless im Kraftwerk

Von Ilo Toerkell

„Für mich ist Musik eine spirituelle Technologie“, sagt Nkisi. Die Künstlerin hinter dem Namen ist Melika Ngombe Kolongo. Die Producerin und DJ ist in der Demokratischen Republik Kongo geboren und in Belgien aufgewachsen, in ihrer Arbeit befasst sie sich mit den vielfältigen Klängen des afrikanischen Kontinents, kongolesischer Kosmologie und Musik als Form der Kommunikation. So auch in ihrer Performance, mit der sie am 24. August auf dem Berliner Festival Openless auftreten wird. In dieser nimmt sie gezielt Bezug auf den senegalesischen Trommler Doudou N'Diaye Rose und sein Stück „Cheikh Anta Diop“, das dem gleichnamigen Wissenschaftler und Anthropologen gewidmet ist. Im Gespräch mit der taz erzählt Nkisi von ihrer Beziehung zu N'Diaye Rose, Diop und wie kongolesische Kosmologie ihre elektronischen Experimente beeinflusst.

„Wenn ich im Studio bin, spüre ich die Energie meiner Vorfahren und meiner Umgebung und versuche diese durch

Musik auszudrücken“, erklärt Nkisi ihre Philosophie der Musikproduktion. Schon in ihrer Kindheit spielte Musik eine wichtige Rolle. Im Haus ihrer Mutter, die sich in panafrikanischen Gruppen organisierte, hörte sie kongolesische und andere westafrikanische Musikrichtungen. Auch der Name Nkisi ist ein Symbol der Verbindung zu den Vorfahren. Nkisi sind Skulpturen des präkolonialen Königreichs Kongo, denen spirituelle Entitäten innezuwohnen. Die Musikerin bezieht sich auf afrikanische Kunst und Denkweisen und findet sich damit in der Tradition Cheikh Anta Diops wieder. Dessen Forschung zu Panafrikanismus und präkolonialer Geschichte Afrikas, die sie als proto-afrofuturistisch beschreibt, prägt ihr Schaffen. Afrofuturismus ist eine politische und künstlerische Bewegung, die Schwarze Lebensrealitäten zentriert und Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft durch diese imaginiert. Dabei vermischen sich futuristische Elemente mit Tradition – so auch in Nkis Musik.

Die experimentellen Klänge ihres in diesem Jahr erschiene-

nen Albums „The Altar“ sind das Ergebnis von Recherchen in ethnografischen Musiksammlungen kongolesischer Musik sowie elektronischer Klangkunst der belgischen Industrial- und Doomcore-Szene. Dabei nimmt Nkisi eine kritische Haltung ein: „Mir ist bewusst, dass diese ethnografischen Archive und Aufnahmen oft durch koloniale Methoden generiert wurden und einen westzentrierten Blick auf indigene und afrikanische Kulturen reproduzieren.“

Inspiziert von akustischen Trommelmustern und den scheinbar endlosen Möglichkeiten der digitalen Produktion, kreiert Nkisi gezielt Balance oder Disbalance. Harmonie trifft Chaos. Zentral ist der Rhythmus, oder besser gesagt, die Rhythmen, denn Nkisi arbeitet mit polyrhythmischen Arrangements, die komplexe Klanglandschaften bilden und das Gefühl von Raum und Zeit verzerren.

Hier knüpft sie an Doudou N'Diaye Rose (1930–2015) an, der als Meister der senegalesischen Sabar-Handtrommel bekannt ist. N'Diaye Rose kreierte hunderte Trommelrhythmen und

wurde zu Lebzeiten als Unesco-Kulturerbe betitelt. Seine Kompositionen wurden vom Projekt Transcriptions, das sich mit dem Vermächtnis des Perkussionisten befasst, gemeinsam mit Mitgliedern der Familie und internationalen Musikschaffenden neu vertont. Diese Aufnahmen werden nun im Rahmen des Berliner Openless Festivals vorgestellt. Das Festival entspringt Berlin Atonal – das nunmehr alle zwei Jahre und daher erst

Die Musik ist auch inspiriert vom Trommler Doudou N'Diaye Rose

wieder 2025 stattfindet – und präsentiert vom 23. bis 25. August 2024 experimentelle Musik und visuelle Kunst. Der Festivalsamstag ist dem Werk von N'Diaye Rose sowie kontemporären Interpretationen dessen gewidmet.

In Dakar erlebte Nkisi die Tradition hautnah und spürte „eine tiefe Verbindung zu der Trommel“, die sie als Wurzel aller

elektronischer Musik ansieht: „In Produktionen von heute höre ich das Echo der Musik von damals. Elektronische Musik ist eine Weiterführung dieser rhythmischen Traditionen.“

Auf die Frage, was von ihrer Performance am Samstag zu erwarten sei, schmunzelt Nkisi. „Ich verstehe meine Musik und Performance als Dekodierung und Rekodierung. Ich dekodiere Klänge durch meine Recherchen und rekodiere sie durch mich in die Musik. Das passiert meistens im Moment und wird von der Umgebung beeinflusst. Ich habe also keine Ahnung, was genau auf der Bühne passieren wird.“ Nach dem Gespräch mit der Künstlerin scheint das sowohl ein kluger Teaser zu sein als auch einfach der Wahrheit zu entsprechen. Neben Nkisi werden Mitglieder der N'Diaye Rose Familie, Lamin Fofane, Shackleton und Labour den Abend be spielen. Eine Hommage an Doudou N'Diaye Rose, die sowohl die Tradition als auch Zukunft des Trommelns ehrt.

„Openless“ – ein Projekt von Berlin Atonal: Kraftwerk Berlin, 23.–25. August

Mit Kra-Boom! Nazi-Fische plattmachen

Bela Sobottkes antifaschistischer Comic „Terror 3000“ ist ein Meisterwerk des guten schlechten Geschmacks

Von Andreas Hartmann

Eins vorweg: Der Comic „Terror 3000“ gehört ab sofort in jede Antifa-WG, die etwas auf sich hält. Gerne als Klokeltüre, damit hätte der Berliner Autor und Zeichner Bela Sobottke, der sich diesen herrlichen Science-Fiction-Quatsch ausgedacht und illustriert hat, sicherlich überhaupt kein Problem.

Mit Nazis reden? In seiner Zukunftsvision, die im Jahr 3000 spielt, hat man endgültig erkannt, dass das nichts bringt. Egal, ob man auf dem Mond auf sie trifft oder in einer Unterwasserkolonie, egal, ob sie als Fischwesen daher kommen oder als Mutanten, die aussehen, als hätten sie in Säure gebadet: Das Beste ist, man macht die Freaks einfach ohne vorher groß zu diskutieren platt. Blam! Blam! Blam!, Splat! und Scronch! macht es somit andauernd in diesem Meisterwerk des guten schlechten Geschmacks. Und das Nazigesocks wird nach allen Regeln der Splatterkunst geköpft, zerstückelt oder mit Gabeln erlegt. Nur ein toter Nazi-Fisch ist ein guter Nazi-Fisch.

In der Zukunft, wie sie sich Sobottke ausmalte, hat die eingetretene Klimakatastrophe sämtliche Lebensumstände verändert. Dauerhitze und Überschwemmungen haben zu Verteilungskämpfen geführt, nach allerlei Katastrophen und Kriegen sind nur noch 400 Millionen Menschen übrig geblieben. Die haben es nun immerhin in der Postapokalypse geschafft, wieder einigermaßen friedvoll zu koexistieren. Was aber nicht bedeutet, dass all die übriggebliebenen AfD-Anhänger, Trump-Fans, Querdenker und sonstigen Schwurpler auch wirklich angenehmere Zeitgenossen geworden wären.

Yun, Sam und Fin vom Berliner Lieferservice „Space Parcel“ wollen eigentlich nur ihre Jobs erledigen, werden aber beim Betreten der Nazi-Kolonien sofort von aggressiven Skinheads oder Faschos mit Gräten angegriffen. Das spritzende Naziblut ist also immer das Ergebnis von Notwehr. Wobei am Ende des Comics klar gemacht wird: Zumindest gegen die scheußlichen Nazi-Vampire sollte man unbedingt auch proaktiv vorgehen.

Sobottke betreibt ein kleines Grafik-Büro in Berlin und ist schon seit längerem als Comicautor aktiv. Die Abenteuer seines zeitreisenden Revolverhelden Rocco wurden bereits in ein paar Comicbänden erzählt. Sobottke hat ein ausgeprägtes Faible für Pulp und Trash, das zeigt sich bei Rocco und nun erst recht bei „Terror 3000“. Während das Medium Comic sich in den letzten Jahren aufgemacht hat, in Form von Graphic Novels mit durchaus auch ernsten Themen endlich als echte Erwachsenenkultur ernst genommen zu werden, ist sein Ding eher hanebüchener Schund, der unbedingt zurück in die Underground-Nische möchte. Der freilich aber um einiges mehr Spaß machen kann als so manches aus der Comickunstecke, wie „Terror 3000“ beweist.

Man hat den Band schnell durch, da dürfte eine Sitzung auf dem Klo locker reichen, und intellektuelle Überforderung muss auch niemand befürchten, der sich nicht bereits in einen stumpfen Nazi-Mutanten verwandelt hat. Aber die Konsequenz, wie hier mit Dauer-Action,

ständigen Übertreibungen und sehr viel Gaga-Humor zur Sache gegangen wird, hat eine ganz eigene Qualität.

Die Stadt Berlin hat sich in „Terror 3000“ erstaunlich gut gehalten und sieht eigentlich noch genau so aus wie heute. Die Binse, dass jedes gute Science-Fiction-Szenario vor allem von den Problemen der Gegenwart erzählt, hat Sobottke nicht nur in dieser Hinsicht beherzigt. In tausend Jahren sollte die Menschheit ja wohl andere Probleme haben, als sich immer noch mit MAGA- und QAnon-Anhängern herumzuplagen, könnte man eigentlich meinen. Sobottke möchte einen in „Terror 3000“ aber vom Gegenteil überzeugen: Die Spinner von heute werden sich nur äußerlich von denen von morgen unterscheiden. Eigentlich sind das ja keine gute Aussichten. Aber mit ordentlich Kra-Boom! und Krack-a Koom! lässt sich das Problem doch lösen.

Bela Sobottke: „Terror 3000“. Gringo Comics, Esslingen 2024. 46 Seiten, 17,90 Euro



Unter anderem in diesem Einfamilienhaus soll der damals 32-jährige Soldat vier Menschen getötet haben
Foto: Sina Schuldt/dpa

Ein brutaler privater Feldzug

Vier Menschen soll der ehemalige Elitesoldat Florian G. getötet haben – aus Hass und aus Rache an seiner Frau, die ihn verlassen wollte. Nun muss er sich in Verden vor Gericht verantworten

Aus Verden **Nadine Conti**

Der Mann, der vier Menschen in einer Art privaten Militärfeldzug getötet haben soll, schlurft – erzwungen durch die Fußfessel – in den Gerichtssaal und gibt sich keine Mühe, sein Gesicht vor den Kameras zu verbergen. In betont gerader, militärischer Haltung nimmt er zwischen seinen beiden Pflichtverteidigern Platz, beantwortet die üblichen Fragen nach seinen persönlichen Daten mit einem zackigen „richtig“ und schweigt ansonsten.

Aber vor dem Landgericht Verden soll an diesem Mittwoch ohnehin erst einmal nur die Anklage gelesen werden. Die zeichnet noch einmal nach, was in weiten Teilen schon nach den Taten an die Öffentlichkeit gelangte. Wie der Bundeswehrosoldat Florian G. in der Nacht des 1. März sein privates Waffenarsenal sammelte, seine Ausrüstung anlegte und aus der Kaserne in Seedorf zunächst in Richtung Scheeßel fuhr.

Zu dem Haus, in dem sich der neue Lebensgefährte seiner Noch-Ehefrau aufhielt, mit seinen Eltern und seinem sechsjährigen Sohn aus einer vorherigen Beziehung. Wochenlang soll sich Florian G. in seinen Hass auf den Nebenbuhler hineingesteigert haben, nachdem ihm seine Frau mitgeteilt hatte, sich von ihm trennen zu wollen. Dessen Eltern gab er eine Mitschuld, weil sie die neue Beziehung gefördert und unterstützt haben sollen.

Das Ganze soll geplant gewesen sein wie eine militärische Aktion, sagt die Staatsanwaltschaft. Er soll die Häuser ausgekundschaftet, die Objekte seines Hasses in „primäre“ und „sekundäre“ Ziele unterteilt haben. In dieser Nacht schlug er zu,

zuvor hatte er sich in einem Baumarkt in Zeeven eine Spaltaxt besorgt und in einem Getränkemarkt „Freixenet“-Flaschen gekauft, aus denen er vier Molotow-Cocktails bastelte.

Die Frau, die er als erstes erwischte, war in seinen Augen wohl ein „sekundäres“ Ziel. Die 55-jährige Mutter seines Nebenbuhlers lag auf dem Bauch in ihrem Bett und sah ihn nicht kommen. Er tötete sie mit zwei Schüssen in den Hinterkopf, bevor er sich ins Obergeschoss aufmachte, um den neuen Freund seiner Frau zu attackieren. Den verfolgte er durch den Flur und tötete ihn mit zehn Schüssen, während sich der sechsjährige Sohn im Kinderzimmer direkt nebenan befand.

Dann fuhr er weiter. Zum Haus der besten Freundin seiner Frau. Hier – so haben es die Ermittlungsbehörden rekonstruiert – schlug er ein Badezimmerfenster ein, ballerte blind hinein, wie er es in der Häuserkampf Ausbildung gelernt hatte, stieg dann ein und traf auf die 33-jährige Stephanie K.

Sie war beim Geräusch der Schüsse panisch ins Kinderzimmer direkt neben dem Bad gelaufen, hatte ihre dreijährige Tochter mitsamt der Decke aus dem Bett gerissen und hielt sie im Arm, als der 32-jährige sich ins Zimmer drängte. Sie soll noch versucht haben auf ihn einzureden, er schoss trotzdem.

Weil das Kind und die Mutter von der gleichen Kugel getötet wurden, gilt dies juristisch nur als eine Tat. Das Kind, so soll er später den Ermittlungsbehörden gesagt haben, war ein Versehen, er habe es nicht wahrgenommen. Die Staatsanwaltschaft glaubt das nicht. Auf dem Weg nach draußen schubst er im Flur die

11-jährige Tochter beiseite, die neben ihrer Mutter im Schlafzimmer geschlafen hatte. Dann wirft er einen „von der Bundeswehr entwendeten Nebeltopf“, wie es in der Anklageschrift heißt, unter das Auto der Familie unter dem Carport und verschwindet.

Er fährt zu einem nahe gelegenen See, an dem er auch seine Frau ken-

Das Kind, so soll er später den Ermittlungsbehörden gesagt haben, war ein Versehen, er habe es nicht wahrgenommen

nenlernte, trinkt mehrere Biere und telefoniert mit einem Freund. Erst am frühen Morgen stellt er sich, in der Von-Düring-Kaserne in Rotenburg an der Wümme, die gar nicht seine ist.

Das Waffenarsenal, das er bei sich hatte, eine Sig-Sauer-Pistole und ein Schnellfeuergewehr von Heckler & Koch soll nicht aus Bundeswehrbeständen stammen. Und trotzdem entzündeten sich an diesen Waffen gleich eine ganze Reihe von Fragen, wie auch die Vertreter der Nebenkläger beim Prozessauftakt noch einmal betonen. Denn immerhin gab es ja eine Anzeige wegen Bedrohung vor der Tat, sogar eine Gefährderansprache durch die Polizei. Warum durfte der Mann seine Waffen behalten? Warum hat bei der Bundeswehr niemand gemerkt, was sich hier anbahnte? Die Frage, ob sich diese Taten hätten verhindern lassen, beschäftigen die Nebenkläger sehr, sagen die erfahrenen Opfer-

anwälte Steffen Hörning und Helen Wienands. Sie befürchten allerdings auch, dass sie sich wohl nie beantworten werden lässt.

Neun Nebenkläger vertreten die beiden Anwälte. Es sind die unmittelbaren Angehörigen der Getöteten, der Mann, der seine Frau und seinen Sohn verloren hat, die Ex-Partner des getöteten Geliebten und der Freundin, die Kinder, die diesen Wahnsinn miterleben mussten. Die Frau, auf die Florian G.s Rachezug eigentlich zielte, gehört nicht dazu. Sie ist ja kein unmittelbares Opfer und damit als Nebenklägerin nicht zugelassen.

Nicht alle Hinterbliebenen sind psychisch in der Lage, sich diesem Prozess auszusetzen, sagen die Anwälte. Sie haben auch die Anklageschrift lieber nicht gelesen, um sich all diesen grausamen Details nicht aussetzen zu müssen. Aber eines wünschen sie sich eigentlich alle: die Höchststrafe. Die Feststellung der besonderen Schwere der Schuld. Eine anschließende Sicherungsverwahrung. Damit der mutmaßliche Täter nie wieder in die Nähe dieser Kinder kommt.

Einige hätten sich auch gewünscht, dass er sich äußert. Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens hat Florian G. das noch getan. Auch mit einem Gutachter hat er schon gesprochen. Nun verkündet er vor Gericht überraschend, sich vorläufig nicht einlassen zu wollen. „Feige“ fänden ihre Mandanten das, sagt Wienands, die vor allem die Familie des Geliebten vertritt. Das Gericht muss nun andere Teile der Beweisaufnahme vorziehen. Es hat für diesen Prozess 35 Verhandlungstage angesetzt, die sich bis in den nächsten März ziehen.

südwest

Selbstjustiz

Wer kennt nicht die rücksichtslosen Autofahrer, die falsch parken, die Fußgänger, die auf den Radwegen umherirren, als gäbe es nur sie und ihr Handy, sowie die Kampftraktoren, die der Richtung der Straßenseite keine Bedeutung beimessen. So geht es nicht weiter, meint der *südwest*. Und eine entlaufene Kuh in Celle schien diese Meinung kürzlich zu teilen. Laut dpa stieß sie dort einen Radfahrer um. Sie war bei einem Tierarztbesuch entkommen und offenbar vom Treiben auf unseren Straßen wenig angetan. Zum Nachahmen für andere Kühe ist die Aktion dann doch nicht zu empfehlen. Ihr tapferer Einsatz zur Verkehrsberuhigung endete damit, dass sie ein hinzu-



Andreas Speit
Der rechte Rand

Wie Rechte nach England blicken

Rechte Gruppen in Hannover versuchen die rechtsextreme Gewaltwelle in Großbritannien für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Am vergangenen Sonntag verteilte die Gruppe „Sturmfest Niedersachsen“ vor dem Hauptbahnhof Flyer mit Botschaften wie „European Lives Matters“. Sie warnen davor, dass „Southport überall“ sei und forderten „Remigration“, denn die rechte Leben. „Wir befürchten, dass die rassistischen Pogrome in vielen Städten in Großbritannien eine Signalwirkung für rechtsextreme Gruppe in Deutschland haben könnten“, sagt Pascal Weber von „Auf die Plätze“, einem Bündnis gegen rechte Hetze und Verschwörungsideologien aus Hannover der taz.

Tagelang hatte in mehreren Städten in Großbritannien ein Mob marodiert, Moscheen und Geflüchtetenunterkünfte angegriffen. Als Legitimation wurde der Mord an drei Mädchen im Alter von sechs, sieben und neun Jahren bei einer Messerattacke auf einem Ferienworkshop in der Küstenstadt Southport im Nordwesten Englands herangezogen.

Schnell kursierten Falschbehauptungen über den Täter in den sozialen Medien, die den Protest befeuerten. Ein Bürger*innenkriegsszenario zwischen der weißen autochthonen Bevölkerung und der migrantischen Bevölkerung wurde geschürt. Ein Brandherd, den auch in Deutschland verschiedenste Rechtsextreme befeuern.

Die Strategie der Rassist*innen sei immer die gleiche, auch international, sagt Pascal Weber. „Wenn bei einer Gewalttat die Namen der Täter*innen auch nur den Anschein eines irgendwie „Ausländischseins“ zeigen, werden Falschmeldungen produziert, die gleich eine ganze Menschengruppe beschuldigen.“ Im aktuellen Mordfall hieß es sofort, dass „der Täter ein muslimischer Einwanderer“ sei, „dabei ist er in England geboren und Christ“, so Weber.

Der von der Gruppierung in Hannover verwendete Slogan „European Lives Matter“ ist eine Anlehnung an die von der Identitären Bewegung (IB) postulierte Parole „White Lives Matter“, wiederum eine Anspielung auf die anti-rassistische Kampagne „Black Lives Matter“ aus den USA. In diesem Spektrum des Rechts-extremismus gehört die Aneignung und Umdeutung von Codes und Symbolen zur dominierenden Strategie. Sie wollen so bestehende Einordnungen delegitimieren oder neue Bewertungen etablieren.

Mit der Verteilaktion hoffen die Rechtsextremen die Stimmung gegen Migrant*innen gezielter anzuheizen.

Bei einer passende Gelegenheit, so schätzt Pascal Weber es ein, könnte der Funke zünden. Wie etwa bei dem Attentäter von Halle, der 2019 zwei Menschen ermordete und einen Massmord an jüdischen Menschen in einer Synagoge geplant hatte. Er war bei seiner Anschlagplanung, inklusive des Livestreams der Tat, inspiriert von dem Attentäter, der im selben Jahr bei einen Anschlag auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen ermordet hatte.

Andreas Speit arbeitet als freier Journalist und Autor über die rechte Szene nicht nur in Norddeutschland.

Protest vor der Baustelle des Holzheizkraftwerks in Cuxhaven
Foto: Larschow

Cuxhaven verheizt den Wald

Umweltverbände kritisieren das neue Holzheizkraftwerk in Cuxhaven. Holz zu verbrennen sei weder nachhaltig noch notwendig in einer Region mit vielen anderen Optionen

Von **Mika Backhaus**

In Cuxhaven wird für Wärme Holz verfeuert: 100.000 bis 140.000 Tonnen sollen in Zukunft alljährlich im neuen Holzheizkraftwerk verbrannt werden, das seit 2020 gebaut wird. „Nachhaltige Energielösungen aus Cuxhaven für Cuxhaven“ verspricht der Betreiber Forte Energie damit. Die Holzverbrennung sei CO₂-neutral und regenerativ. Umweltverbände sehen das anders. Sie kritisieren das geplante Werk seit Jahren.

Bei einer Informationsveranstaltung Anfang August machten Robin Wood, der BUND, die Parents4Future und Bio-Fuelwatch einmal mehr deutlich, was sie von den Plänen eines Holzheizkraftwerks halten: gar nichts. Weltweit geht der Bestand an Wald zurück. Den wertvollen CO₂-Speicher Wald zu verfeuern, um Wärme zu generieren, sei aus der Zeit gefallen.

Die Betreiber behaupteten in der Planungsphase lange, nur Holz aus heimischen Wäldern nutzen zu wollen. Eine richtige Entwarnung wäre auch das für die Umweltverbände nicht: In den letzten vier Jahren seien „alleine in Deutschland bereits 600.000 Hektar Wald abgestorben“, sagt Jana Ballenthien vom BUND.

Ein großer Anteil des in Cuxhaven verbrannten Holzes werde Frischholz sein, für wel-

ches extra Wald gerodet wird. Dieses solle lieber für die Herstellung von Gegenständen verwendet, anstatt verbrannt zu werden, fordert Tobias Sühl von den Parents4Future.

Die Umweltverbände vermuten außerdem, dass Forte Energie auch Holz importieren wird. Bei der geplanten Menge von bis zu 140.000 Tonnen Holz jährlich sei es schwer, alles aus dem näheren Umkreis zu beziehen. Tatsächlich hat das Unternehmen seit 2021 öffentlich auch über Lieferungen aus Skandinavien und den baltischen Ländern nachgedacht.

Das Unternehmen wirbt dennoch mit seiner Nachhaltigkeit. Man sei CO₂-neutral, schließlich habe „unser verwendetes Holz in seinem Lebenszyklus mindestens genauso viel CO₂ aufgenommen, wie wir im Verbrennungsprozess wieder freigeben“. Diese Rechnung funktioniert für Forte Energie: Aufgrund der Berechnungslogik des Weltklimarats IPCC wird die CO₂-Freisetzung am Ort der Abholzung berechnet, nicht am Ort der Verbrennung.

Tatsächlich aber werde bei der Verbrennung viel CO₂ freigesetzt, argumentieren die Umweltverbände. Die Wiederaufforstung, durch die sich die Emission irgendwann rechnerisch ausgleiche, benötige Zeit – und werde, je nach Herkunft des Holzes, nicht überall praktiziert.

Vor allem die Pelletproduktion finde häufig in North Carolina in den USA statt, die Nachhaltigkeitszertifikate wurden von der Pelletindustrie selbst ins Leben gerufen und seien lasch.

Die Stadt Cuxhaven wägt ab. „Holz ist ein nachwachsender Rohstoff wie andere Biomasse auch“, sagt Pressesprecher Marcel Kolbenstetter. „Die Frage

„Absurd“ finden Umweltverbände die Förderung des Kraftwerks

ist jedoch, welche Holzqualitäten in dem Kraftwerk verbrannt werden. Sicherlich ist fraglich, wenn man dafür wertvolle Holzqualitäten verwendet, die jederzeit noch einer anderen Nutzung zugeführt werden können.“ Konkrete Pläne zum Bezug der Energie aus dem Kraftwerk für öffentliche Gebäude gebe es nicht. Jedoch sei das Kraftwerk als genehmigter Bestand im Rahmen der Wärmeplanung als eine mögliche Energiequelle zu berücksichtigen.

Der Umgang der Stadt mit der Genehmigung ist ein großer Kritikpunkt der Umweltverbände. Das Kraftwerk hat bei der Antragstellung eine Leistung von

49,9 Megawatt (MW) beantragt. Ab 50 MW wäre eine Bürgerbeteiligung notwendig gewesen. Die tatsächlich verbauten Kessel hätten jedoch eine höhere Leistung – das ergaben Nachfragen beim Gewerbeaufsichtsamt. Forte Energie bekräftigt zwar, dass die Leistung technisch auf die vereinbarte Leistung reduziert werde; die Umweltverbände befürchten jedoch, dass das Unternehmen mittelfristig immer mehr Haushalte mit seiner Energie versorgen wolle, um Gewinne zu steigern.

Das Holzheizkraftwerk soll rentabel sein – dazu trägt auch bei, dass es durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz gefördert wird. „Absurd“ sei die Förderung, so die Umweltverbände. Gerade in der Region Cuxhaven mit viel Wind und der Nähe zum Meer müssten andere Formen der Energiegewinnung forciert werden: Man könnte mittels Großwärmepumpen und Power-to-Heat-Systemen Fernwärme erzeugen.

Noch eine Kritik zielt auf Politik und Verwaltung in Cuxhaven: Die wisse gar nicht, wie viel Energie überhaupt benötigt werde. An einem Wärmeplan werde noch gearbeitet, erklärt dazu die Stadt Cuxhaven.

Gar nichts sagen will Forte Energie. Auch nach zwei Wochen und mehrmaligen Nachfragen äußert sich das Unternehmen nicht gegenüber der taz.



taz salon

Drogenpolitik in Bremen

Seit einigen Jahren wird die offene Drogenszene vom Bremer Hauptbahnhof in die Stadtteile verdrängt. Die Beschwerden von Anwohner*innen steigen. Wie kann die Stadt Bremen ein guter Lebensraum für beide Seiten sein?

Diskutieren Sie mit unseren Gästen:

Eva Carneiro Alves, Suchtreferentin bei der Senatorin für Gesundheit

Lenert Loch, Mitglied der Organisation „Junkies, Ehemalige und Substituierte“

Dieter Winge, Fraktionssprecher der Linken im Stadtteil Gröpelingen

Tobias Winkler, Streetworker bei der Ambulanten Suchthilfe Bremen

Moderation: Franziska Betz, taz nord

Dienstag, 27. August 2024, 19 Uhr
Kulturzentrum Lagerhaus, Bremen
Einlass ab 18.30 Uhr, Eintritt frei

Mehr Infos zur Anmeldung unter:
taz.de/salon



nachrichten

Bremer Gesetz halbiert die Zahl der Spielhallen

Nach Verschärfung des Spielhallenrechts in Bremen hat sich laut Wirtschaftssenatorin Kristina Vogt (Die Linke) die Zahl der Spielhallen mehr als halbiert. Zum 1. Juli 2023 hat Bremen Verschärfungen im Spielhallenrecht für bestehende Spielhallen eingeführt. Dazu gehört die Erweiterung von Mindestabständen zwischen Spielhallen untereinander von 250 auf 500

Metern sowie die Einführung eines Mindestabstands von Spielhallen zu Wettvermittlungsstellen und Schulen von ebenfalls 500 Metern. (epd)

Göttinger Friedensforum demonstriert

Mit einer Kundgebung am Antikriegstag (1. September) will das Göttinger Friedensforum gegen Aufrüstung protestieren. Die von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ausgearbeitete

„Zeitenwende“ sei vor allem ein riesiges Milliarden kostendes Aufrüstungsprogramm, heißt es in dem Demonstrationsaufruf. Obwohl das Waffenarsenal der Nato bereits jetzt um ein Vielfaches größer sei als das Russlands, würden Deutschland und andere westliche Staaten mehr als zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die Aufrüstung stecken. Die Militarisierung zeige sich aber nicht nur im Budget, sondern auch in den

politischen Diskursen. „Dort dominieren immer mehr kriegstreibende Narrative, Opposition gegen Aufrüstung und Krieg wird diskreditiert.“ (epd)

Dom-Durchsuchung wegen Corona-Hilfen

Die Polizei hat mehrere Schaustellbetriebe auf dem Hamburger Dom durchsucht. Hintergrund ist der Verdacht des Subventionsbetrugs, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft



Very british: Hauseingang des New Institute in Hamburg
Foto: André Zuschlag

Akademische Insel wird entwohnt

Die Hamburger Forschungseinrichtung „The New Institute“ wollte Antworten auf die ganz großen Fragen liefern. Nun kündigte Mäzen Erck Rickmers an, das es die Arbeit einstellen wird

Von **André Zuschlag**

Unauffällig ist die lange Häuserreihe in direkter Nähe zur Hamburger Außenalster. Zwar frisch saniert, doch in zurückhaltenden Grautönen gestrichen. Erst auf den zweiten Blick zeigt sich, dass hier ein Aufenthalt wohl ziemlich angenehm sein muss: Gläserne Deckenlampen strahlen gediegenes Licht in einige der Räume, moderne Gemälde hängen an den hohen Wänden nebst breiten Bücherregalen. Von der Straße aus nicht einsehbar ist der große, mit alten Bäumen bewachsene Garten, der sich auf der Innenseite der Häuserreihe lang und breit erstreckt.

Den Blick in dieses Idyll schweifen lassen werden Wissenschaftler:innen bald nicht mehr können. Am Dienstag gab die als gemeinnützige GmbH organisierte „The New Institute Foundation“ bekannt, dass sie ihre zentrale Aufgabe zum Ende des kommenden akademischen Jahres im Sommer 2025 einstellen will: als Plattform für kluge Köpfe, die durch einen gemeinsamen, längeren Aufenthalt im schicken Warburg-Ensemble „Antworten auf die Fragen in Ökologie, Ökonomie und Demokratie im Zeichen der Klimakrise“ finden, wie es zur Gründung des Instituts im September 2020 selbstbewusst hieß.

Es habe nur teilweise geklappt, renommierte Akademi-

ker:innen verschiedener Disziplinen mit Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur zusammenzubringen, erklärte das Institut nun in einem Schreiben. Im Rahmen des vom Institut angebotenen Fellowship-Programms habe sich nicht die erhoffte längerfristige Zusammenarbeit entwickeln können. „Zudem erwies es sich als schwierig, herausragende Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen für eine einjährige Residenz zu gewinnen, da diese häufig aus familiären oder beruflichen Gründen nicht längerfristig verfügbar sind.“

Ein zerknirschter Mäzen

Der Mann, der das Projekt initiiert hatte, zeigt sich nun ziemlich zerknirscht. „Ich bitte um Nachsicht dafür, dass wir die Erwartungen, die wir geweckt haben, nicht erfüllen konnten“, lässt Erck Rickmers mitteilen. „Als einer von vielen Menschen, die sorgenvoll in die Zukunft blicken, habe ich versucht, mit The New Institute einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Dies ist mir nicht in dem Maße gelungen, wie ich es erhofft hatte.“

Rickmers gehört zur bekannten Reedereifamilie, arbeitet selbst in der Schifffahrtsbranche und saß auch vor einigen Jahren für kurze Zeit als SPD-Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft. Als Gründer und Finanzier des Instituts

setzte sich über Rickmers das Bild eines um die Gesellschaft besorgten Philanthropen durch.

Der Start der Denkfabrik ließ die selbst proklamierten Erwartungen in die Höhe schnellen: Als Wissenschaftliche Direktorin hatte Rickmers die medial umfangreich präsente Maja Göpel gewonnen, der gut vernetzte Wissenschaftsmanager Wilhelm Krull wurde Geschäftsführender Direktor. Das komplette Gebäude-Ensemble mit seinen neun Stadtvillen ließ Rickmers umfangreich sanieren, um es zu einer akademischen Insel zu machen, in der sich über die großen Begriffe wie Innovation, Vision oder Zukunftsfähigkeit Gedanken gemacht werden sollte. Fern vom regelhaften Publikationszwang und anderer universitärer Verpflichtungen sollten die Gäste jenseits disziplinärer Grenzen die großen Fragen der Gesellschaft beantworten – und nicht nur Wissenschaftler:innen unter sich, sondern im Austausch mit Aktivist:innen, Journalist:innen oder Künstler:innen.

Sich selbst attestiert das Institut trotz der nicht erreichten Ziele eine erfolgreiche Zeit. „Die Arbeit war keineswegs ergebnislos“, sagt Rickmers. Zahlreiche Buchprojekte seien abgeschlossen, wissenschaftliche Artikel verfasst, Konferenzen organisiert und Workshops abgehalten worden. Dutzende, vor allem Wissenschaftler:innen lis-

tet das Institut als frühere Gäste auf.

Kritik schon im Januar

Doch kamen zuletzt schon einige Zweifel auf, ob hinter der guten Publicity auch wirklich ein substanzieller Mehrwert entsteht. Von nennenswerten Projekten, die im Institut entstanden, war seit der Gründung wenig zu hören. Maßgeblichen Akteur:innen aus der Gründungszeit, Göpel oder Krull etwa, sind nach relativ kurzer Zeit abgesprungen. Und die FAZ konstatierte Anfang des Jahres, beim Institut habe man es mit einer „schwer erträglichen Angeberei zu tun, die alle Werte zugleich zu verwirklichen behauptet, aber bislang so gut wie nichts zustande oder jedenfalls zu Papier gebracht hat“. Schuld daran sei auch der Mäzen, der sich zu sehr einmische.

Etwas Aufmerksamkeit generierte immerhin der mit 20.000 Euro dotierte Helmut-Schmidt-Preis, der vom Zeit-Verlag zusammen mit der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung und dem New Institute verliehen wird.

Und nun? „Wir haben noch ein volles akademisches Jahr vor uns, in dem wir erfolgreich arbeiten wollen“, sagt die Geschäftsführerin der Stiftung, Britta Padberg. Das Engagement für gesellschaftliche Themen wolle man aufrechterhalten – und neue Förderformate entwickeln.

das portrait

CDU-Politiker Dietrich Wersich plant ein Comeback

Dass in Hamburg in sechs Monaten Wahlen stattfinden, merkt man bislang eigentlich nur an den Aktivitäten der oppositionellen CDU. Vor ein paar Wochen schlug Parteichef Dennis Thering die frisch von der FDP gewechselte Anna von Treuenfels-Frohwein für Platz zwei der Landesliste vor. Nun wurde via *Hamburger Abendblatt* bekannt, dass er auch den früheren CDU-Sozialsenator Dietrich Wersich in sein „Team für die Bürgerschaftswahl 2025“ holt. Der habe die „soziale Handschrift der CDU in der Stadt durchgesetzt und das Leben für viele Menschen in Hamburg besser gemacht“.

Die Personalie überrascht etwas. Denn erst vor wenigen Tagen hatte Wersichs früherer Mitstreiter, der ehemalige CDU-Landeschef Marcus Weinberg, die Partei verlassen und der CDU Populismus und Polarisierung vorgeworfen. Der Arzt und Theatermanager Wersich zählt wie Weinberg zum liberalen Flügel der Partei, teilt dessen Einschätzung aber nicht. Es gehöre zur Rolle der Opposition, zuzuspitzen, „um überhaupt durchzudringen“, sagt er zur taz. Er halte CDU wie SPD als Volksparteien

Wersich fuhr 2015 das bis dahin schlechteste Ergebnis der Hamburger CDU ein

weiter für sehr wichtig, weil sie eine Vielfalt von Strömungen vereinten.

Aktuell arbeitet Wersich wieder als Geschäftsführer der „Stäitsch Theaterbetriebs GmbH“, die in Hamburg ein Privattheater an vier Standorten betreibt. Die hatte sich aus seiner studentischen Theatergruppe gebildet. Wersich arbeitete nach seinem Medizinstudium zehn Jahre im Krankenhaus und gründete 1995 nebenher jene Firma, um klamme Spielstätten wie das Altonaer Theater zu retten.

In die Hamburgische Bürgerschaft kam der heute 60-Jährige 1997, wo er am Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu SPD-Filz-Vorwürfen beteiligt war. 2006 wurde er Staatsrat der Gesundheitsbehörde, 2008, mit Beginn der ersten schwarz-grünen Regierung, Senator für Soziales und Gesundheit. Er hält sich unter anderem ein Integrationskonzept mit Einbürgerungsfeiern zugute und ein Kita-System, das schon früh Berufstätigen den Rechtsanspruch gewährte. Bei Eltern kam nicht gut an, als er ob knapper Kassen Kita-Gebühren erhöhte.

Nach dem Ende der CDU-Regierungsära 2011 steckte Wersich gleich mehrere Niederlagen ein. Bei der Hamburg-Wahl 2015 fuhr er als CDU-Spitzenkandidat und Herausforderer vom damaligen Bürgermeister Olaf Scholz nur 15,9 Prozent ein. Das bis dahin schlechteste Ergebnis der Hamburger CDU. Der Satz eines Parteifreunds, wäre Wersich erst mal Bürgermeister, „die Menschen würden ihn nach kurzer Zeit lieben“, hatte nicht geholfen.

2020 holte Marcus Weinberg als CDU-Spitzenkandidat nur 11,2 Prozent, so wenig, dass nur über ihren Wahlkreis abgesicherte Bewerber zum Zuge kamen und alle Kandidaten der Landesliste leer ausgingen – so auch Wersich. Da hatte er wieder Zeit fürs Theater.

Trotzdem möchte er es nun zur Wahl am 2. März 2025 noch einmal auf der Landesliste versuchen. Er sehe sich als jemanden, der aus einer Oppositionskraft wieder eine Regierungsmacht machen könne. Zwar prognostizieren die letzten Umfragen eine Mehrheit für Rot-Grün. Wersich verweist aber darauf, dass die CDU bei der Bezirkswahl im bevölkerungsreichen Bezirk Wandsbek vorn lag. „Es könnte schon sein, dass im März die Wähler meinen, im Senat ist frischer Wind nötig.“ *Kaija Kutter*

Kiel. Es gehe um zwei Hauptverdächtige mit mehreren Schau-stellerbetrieben, die unberechtigt Hilfen während der Coronapandemie kassiert haben sollen. Dazu seien Rechnungen über Instandhaltungsarbeiten eingereicht worden, für die es keine Grundlage gebe. (dpa)

Wiederansiedlung von Feldhamstern

Zum ersten Mal wurden in Niedersachsen Feldhamster wieder

angesiedelt. In Reinshof südlich von Göttingen seien 24 Tiere auf einer vorbereiteten Fläche zunächst noch unter großen Schutzkäfigen ausgesetzt worden, teilte die Heinz-Sielmann-Stiftung mit, die die Ansiedlung finanziell unterstützt. Das Projekt des Vereins AG Feldhamsterschutz Niedersachsen bilde den Auftakt einer langfristigen Wiederansiedlungsaktion für die vom Aussterben bedrohten Tiere. (epd)

Anzeige

METHFESSELFEST

30./31. Aug. 2024 Kultur- und Stadtteilfest
mit Kinderprogramm und Flohmarkt
Else Rauch Platz • U2 Lutterothstraße Mit Vergnügen Position beziehen!

Frieden und Abrüstung sind prima für die Menschen und das Klima!

Das Fest der Initiativen bietet:

- > Info-Stände
 - > Live-Musik
 - > Diskussionen
- Freitag 15.30 - 22 Uhr
 - Samstag 12.30 - 22 Uhr
 - Hamburg Eimsbüttel
 - Programm und weitere Infos
 - www.methfesselfest.de



Will es noch mal für die CDU versuchen: Dietrich Wersich
Foto: Axel Heimken/dpa

das wird

„Er ist nie schwarz-weiß“

Zu Cartier-Bressons Geburtstag lädt das Bucerius Kunst Forum in seine Ausstellung ein

Interview **Karima Küster**

taz: Frau Baumstark, was ist besonders an Henri Cartier-Bressons Fotografie?

Kathrin Baumstark: Dass seine Fotografien uns heute noch unter die Haut gehen, liegt zum einen an ihrem Aufbau. Sie wirken wie ein Schnappschuss, aber sind so präzise komponiert, dass sie oft genau im Goldenen Schnitt liegen und unserem Schönheitsideal entsprechen. Gleichzeitig erfasst er den entscheidenden Augenblick, der viele Geheimnisse birgt. Deshalb regen uns die Bilder zum Nachdenken an. Außerdem macht ihn seine tief humanistische Haltung besonders. Der entscheidende Bezugspunkt ist bei ihm immer der Mensch. Die Liebe zu den Menschen findet sich in allen Bildern wieder.

taz: Wie zeigt sich das in seinen Fotografien?

Baumstark: In seinen politischen Reportagen erkennt man sehr viel. Er ist nie schwarz-weiß, auch wenn seine Fotografie es ist. Er lässt viele Grautöne zu. Es gibt beispielsweise eine Serie aus Dessau, in der man sieht, wie eine Frau eine andere als ihre Denunziantin erkennt und sie angreift. Es ist eine Art Täter-Opfer-Umkehr und wir stehen davor und fragen uns: Was passiert da gerade? Was ist der Schmerz auf der einen Seite, was der Schmerz auf der anderen? Diese Themen behandelt er häufig. Wir haben auch eine Serie seiner Fotografien aus den USA, die bisher relativ unbekannt war. Wir haben sie „Black and White America“ genannt. Cartier-Bresson war damals in den Südstaaten und hat die Rassentrennung fotografiert. Die hat ihn zutiefst schockiert, was auch in seinen Fotografien sichtbar wird.

taz: Die Ausstellung verspricht einen speziellen Blick aufs Werk. Worin besteht der?

Baumstark: Für uns ist es das Wichtigste, ihn als Fotografen mit Haltung zu zeigen. Das wurde lange vergessen. Er war immer nur der Magnum-Gründer, der große Fotograf, aber er ist unglaublich lustig. Er schafft Momente des Menschlichen. In unserer Ausstellung zeigen wir seine Werke in einer verwinkelten Architektur, um seine Straßenfotografie nachzuempfinden. Man kann sich durch die Ausstellung treiben lassen und entdecken, wie er gearbeitet hat. Dabei wollen wir natürlich auch seine Entwicklung zeigen – von den Anfängen im Surrealismus über seine Reisen und seine politischen Werke zu den Portraits.

taz: Wie bringen Sie die Facetten zusammen?

Baumstark: Alle Facetten dürfen für sich stehen, manchmal kann man sie aber auch gar nicht so trennen. Cartier-Bresson hat beispielsweise ein sehr schönes Portrait von Malcolm X geschaffen. Das hängt bei dem Kapitel „Black and White America“, blickt aber hinüber zu „Portraits“, weil es eben für beides steht.

Ausstellung „Watch! Watch! Watch!“, Bucerius Kunst Forum Hamburg, bis 16. 9., gratis am 22. 8. aus Anlass von Henri Cartier-Bressons Geburtstag



Hier genau soll der Open Mind Floor hin: Charly Hübner ist als Micha vorm Beamer voll in seinem Element Foto: ARD Degeto/MDR/Florida Film/Pandora Film

Jessen filmt klein

Die Impro-Komödie „Micha denkt groß“ über große Visionen auf dem flachen Land erweist sich nicht als leinwandtauglich: Der Hamburger Regisseur Lars Jessen findet leider keine Bilder von Format

Von **Wilfried Hippen**

Eine Wellness-Oase in der brachliegenden Provinz von Sachsen-Anhalt! Das ist wirklich groß gedacht vom Selfmade-Unternehmer Micha, der in Berlin als Game-Designer viel Geld gemacht hat. Mit dem kehrt er in sein Heimatdorf zurück, um das geerbte Elternhaus in ein Luxushotel mit großem Pool und allen Schikanen umzubauen. Was ihm fehlt, ist allerdings das Wasser. Das Land versteppt. Dass Geld in die Gemeinde gepumpt wird, gefällt den Dorfbewohner*innen, aber über den Zugang zum Wasser zerstreiten sie sich alle.

Das ist das Setting des Spielfilms „Micha denkt groß“. Und ein komplizierterer Plot wäre auch nicht hilfreich gewesen, denn die Dialoge stehen nicht im Drehbuch: Die Schauspieler*innen improvisieren. Wichtig ist also, dass Situationen geschaffen werden, in denen die Darsteller*innen die Gelegenheit haben, sich gegenseitig zu überraschen, um möglichst spontane und intensive Reaktionen aufeinander hervorzurufen. Das kann witzig und auch erfolgreich sein, wie Regisseur Lars Jessen und der Spezialist für improvisierte Filme und Hörspiele, Jan Georg Schütte, beispielsweise mit ihrem Fernsehspiel „Für immer Sommer 90“ bewiesen haben, für das sie 2021 den Grimme-Preis und den Deutschen Fernsehpreis bekamen. Ihr Hauptdarsteller war Charly Hübner, und der spielt nun auch in „Micha denkt groß“ den Titelhelden, der schnell merken muss, dass die anderen vielleicht nicht so groß wie er, aber dafür an sich selbst denken.

Sein mächtigster Gegenspieler ist der pensionierte Lehrer Bernd. Der verbreitet im Netz Verschwörungstheorien und lässt selbst einen Brunnen anlegen, um Micha das Wasser abzugraben. Der Co-Regisseur und Co-Autor Jan Georg Schütte spielt ihn als einen hin-

terhältigen Besserwisser und den einzigen wirklichen Schurken des Films. Peter Kurth gibt einen altingesessenen Bauern, der das Wasser am nötigsten braucht, um seine Kühe zu tränken. Jördis Triebel ist eine alte Jugendfreundin von Micha, die im Dorf geblieben ist und sich dort als Masseurin und Tanzlehrerin mehr schlecht als recht behauptet. Annett Sawallisch hat sich als Rollenmodell für die Dorfbürgermeisterin Angela Merkel ausgesucht, sodass bei ihre schon die Frisur und die Kostüme für ein paar Lacher sorgen.

Die sind nötig, denn die Darsteller*innen sind zwar komisch und schlagfertig, aber bei ihren Improvisationen gibt es auch viel Leerlauf. Sie müssen sich ja in jeder Szene wieder neu aufeinander einlassen. So ist neben ein paar schönen Geistesblitzen viel alltägliches Gerede im Film gelandet. Das wirkt zwar authentischer, ist aber eben auch nicht so pointiert wie gut geschriebene Dialoge. In einigen Szenen

kommt aber dann doch alles gut zusammen. So etwa gleich am Anfang bei der ersten Bürgerversammlung, auf der Micha frisch aus Berlin die Provinzler von seiner Vision überzeugen will. Dabei gibt er neudeutsche Wortschöpfungen wie „Soul

Neben ein paar schönen Geistesblitzen ist viel alltägliches Gerede im Film gelandet

Body Balance“ zum Besten oder stellt die Wiese vorm Haus als künftigen „Open Mind Floor“ vor. In anderen Szenen ist den Darsteller*innen jedoch nicht viel eingefallen.

So ziehen sich die beiden Sequenzen mit Charly Hübner und Natalia Rudziewicz, die Michas Berliner Freundin spielt: Zwischen den beiden passiert einfach nichts. Die

Handlung des Films entfaltet sich über ein Jahr von einem hoffnungsvollen Sommer bis zum nächsten, in dem Dürre herrscht. Doch dieser Versuch eines zumindest ansatzweise epischen Erzählens sorgt nur dafür, dass man die vielen Löcher im Plot flicken muss. Und bei aller Authentizität des Schauspiels kommt es dann auch zu Unstimmigkeiten wie dem sommerlichen T-Shirt, das Charly Hübner mitten in der sonst auch nicht sehr winterlich wirkenden Weihnachtszeit trägt.

Selbst groß gedacht haben Jessen und Schütte bei der Regie von „Micha denkt groß“ leider nicht: Zusammen mit Kameramann Moritz Schultheiß haben sie keine Kino-, sondern nur solide Fernsehfilmbilder geschaffen. Entsprechend wird im Presseportal der ARD verkündet, dass der Film schon im Herbst, also ein paar Wochen nach dem Kinostart am 22. 8., im Ersten sowie in der ARD-Mediathek zu sehen sein wird. Warum man dann noch ins Kino gehen soll, wird nicht verraten.



Foto: upy/BKf

Kathrin Baumstark Jahrgang 1983, Kunsthistorikerin, ist Direktorin des Bucerius Kunst Forums Hamburg.



Der Blick in den Brunnen gerät zum trockenen Witz Foto: ARD Degeto/MDR/Florida Film/Pandora Film